

Abschlussbericht

Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Potenziale von Transition-Town-Initiativen

Franziska Ehnert, Markus Egermann, Anna Betsch



Inhalt

Vorwort	3
Kurzzusammenfassung	5
Executive summary	6
Einführung	7
1 Hintergrund und Ziel der vorliegenden Studie	8
2 Transition-Town und nachhaltige Stadtentwicklung	9
2.1 Entstehung, Hintergründe und Status quo der Transition-Bewegung	9
Exkurs: Bezüge der Transition-Bewegung zu gesellschaftlichen Debatten	11
2.2 Perspektiven der Transition-Bewegung auf nachhaltige Entwicklung.....	13
2.3 Intendierte Beiträge von Transition-Town-Initiativen zur nachhaltigen Stadtentwicklung.....	14
3 Theorie: Zur urbanen Governance transformativen Wandels und der Rolle von Intermediären in Transformationsprozessen	16
3.1 Die urbane Governance transformativen Wandels als neues Forschungsfeld	16
3.2 Transition-Governance zur Gestaltung transformativen Wandels.....	17
3.3 Intermediäre in der Transformationsforschung.....	17
3.3.1 Akteure in der Transformationsforschung: Eine typologische Einordnung	17
3.3.2 Intermediäre in der Transformationsforschung: Definition(en).....	18
3.3.3 Intermediäre in der Transformationsforschung: Konzeptionelle Grundlagen	18
3.3.4 Synthese: Eine Typologie von Transformations-Intermediären	21
4 Forschungsdesign zur Analyse der Potenziale und Grenzen von Transition-Town-Initiativen als Intermediäre in der nachhaltigen Stadtentwicklung	22
4.1 Der intermediäre Raum der nachhaltigen Stadtentwicklung.....	22
4.1.1 Die Handlungslogiken von TTI und kommunalen Akteuren	23
4.1.2 Intermediäres Handeln als Vernetzung und Übersetzung.....	25
4.1.3 Handlungspotenziale und Grenzen der TTI für nachhaltige Stadtentwicklung	26
4.2 Fallstudiendesign und Methoden der Datenerhebung und -auswertung	26
5 Die Kommunen und die Transition-Town-Initiativen im Porträt	28
5.1 Die Landeshauptstadt Hannover und die Transition-Town Hannover	28
5.2 Die Stadt Nürnberg und Bluepingu.....	28
5.3 Die Stadt Göttingen und Göttingen im Wandel	29
5.4 Die Stadt Kassel und Transition-Town Kassel	29
6 Der Vergleich der Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung in Hannover, Nürnberg, Göttingen und Kassel	30
6.1 Die Leitbilder, Organisationsstrukturen und Aktivitäten.....	30
6.1.1 Die Leitbilder der Transition-Town-Initiativen	30
6.1.2 Die Organisationsstrukturen der Transition-Town-Initiativen.....	31
6.1.3 Die Aktivitäten der Transition-Town-Initiativen.....	32
6.1.4 Die Leitbilder der Kommunen	33
6.1.5 Die Organisationsstrukturen der Kommunen.....	34
6.1.6 Die Aktivitäten der Kommunen.....	35
6.2 Aufbau von Partnerschaften zwischen den Transition-Town-Initiativen und den Kommunen im intermediären Raum der nachhaltigen Stadtentwicklung	37
6.2.1 Aufbau von Partnerschaften durch Vernetzung	37
6.2.2 Aufbau von Partnerschaften durch Übersetzung und Konfliktvermittlung.....	42
6.3 Die Potenziale und Grenzen der Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung.....	44
6.3.1 Die Potenziale	44
6.3.2 Die Grenzen.....	46
7 Reflexion der Ergebnisse, Handlungsansätze und Ausblick	50
7.1 Reflexion der Ergebnisse im Spiegel der Transformationsforschung.....	50
7.2 Handlungsansätze für Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung	53
7.3 Ausblick und weitere Forschungsbedarfe.....	57
Anhang	59
Anhang 1: Leitfragen für die semi-strukturierten Interviews.....	59
Anhang 2: Analysekategorien für die qualitative Inhaltsanalyse	61
Anhang 3: Übersicht der Interviews.....	63
Anhang 4: Webseiten der Transition Town Initiativen.....	64
Literaturverzeichnis	65

Vorwort

In seiner wissenschaftlichen Arbeit erforscht der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. lokalpolitische Strukturen, Prozesse, Akteure und deren Zusammenwirken im Kontext verschiedener stadtentwicklungsrelevanter Themenfelder. Im Rahmen des Forschungsfeldes zur lokalen Demokratie lag in den letzten 10 Jahren ein besonderes Augenmerk auf der Untersuchung und Stärkung der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Prozesse der Stadtentwicklung im Rahmen von Beteiligungsprozessen. Darauf folgend rückten, nicht zuletzt durch das vom vhw initiierte Debattenbuch „Mittler, Macher, Protestierer“ (Beck und Schnur 2016), zunehmend auch intermediäre Akteure in den Fokus. Diese können nicht nur als Vertreterinnen und Vertreter bürgerschaftlicher Interessen, sondern auch als Vermittler zwischen Politik/Verwaltung, Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern aktiv sein und als Netzwerkakteure in flachen Hierarchien wirken. Sie nehmen damit im Kontext von Local Governance eine nicht zu unterschätzende Rolle als Koproduzierende von Stadt im Rahmen des repräsentativ-demokratischen Systems ein.

Die vorliegende Studie „Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Potenziale von Transition-Town-Initiativen“ knüpft an den zuvor genannten Themen an. Sie verbindet diese, durch die Betrachtung einer spezifischen, aus der Zivilgesellschaft kommenden und intermediär wirkenden Akteursgruppe – den Transition-Town-Initiativen (TTI) –, mit dem Handlungsfeld der nachhaltigen Stadtentwicklung und insbesondere mit der Transformationsforschung. TTI vereint ihre ganzheitliche und integrierte Perspektive auf die nachhaltige Stadtentwicklung sowie ihre netzwerkartige Verbreitung, Organisationsstruktur und inhaltlichen Leitplanken in Form einer gemeinsamen Charta. Dadurch unterscheiden sie sich von anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Nachhaltige Entwicklungsziele werden von den

TTI zudem umfangreicher, tiefgreifender und bisweilen auch einschneidender definiert, als dies mit den derzeit überwiegend verfolgten Effizienz- und Konsistenzstrategien in Staat und Markt und somit auch auf kommunaler Ebene der Fall ist. Dennoch ist es einigen der lokalen Gruppen gelungen, fruchtbare und effektive Kooperationen mit lokalen Akteuren aus Politik und Verwaltung zu knüpfen.

Die vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) durchgeführte Untersuchung hatte zum Ziel, die Rolle von TTI in der Förderung einer nachhaltigen Transformation in den Kommunen zu ergründen und die Unterschiede und Potenziale der Kooperationsbeziehungen zwischen TTI und Kommunen sichtbar zu machen. Hierzu wurden vergleichende Fallstudien angefertigt, in denen die TTI sowie Akteure aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung befragt wurden.

Die Studie hat gezeigt, dass dem Vorhandensein von institutionellen Schnittstellen in den Städten eine besondere Bedeutung zukommt, um Andockmomente für TTI und damit eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik/Verwaltung zu ermöglichen. Dort wo der politische Rückhalt für die nachhaltige Stadtentwicklung hoch, die Bereitschaft für partizipative Prozesse vorhanden und in den Verwaltungen ressourcenstarke und mit einem entsprechenden Mandat ausgestattete Akteure angesiedelt sind, konnten vielversprechende Kooperationen beobachtet werden. Aber auch die Professionalisierung der zivilgesellschaftlichen TTI und das individuelle Engagement von Schlüsselpersonen spielt für gelingende Kooperationsprozesse eine wichtige Rolle.

Gerade das Engagement für die nachhaltige Stadtentwicklung, wie es von Initiativen wie den TTI verfolgt wird, berührt vielfältige öffentliche Handlungsbereiche. Die Studie ist damit auch eine Aufforderung, die notwendigen Schnittstellen und Unterstützungsangebote für zivilgesellschaftliches Engagement in den Kommunen weiter zu stärken, um die innovativen Potenziale dieser Akteure zu fördern.

Christian Höcke

Wissenschaftler vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Zusammenfassung

Die Bemühungen um eine nachhaltigere Entwicklung von Städten und Gemeinden sind ungebrochen. So fördern **Kommunen** nachhaltige Entwicklungsziele beispielsweise durch die Erstellung nachhaltiger Entwicklungspläne, im Rahmen von Leitlinienprozessen, Zukunftswerkstätten und Bürgerbeteiligung sowie über die Anwendung von Fachkonzepten, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Verkehr, Bauen und Wohnen. Auf **zivilgesellschaftlicher Seite** sind seit der Jahrtausendwende viele neue Initiativen entstanden, die sich unter anderem mit Themen wie Nahrungsmittelversorgung, Energieeinsparung, Wiederverwertung von Produkten, Mobilität und Wohnen auseinandersetzen. Beispielhaft dafür steht die **Transition-Bewegung** mit lokalen Gruppen weltweit. Trotz dieser vielfältigen Bemühungen ist es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen, die **Lebens- und Wirtschaftsweisen** (z. B. unser Mobilitätssystem oder Ernährungssystem) so zu organisieren, dass sie die **planetaren Grenzen** (z. B. Erhalt der Biodiversität oder Stabilität der Atmosphäre) respektieren. Der dafür notwendige Transformationsprozess hat die **Debattenebene** bisher kaum verlassen.

Die vorliegende Untersuchung versucht zu klären, wie durch ein **kooperatives Zusammenwirken von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren** intermediäre Räume und Strukturen aufgebaut und für Kooperationen genutzt werden können, um eine Transformation zur nachhaltigen Stadt auch auf der Handlungsebene anzustoßen und zu fördern. Hierzu wurden **vier Fallstudien** in den **Städten Göttingen, Hannover, Kassel und Nürnberg** durchgeführt.

Es zeigt sich, dass Transition-Town-Initiativen (TTI) und Kommunalpolitik sowie -verwaltung fruchtbare und effektive Partnerschaften aufbauen können, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Städten zu adressieren. Dies ist jedoch voraussetzungsvoll. So zeigen die Ergebnisse unter anderem, dass auf Seiten der TTI eine **Professionalisierung** einzelner Personen wichtig ist, die als **verlässliche Ansprechpartner** auftreten und die in der Lage sind **Verwaltungsabläufe, politische Handlungslogiken sowie Förderprogramme** zu verstehen und zu bedienen. Auf kommunaler Seite sind **strukturell angelegte,**

querschnittsorientierte Schnittstellen innerhalb der Verwaltung sowie klar definierte **Schnittstellen zu Bürgerinnen und Bürgern**, eine ausgeprägte **Partizipationskultur** sowie eine **Offenheit und Wertschätzung** für Ideen der organisierten Zivilgesellschaft und der Wille diese mit Verwaltungshandeln zu verbinden sowie die Bereitschaft, **verwaltungseigene Normen, Routinen und Regularien** kritisch zu hinterfragen, von Bedeutung.

Insgesamt zeigt sich, dass der **intermediäre Raum zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik sowie -verwaltung** bisher wenig systematisch genutzt und kaum mit Ressourcen und tragfähigen Strukturen unteretzt ist. Dabei zeigt die jüngere Transformationsforschung, dass die dringend benötigte **transformativ Kapazität** zur Initiierung und Beschleunigung eines systemischen Wandels zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen in Städten durch eine aktive Ausgestaltung dieses Raums erhöht werden könnte. Intermediäre Akteure und Strukturen mit ihren vielfältigen Fähigkeiten und Leistungen der **Übersetzung und Vernetzung zwischen verschiedenen Sektoren** werden in diesem Zusammenhang an Bedeutung gewinnen.

Kommunen sollten diesen **intermediären Raum** weit über die klassische Beteiligungslogik hinaus zu einem Raum der **Koproduktion von Wissen und Handeln für eine nachhaltige Stadtentwicklung** aktiv und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie der Wissenschaft entwickeln.

Weitere **inter- und transdisziplinäre Forschungen** sollten unter anderem versuchen, Klarheit darüber zu gewinnen, wie in intermediären Räumen erarbeitete Lösungen zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen auf eine gesamtstädtische Ebene (u. a. räumlich, sozio-ökonomisch) zu **skalieren** sind, wie in diesem Zusammenhang intermediäre Strukturen mit den grundlegenden **Mechanismen der repräsentativen Demokratie** in Einklang zu bringen sind und wie intermediäre Räume in **unterschiedlichen Raumtypen** (Groß-, Mittel-, Kleinstädte, Regionen, periphere Räume) in Zukunft **physisch und digital effektiv und gerecht gestaltet** werden können.

Executive summary

Efforts to achieve a more sustainable development of cities and communities are enduring. **Municipalities** promote sustainable development, for example, by drawing up sustainable development plans, within the framework of guideline processes, future workshops and citizen participation, as well as by applying specialized concepts, for example, in the areas of climate protection, transport, construction and housing. On the **civil society** side, many new initiatives have emerged since the turn of the millennium that deal with topics such as food supply, energy saving, recycling of products, mobility, and housing. One example of this is the **transition movement** with local groups worldwide. Despite these diverse efforts, it has not been possible in recent decades **to organize ways of life and economic activity** (e. g. our mobility system or food system) in a way that **respects planetary boundaries** (e. g. preservation of biodiversity or stability of the atmosphere). The transformation process necessary to achieve this has hardly left the **debating stage** yet.

The present study attempts to clarify how, through a **cooperative interaction of municipal and civil society actors**, intermediate spaces and structures can be established and used for cooperation in order to initiate and promote a transformation to a sustainable city also on the action level. **Four case studies** were conducted in the **cities of Göttingen, Hannover, Kassel, and Nuremberg**.

It is shown that Transition-Town-Initiatives (TTI) and local politics and administration can build fruitful and effective partnerships to address the goal of sustainable development in cities. However, this is ridden with prerequisites. The results show, among other things, that it is important for TTIs to **professionalize individuals** who act as **reliable contacts** and who are able to **understand and operate administrative processes, political logics of action, and funding programs**. On the municipal side, **structurally designed, cross-sectional interfaces wit-**

hin the administration as well as **clearly defined interfaces to citizens, a distinct culture of participation** as well as an **openness and appreciation for ideas** of the organized civil society and the willingness to combine these with administrative actions as well as the willingness to critically question **the administration's own norms, routines, and regulations** are important.

Overall, it was found that the **intermediary space between civil society and local politics and administration** has not been used systematically to date, and is scarcely underpinned by resources and viable structures. Recent transformation research shows that the urgently needed **transformative capacity** to initiate and accelerate systemic change toward sustainable lifestyles and economies in cities could be increased by actively shaping this space. Intermediary actors and structures with their diverse skills and achievements in **translation and networking** between different sectors will gain in importance in this context.

Municipalities should actively develop this **intermediary space** far beyond the classic logic of participation into **a space of co-production of knowledge and action for sustainable urban development** in cooperation with civil society, business, and science.

Further **inter- and transdisciplinary research** should, among other things, try to gain clarity about how solutions developed in intermediary spaces for sustainable living and economic practices can be **scaled** to a city-wide level (spatially, socio-economically etc.), how intermediary structures can be brought in accordance with the **basic mechanisms of a representative democracy**, and how intermediary spaces in **different types of space** (large, medium-sized, small cities, regions, peripheral areas) can be designed **physically and digitally effectively and equitably** in the future.

Einführung

Städten kommt im Wandel hin zu einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweise eine zentrale Bedeutung zu (vgl. WBGU 2016). Sie sind durch ihren hohen Verbrauch an natürlichen Ressourcen zur Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung sowie aufgrund der Konsum- und Mobilitätsmuster der Bevölkerung entscheidende Treiber von Prozessen wie dem Klimawandel und damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Gleichzeitig werden sie auch als diejenigen Orte gesehen, an denen Innovations- und Anpassungsleistungen in besonderem Maße vollbracht werden können (vgl. UN HABITAT 2011). Seit einiger Zeit werden vielfältige Anstrengungen unternommen, um Transformationsprozesse in Städten voran zu bringen.

So fördern Kommunen nachhaltige Entwicklungsziele beispielsweise durch die Erstellung nachhaltiger Entwicklungspläne, im Rahmen von Leitlinienprozessen, Zukunftswerkstätten und Bürgerbeteiligung sowie über die Anwendung von Fachkonzepten, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Verkehr, Bauen und Wohnen. Auf zivilgesellschaftlicher Seite sind seit der Jahrtausendwende viele neue Initiativen entstanden, die sich mit Themen wie Nahrungsmittelversorgung, Energieeinsparung, Wiederverwertung von Produkten, Mobilität, Wohnen und anderem mehr auseinandersetzen (vgl. Rückert-John 2013; Frantzeskaki et al. 2016). Sie sind dabei angetrieben von ganz unterschiedlichen Motiven, etwa dem Wunsch nach der Verbesserung des Umfeldes, der Förderung von Klimaschutz und der Verbesserung von sozialem Zusammenhalt vor Ort. Kleinräumige, lokale Kontexte bieten ihnen dabei die Möglichkeit zu Experimenten, durch die alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen erprobt werden können (vgl. Seyfang/Smith 2007; Seyfang/Haxeltine 2012; Schneidewind/Scheck 2013; Kenis/Mathijs 2014).

Beispielhaft dafür steht die Transition-Bewegung mit lokalen Gruppen weltweit. Diese Transition-Town-Initiativen (TTI) sind ein verhältnismäßig junger Akteur aus dem Bereich der Zivil-

gesellschaft, 2006 in England entstanden und seit 2008 mit inzwischen etwa 120 lokalen Initiativen auch in Deutschland aktiv (vgl. Transition Initiativen 2018). Sie setzen sich für einen umfangreichen Wandel auf lokaler Ebene ein und verstehen sich als Bewegung aus der Bevölkerung, die eine Transformation von unten, also bottom-up, vorantreibt und dabei durch proaktives Gestalten und eine konstruktive Gesellschaftsvision auf das Veränderungspotenzial von gemeinschaftlichem Handeln setzt (vgl. Seyfang/Haxeltine 2012b; Maschkowski/Wanner 2014; Feola/Nunes 2014). TTI vertreten dabei ein Verständnis von nachhaltiger Entwicklung, das – angelehnt an die Konzepte der Postwachstumsökonomie, der Resilienz und der Suffizienz – Entwicklungsziele weitaus umfangreicher definiert, als sie mit den derzeit vorherrschenden Effizienz- (z. B. energetische Sanierung im Gebäudebereich) und Konsistenzstrategien (z. B. Substitution von Autos mit Verbrennungsmotoren durch E-Autos) vielfach durch Politik und Verwaltung verfolgt werden.

Die vorliegende Untersuchung versucht zu klären, wie durch ein kooperatives Zusammenwirken von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren intermediäre Räume und Strukturen aufgebaut und für Kooperationen genutzt werden können, um eine Transformation zur nachhaltigen Stadt anzustoßen und zu fördern. Hierzu wurden vier Fallstudien in den Städten Göttingen, Hannover, Kassel und Nürnberg durchgeführt. Dabei wurden über den Ansatz eines „embedded multiple-case designs“ (Yin 2009: 46) anhand von 25 leitfadengestützte Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern von TTI, Verwaltung, Politik und weiteren Kooperationspartnern sowie durch ein Mapping der lokalen Governancekontexte und im Rahmen eines Reflexionsworkshops die bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen TTI und Kommunen vergleichend analysiert.

Die Studie knüpft dabei an aktuelle Diskursstränge der Transformationsforschung – insbesondere der Transition-Governance und der Rolle von Intermediären – in Transformationsprozessen an.

1 Hintergrund und Ziel der vorliegenden Studie

Mittlerweile hat sich die Transition-Bewegung als eine weltweite und transnationale Bewegung formiert. Während sie sich zunächst auf den Übergang zur postfossilen Stadt konzentrierte, sind daraus innerhalb eines Jahrzehnts vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen hervorgegangen. Diese engagieren sich in einem breiten Spektrum stadtentwicklungsrelevanter Aktivitäten, zum Beispiel in Gemeinschaftsgärten, Gemeinschaftswohnprojekten, Baugemeinschaften, offenen Werkstätten und Fabrikationslaboren, Verbrauchergemeinschaften, Energiegenossenschaften oder Impact Hubs. Über ihre thematische Arbeit hinaus widmen sie sich häufig alternativen, vom Wirtschaftswachstum entkoppelten Wirtschaftsweisen wie der Postwachstumsökonomie, der Gemeinwohlökonomie, der Solidarischen Ökonomie, der Sharing Economy, der suffizienten Stadt oder Regionalwährungen (vgl. Leach et al. 2012, 2013; Hopkins 2013; Paech 2013; Maschkowski/Wanner 2014; Feola /Nunes 2014; Kenis/Mathijs 2014; Blum et al. 2016; Frantzeskaki et al. 2016; Henfrey/Kenrick 2017; Victor/Dolter 2017).

Mit ihrem ganzheitlichen Ansatz, ihrer normativen Orientierung an einer umweltgerechten Entwicklung und ihrem partizipationsorientierten Handeln übernehmen Transition-Town-Initiativen in lokalen Kontexten häufig die Rolle von Intermediären. Innerhalb der Transformationsforschung wird Intermediären eine wichtige Rolle als Übersetzer und Vernetzer, etwa zwischen verschiedenen Sektoren, Akteuren, Handlungsfeldern und -ebenen, zugeschrieben (vgl. Kivimaa 2014). Damit kann die transformative Kapazität von Städten – also deren Fähigkeit, tiefgreifende systemische Veränderungsprozesse zu organisieren – erhöht werden (vgl. Wolfram 2016).

Das Ziel der vorliegenden Forschungsarbeit ist es, anhand von vier Fällen (Göttingen, Hannover, Kassel, Nürnberg) empirisches Wissen zu generieren und auszuloten, welche Potenziale Transition-Town-Initiativen in eine Partnerschaft zur nachhaltigen Stadtentwicklung einbringen können. Theoretisch fundiert die Arbeit auf Konzepten der Transformationsforschung und den darin konzipierten Rollen von intermediären Akteuren, als welche TTI gesehen werden können. Daher lautet die übergreifende Forschungsfrage:

Welche Potenziale und Grenzen besitzen Transition-Town-Initiativen in ihrer Rolle als Intermediäre in urbanen Governance-Kontexten bezüglich der Förderung einer Transformation zur nachhaltigen Stadtentwicklung?

Dabei wird zunächst kurz auf die Transition-Bewegung, ihre Entstehung und die Bezüge der darunter gefassten lokalen Initiativen zur nachhaltigen Stadtentwicklung eingegangen (Kapitel 2). Im Anschluss werden Transition-Town-Initiativen in verschiedene theoretische Ansätze eingeordnet (Kapitel 3), um aus diesen einen analytischen Rahmen und ein methodisches Vorgehen (Kapitel 4) zur Untersuchung der Potenziale und Grenzen von TTI in ihrer Rolle als Intermediäre für die nachhaltige Stadtentwicklung abzuleiten. Darauf folgt in Kapitel 5 die Einführung und nähere Vorstellung der vier ausgewählten Fälle (Göttingen, Hannover, Kassel, Nürnberg). Die empirischen Ergebnisse werden in Kapitel 6 dargelegt und diskutiert. Die daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen für Wissenschaft und Praxis werden im Kapitel 7 skizziert.

2 Transition-Town und nachhaltige Stadtentwicklung

2.1 Entstehung, Hintergründe und Status quo der Transition-Bewegung

Als Keimzelle der Transition-Bewegung gilt die Kleinstadt Totnes in der Grafschaft Devon in Großbritannien. Hier entwickelte und gründete Rob Hopkins im Jahr 2007 zusammen mit anderen Ortsansässigen das erste Transition-Town-Konzept zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt.

Erste Transition-Towns in Deutschland konnten 2008 und 2009 auf der Karte verzeichnet werden. Die erste Gründung fand in Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin im Jahr 2008 statt. 2009 folgten Witzenhausen, Beetzendorf und Bielefeld. Seitdem sind über 120 Initiativen im deutschsprachigen Raum entstanden (vgl. Transition Initiativen 2018).

Ab 2010 etablierte sich das Transition-Netzwerk, welches Informationen, Weiterbildungen und eine Plattform zum Austausch anbietet sowie jährliche „(Un)Konferenzen“ durchführt. 2014 schrieb sich das Netzwerk offiziell als Transition Netzwerk e. V. ins Vereinsregister ein (vgl. ebd.). Seit 2013 kann ein stabiles Niveau von ca. 120 Initiativen in unterschiedlichen Stadien beobachtet werden. Die Stadien reichen von einem „Initialstadium bis hin zu Initiativen mit vielen hundert Aktiven und Interessierten“ (ebd.). Räumliche Schwerpunkte bilden der Westen Deutschlands mit vielen Initiativen in Nordrhein-Westfalen und der Sü-

den Deutschlands mit vielen Transition-Towns in Bayern und Baden-Württemberg (s. Abbildung 1).

Transition-Town-Initiativen definieren das Lokale und den urbanen Kontext als die zentrale Handlungsebenen für nachhaltige Entwicklung. Dieser urbane Kontext ist durch eine Vielfalt sowohl der Handlungsfelder als auch der Akteure gekennzeichnet.

- Zu diesen Handlungsfeldern gehören beispielsweise die Energieversorgung, Mobilität, Wohnen und Bauen, Ernährung, Bildung, Wirtschaft oder die soziale Integration.
- Zu der Vielfalt der Akteure gehören die Zivilgesellschaft, die Kommunalpolitik und -verwaltung, die Wirtschaft und die Wissenschaft.

In diesem Kontext handeln TTI als Intermediäre, die den Wissensaustausch und die Vernetzung unterstützen. Sie handeln als Vermittler und Übersetzer zwischen dem System der Nicht-Nachhaltigkeit und der Nachhaltigkeit, der internationalen und transnationalen, europäischen, nationalen und lokalen Governance-Ebene, zwischen verschiedenen Handlungsfeldern und verschiedenen Akteuren.



Status der Transition Initiativen (Stand 2018)

- Aktive Transition Initiative
- Keimzelle/Interessiert an Gründung
- Initiative im "Winterschlaf"

Geodaten: www.transition-initiativen.de/liste-der-transition-initiativen,
 NaturalEarth 4.0, 2018
 Karte: A. Betsch, A. Hartmann, U. Schinke, IÖR 2018

Abbildung 1: Status zu Transition-Town-Initiativen in Deutschland 2018
 Quelle: www.transition-initiativen.de/liste-der-transition-initiativen

Exkurs: Bezüge der Transition-Bewegung zu gesellschaftlichen Debatten

Die Umweltbewegungen: Alt und Neu

Während sich die Umweltbewegung als soziale Bewegung in den 1960er und 1970er Jahren herausbildete, wird die Transition-Bewegung den neuen Umweltbewegungen zugeordnet, die nach der Jahrtausendwende entstanden sind. Ihr soziales Engagement ist kollaborativ und themenorientiert. Die neue Umweltbewegung betrachtet das Handeln staatlicher Institutionen im Sinne des traditionellen Governments als notwendig, aber nicht hinreichend, um Gesellschaft zu verändern. Sie tritt vielmehr für einen kollaborativen Ansatz im Sinne von Governance ein und befürwortet die Kooperation von Individuen, lokalen Gemeinschaften, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat. Eine Reorientierung und Aufwertung des Lokalen wird als ein Schlüsselfaktor für gesellschaftlichen Wandel betrachtet. Die lokale Ebene wird als der Ort gesehen, den Menschen mit ihrem eigenen Handeln gestalten können. Sie wird daher als Ankerpunkt für die Ermächtigung der Bürgerschaft und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit verstanden. Im Gegensatz zur Transition-Bewegung werden die neuen Umweltbewegungen dafür kritisiert, dass sie nach wie vor im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Lösungen für Umweltprobleme suchen, statt diese Wirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen (vgl. Connors/McDonald 2011: 559 f.).

Das Lokale: Lokalismus versus Lokalisierung

Der Lokalismus konzentriert sich auf die Beziehung zwischen dem Zentrum und dem Lokalen. Er befürwortet die Dezentralisierung von politischer, wirtschaftlicher und juristischer Macht, vom Zentrum zum Lokalen (vgl. Evans et al. 2013: 405). Er spricht sich für die Bedeutung von machtvollen und politisch verantwortlichen Kommunalregierungen und von gemeinschaftlichen Eigentumsformen aus (vgl. Felicetti 2013, S. 564). Der Lokalismus wird häufig als eine Gegenbewegung zur Globalisierung interpretiert.

In der Debatte um die Lokalisierung wird jedoch hervorgehoben, dass es einen fundamentalen Unterschied zwischen einem traditionellen Verständnis von Lokalismus und dem Verständnis von Lokalisierung von sozialen Bewegungen, wie der Transition-Town-Bewegung, gibt (vgl. Hopkins 2010a: 238 f.; Felicetti 2013: 560 ff.). Demnach geht das traditionelle Lokalismusverständnis von einer Dezentralisierung institutioneller Macht und administrativer Funktionen vom Zentrum zur Peripherie aus. Der Lokalismus ist ein Prinzip der politischen Neuordnung. Dabei soll staatliches in gemeinschaftliches Eigentum überführt werden. Diese Form des Lokalismus bewegt sich jedoch weiterhin im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums-Paradigmas.

Im Gegensatz dazu meint die Transition-Bewegung mit Lokalisierung einen „much deeper process of refocusing infrastructure to local provision and consumption“ (Hopkins 2010a: 20). Sie betont Werte von Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Aus

dieser Perspektive formuliert sie eine Kritik an der Globalisierung, die von der Knappheit natürlicher Ressourcen ausgeht. Sie hat ihre Ursprünge in Konzepten wie den „Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) und „Bhuddist economics“ (Schumacher 2010) und befürwortet damit ein Post-Wachstums-Paradigma. Die Transition-Bewegung versucht, Prinzipien für eine soziale und ökonomische Neuordnung zu definieren, erkennt jedoch die Bedeutung des Staates für den Umgang mit globalen Problemen an.

Die ökonomische Lokalisierung orientiert sich dabei am Grundsatz der Nähe. Sie kritisiert die gegenwärtige Distanz zwischen Produzenten und Konsumenten und bemüht sich, die Rückkopplung zwischen der Nutzung von Ressourcen und der lokalen Gemeinschaft zu stärken. Innerhalb lokaler Gemeinschaften sollen daher Kapazitäten aufgebaut werden, um die Eigenversorgung zu unterstützen (vgl. Barnes 2015: 317). Dabei grenzt sich die Transition-Bewegung jedoch von einer Isolierung oder Autarkie der lokalen Gemeinschaft ab (vgl. Hopkins 2008: 59, 2011: 48).

Mit einer sozialen Lokalisierung sollen die Gemeinschaft selbst und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden (vgl. Barnes 2015: 318 ff.). Die Transition-Bewegung setzt sich daher auch mit Fragen sozialer Exklusion und Inklusion auseinander, die durch eine Transformation des Wirtschaftssystems aufgeworfen werden. Vor diesem Hintergrund versucht sie, für Menschen eine nachhaltige Existenzgrundlage außerhalb der formalen Ökonomie zu schaffen (Scott-Cato/Hillier 2010: 882).

Kritiker verweisen jedoch auf das Paradox des Lokalen (vgl. Neal 2013a: 64). Sie sprechen von einer Idealisierung des Lokalen, die sie auch als „local trap“ (Kenis/Mathijs 2014) bezeichnen und warnen davor, die Vergangenheit im Sinne eines resilienten, gemeinschaftlich ländlichen Lebens zu verklären und romantische Bilder des Landlebens zu zeichnen. Dabei betonen sie auch, dass die ökologischen und die sozio-ökonomischen Effekte einer lokalen Eigenversorgung umstritten seien (vgl. ebd.: 174 f.), denn die Nähe ökonomischer Beziehungen könne nicht unmittelbar mit sozialer Gerechtigkeit gleichgesetzt werden. Darüber hinaus warnen sie vor einem defensiven Lokalismus, der Züge eines Protektionismus, Patriotismus, Elitismus, Konservatismus und der Xenophobie annehmen könne (vgl. Neal 2013a: 64; Kenis/Mathijs 2014: 174 ff.). Dieser würde die Gemeinschaft des Lokalen als Begründung für die Ausgrenzung der Anderen instrumentalisieren.

Die Verländlichung: Das neue ländlich Urbane

Die Transition-Bewegung versucht die Bindung zwischen Mensch und Natur zu stärken und vertritt ländliche Wertvorstellungen. Sie versucht die Dichotomie zwischen Stadt und Land zu überwinden (vgl. Woods 2009: 853; Neal 2013a). Dies soll zu einer neuen „'re-urbanity' in which the urban is ruralised and the rural

urbanised“ führen (Neal 2013a: 64). Beispielhaft dafür steht die Idee der Essbaren Städte, die von TTI in vielfältigen Initiativen wie Gemeinschaftsgärten oder solidarischen Landwirtschaften aufgegriffen wird. Dem Begriff des Ländlichen werden dabei verschiedene Bedeutungen beigemessen (vgl. Halfacree 2007: 131):

- das industrialisierte Ländliche: die Dominanz der Agro-Industrie und der Biotechnologie zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität,
- das kommerzialisierte Ländliche: der ländliche Raum als Erholungsort,
- das verloren gegangene Ländliche: das Ländliche, das durch den Kapitalismus ausgehöhlt wurde,
- das radikal Ländliche: das Ländliche, das eine alternative, anti-kapitalistische Kultur und Lebensweise darstellt.

Jedoch durchziehen verschiedene Ambivalenzen diese vier Vorstellungen des Ländlichen. Sie sind eine Mischung aus konservativen Sehnsüchten nach vergangenen „imagined communities“ (Neal 2013a: 62) und alternativen Visionen einer neuen Gesellschaft. Diese Ambivalenzen spiegeln sich auch in der Perspektive der Transition-Bewegung wider. Diese lehnt eine Industrialisierung der Landwirtschaft ab. Es hat Züge eines verloren gegangenen Ländlichen, denn es ist inspiriert durch die Vorstellung einer ländlichen Vergangenheit mit kleinen, resilienten und unabhängigen Gemeinschaften. Zugleich fügt es sich in das Bild des radikal Ländlichen ein, denn es befürwortet eine neue Verbindung von Land, Ethik und Kollektivismus (ebd: 62).

Das Politische: Sein oder Nichtsein

Die Beziehung der Transition-Bewegung zum Politischen ist ebenfalls durch vielfältige Ambivalenzen gekennzeichnet, weil sie einerseits eine unpolitische Haltung einnehmen möchte, aber andererseits zu einer Politisierung von Umweltfragen beiträgt.

Grundsätzlich möchte die Transition-Bewegung einem konsens-orientierten, inklusiven Ansatz folgen. Sie möchte Spaltungen überwinden und eine Rhetorik im Sinne von „wir gegen die“ vermeiden (vgl. Neal 2013a: 65; Kenis/Mathijs 2014: 178). Sie nimmt dabei eine unpolitische Haltung ein, indem sie „below the radar“ (Hopkins 2008: 146) handelt (vgl. Connors/McDonald 2011: 561; Seyfang/Haxeltine 2012: 386; Barnes 2015: 313; Grossmann/Creamer 2017: 162).

Das schließt eine Hinwendung zum Pragmatismus, „a pragmatic turn“ (Quilley 2011: 4), ein. Die Transition-Bewegung entwickelt gemeinschaftliche Initiativen von unten. Diese pragmatische Wende konzentriert sich auf die Befähigung und Ermächtigung der Menschen zum selbstbestimmten Handeln (vgl. Hopkins 2013).

Diese erklärte unpolitische Haltung wird jedoch vielfach kritisiert. Kritiker zeigen die Ambivalenzen und Spannungen auf, die damit verbunden sind. Sie argumentieren, dass die Bewegung radikale Alternativen formuliert und daher zutiefst politisch sei (vgl. North

2010: 591). Indem sie sich für Inklusion und gegen Spaltung ausspreche, versuche die Bewegung, „to be all things to all people“ (Connors und McDonald 2011, S. 565) und verliere damit ein erkennbares Profil. Sowohl die konsens-orientierte Perspektive der Transition-Bewegung, die nach übergreifenden Kompromissen sucht, als auch deren technokratische Perspektive, die sich an technischen Sachfragen orientiert, können politische Konflikte verdecken. Die politische Frage, wer wann und wie betroffen sein wird, könne dadurch aus dem Blick geraten und zur Ent- bzw. Post-Politisierung führen (vgl. Kenis/Mathijs 2014: 175). Konflikte könnten aber nur innerhalb demokratischer Arenen ausgehandelt und gelöst werden, wenn sie anerkannt und sichtbar gemacht werden (vgl. Mouffe 2008). Um über die Post-Politik hinaus zu gelangen und die radikalen Alternativen der Bewegung auch aufzuzeigen, müsse die Bewegung konsens-orientierte und technokratische Logiken durchbrechen (vgl. Neal 2013a: 64 ff.; Kenis/Mathijs 2014: 174; Aiken 2017). Sie müsse die politischen Fragen, die mit einem transformativen Wandel einhergehen, in das Zentrum der Debatte rücken. Dies bedeute, nachhaltige Alternativen und ihre Wirkungen auf einzelne Klientelen offen zur Diskussion zu stellen.

Die Weigerung, eine politische Haltung einzunehmen, gebe die Bewegung zudem der politischen Bedeutungslosigkeit preis (vgl. Connors/McDonald 2011: 565). Auch das Bild der lokalen Gemeinschaft als eine in sich harmonische Einheit verdecke die existierenden Konflikte innerhalb dieser Gemeinschaft und verberge die vielfältigen Machtbeziehungen, Interessengegensätze, Ungleichheiten und unterschiedlichen Stimmen (vgl. Mouffe 2002; Connors/McDonald 2011: 567). Daraus ergibt sich die Frage, wie die Bewegung einen demokratischen Raum schaffen kann, innerhalb dessen politische Pluralität sichtbar und ausgehandelt werden kann und in dem die Konflikte und Machtfragen, die eine Transformation unweigerlich aufwirft, transparent gemacht werden (vgl. Kenis/Mathijs 2014: 182).

Die Ambivalenz der Transition-Bewegung bezüglich des Politischen zeigt sich auch in der Haltung gegenüber staatlichen Institutionen. Einerseits wird die Regierung als eine reaktive Institution dargestellt, der eine proaktive Bürgerschaft gegenüber stehe (vgl. Barnes 2015: 316 f.; Felicetti 2013: 562).

Andererseits wird die Regierung als ein „part of the solution“ (vgl. Hopkins 2010b: 2) beschrieben. Folglich sollen Kommunalregierungen den gesellschaftlichen Wandel zwar unterstützen, aber nicht hegemonial, von oben steuernd, wirksam sein (vgl. Rowell 2010: 9). Daher bemühen sich auch viele TTI um eine Kooperation mit Kommunalregierungen und Stadträten (vgl. Kenis/Mathijs 2014: 181). Einige Mitglieder der TTI wenden sich auch der Parteipolitik zu und kandidieren selbst für politische Ämter (vgl. Barnes 2015: 323). Dies sei zugleich mit der Gefahr der politischen Kooptation verbunden (vgl. Smith 2011: 102; Connors/McDonald 2011: 566; Barnes 2015: 320). Es führe zu einer erneuten Spannung zwischen der Kooperation mit staatlichen Institutionen und struktureller Integration und der Bewahrung der Autonomie und politischen Neutralität der TTI.

2.2 Perspektiven der Transition-Bewegung auf nachhaltige Entwicklung

Das Konzept des Peak Oils (Ölfördermaximum), der Prozess des Klimawandels sowie internationale Finanzkrisen seit 2008 bildeten den Anlass für die Entwicklung der Transition-Bewegung (vgl. Barnes 2015; Barr/Pollard 2017: 48; Connors/McDonald 2011: 562; Felicetti 2013: 561; Feola/Nunes 2014: 234; Kenis/Mathijs 2014: 173; Maschkowski/Wanner 2014: 2; Mehmood 2016: 414; Neal 2013a: 61; Seyfang et al. 2010: 15; Smith 2011: 101). Den jeweiligen Impetus für einen Wandel beziehen die Transition-Bewegung und die einzelnen TTI aus weiteren gesellschaftlichen Debatten, etwa um den Zerfall des sozialen Zusammenhalts, die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen, die globale Ungerechtigkeit und unfaires Handeln, den Bedeutungsverlust der kontemporären Gesellschaft sowie die allumfassende „Krise des Kapitalismus“ (Seyfang/Haxeltine 2012: 385). Dementsprechend ist in der Vorstellung der TTI ein sozialer Wandel unausweichlich. Die Frage, wie dieser Wandel vollzogen werden soll – by design or by disaster? –, beantwortet die Transition-Bewegung mit einem akteursorientierten Ansatz, in dem der Wandlungsprozess proaktiv durch die Bewegung geformt und eine konstruktive Vision der zukünftigen Welt formuliert werden soll (vgl. ebd.: 390). Hopkins (2008) formuliert in seiner Vision, dass die gegründeten TTI ein Beispiel für ein Leben nach dem Ölfördermaximum – „scenarios from beyond the peak“ (ebd.: 48) – sein können.

Somit intendiert die Bewegung auf einer Mikroebene eine Antwort auf die oben genannten globalen Herausforderungen (Makroebene) zu liefern, indem sie eine Nische mit neuer Infrastruktur entwickelt und praktiziert, um als Gemeinschaft in der Lage zu sein, die vorherrschenden unnachhaltigen sozio-technischen, sozio-ökologischen und sozio-institutionellen Regime zu ersetzen, falls diese in ihrer Funktion versagen (vgl. ebd.). Zu den positiven Szenarien der TTI zählen auch die aufgeklärte regierungsgeführte Energietransformation und eine visionäre Verantwortung für den Schutz der Erde. Diese stehen explizit im Gegensatz zu Szenarien, die sich entweder dem Weiter-wie-bisher mit einer Fixierung auf technologiebasierten Innovationsfindungen, einem Regime des xenophobischen Protektionismus der westlichen Ökonomien, einer durch das Militär dominierten Kontrolle der Ölreserven und globalen Konflikten oder dem Tribalismus und erzwungenen Lokalisationstendenzen verschrieben haben (ebd.).

Im deutschsprachigen Raum orientieren sich die TTI, soweit sie sich zum bestehenden Transition-Town-Netzwerk zählen, an vier grundlegenden Säulen. Inspiration finden TTI in den Prinzipien und Werten der (I) Permakultur, die sich in ihrer Essenz an der Maxime „Schätze die Vielfalt, beobachte und interagiere, verstehe die Selbstregulation und wende sie an“ orientieren (vgl. Holmgren 2002). Sie ist ursprünglich eine Bewirtschaftungsform im Garten- und Landbau, die auf nachhaltige und naturnahe Kreisläufe abzielt. Das systemische Denken dieser Kulturform ist zentral für die Transition-Bewegung (vgl. ebd.; Neal 2013a: 62; Maschkowski/Wanner 2014: 2). Des Weiteren verfolgen die TTI eine (II) ganzheitliche Sichtweise, die sowohl den äußeren als auch den inneren (persönlichen) Wandel mit in ihr Handeln und ihre Betrachtung nimmt. Dieser innere Wandel wird als

eine notwendige Voraussetzung für das Handeln gesehen (vgl. Barry 2012: 114). Darüber hinaus berufen sich TTI auf (III) neue wirtschaftliche Konzepte, die sich ideell aus der Postwachstumsökonomie, der Gemeinwohlökonomie und der Solidarischen Ökonomie speisen. Wirtschaftliche Systeme werden als Sub-Systeme der sozio-ökologischen Systeme gesehen und sollten dementsprechend höher einzustufenden sozio-ökologischen Zielen dienen (vgl. Göpel 2017: 136). Letzter grundlegender Aspekt der Transition-Bewegung ist (IV) die Förderung von Individualität und Gemeinschaftsbildung innerhalb der Gruppen und die Betonung der Interdependenzen zwischen Individuen und dem sozialen und ökologischen Umfeld (Maschkowski/Wanner 2014: 2).

Auf Basis dieser vier Säulen und den damit verbundenen normativen Vorstellungen beziehen sich TTI auf verschiedene Konzepte, die ihrer Ansicht nach einen Beitrag zur Lösung der wahrgenommenen Probleme leisten:

Hierzu zählt beispielsweise der Leitsatz der Suffizienz, also genügsame Lebens- und Wirtschaftsweisen, welche die belebte grüne Umwelt nur in Maßen belasten und alles tun, um diese zu schützen.

Weiterhin ist das Konzept der Resilienz (Widerstandsfähigkeit) für TTI von Bedeutung, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu realisieren. Die Widerstandsfähigkeit des städtischen Systems ist daher ein gewünschtes Ergebnis der Transition-Bewegung (vgl. Smith 2011: 100; Neal 2013a; Feola/Nunes 2014: 234; Mehmood 2016; Henfrey/Giangrande 2017). Der Begriff der Resilienz aus der sozial-ökologischen Perspektive meint dabei die Fähigkeit eines Systems, seine Funktionalität und Struktur im Kontext eines sich vollziehenden Wandels zu erhalten (Henfrey/Giangrande 2017: 90) und „to absorb shocks [...] and to continue to exist with the least damage possible“ (Birkmann et al. 2011: 17). Des Weiteren bedeute Resilienz auch die Kapazität, den Ausgangszustand relativ schnell wiederherzustellen und das Vermögen eines Systems zu lernen und sich kontinuierlich an sich verändernde Umstände anzupassen (vgl. Christmann/Ibert 2012: 262). Neben den bereits genannten Punkten fließt das Konzept der persönlichen Resilienz, also das Vermögen einer Person, mit persönlichen Rückschlägen umzugehen, mit in den Resilienzbegriff der Transition-Bewegung ein (Henfrey/Giangrande 2017: 90). Zuletzt wird dieses Verständnis durch das Konzept der Community Resilience erweitert. Hier bedeutet Resilienz die Fähigkeit des Vorbereitet-Seins einer Gemeinschaft auf unerwartete Ereignisse, welche durch soziales Kapital erlangt wird (ebd.: 103 f.). Resilienz setzt die kontinuierliche Beobachtung des systemischen Umfelds und eine permanente Adaption dieser Beobachtungen durch Lernen und die Anwendung innovativer oder neuer Praktiken voraus (vgl. Christmann/Ibert 2012: 262). Dazu kann eine Neuskalierung der Handlungsräume auf der lokalen und individuellen Ebene zählen sowie die Neuordnung von Engagement in neue Organisationsformen. Weiterhin werden Vielfalt und Inklusivität als Schlüsselfaktor der Resilienz begriffen (vgl. Grossmann/Creamer 2017: 162). Darunter fällt u. a. „die Vielfalt des Lebens, der Menschen, der Wege und Lösungen für den Wandel!“ (TT Göttingen 2018).

TTI verstehen sich außerdem „als Teil einer weltweiten Graswurzelbewegung“ (Transition Initiativen 2018) und streben daher eine nachhaltige Entwicklung von unten (bottom-up) an. Sie ver-

stehen sich als gemeinschaftlich geführte Projekte, die sich selbst für die Gestaltung der Entwicklung von unten ermächtigen (vgl. Maschkowski/Wanner 2014: 8). Der Wandel zur Nachhaltigkeit wird im Verständnis der TTI nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum angestrebt, sondern kann nur partizipativ mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, Bildung und Forschung auf der städtischen Ebene erfolgen.

Der nachhaltigen Entwicklung schreiben die TTI auch einen präferierten Handlungs- und Wirkungsraum zu. So werden vor allem lokale Gemeinschaften als relevant angesehen und das Lokale bzw. Regionale als Aktionsraum definiert (vgl. Seyfang/Haxeltine 2012: 386; Maschkowski/Wanner 2014: 7; Barnes 2015: 316; Mehmood 2016: 415; Göpel 2017: 135 f.). In der Praxis wird dieser lokale und regionale Bezug durch die „Umgestaltung, die von Menschen vor Ort selbst ausgeht und deren wichtigstes Ziel die Regionalisierung [...] ist“ (TT Leipzig 2018) kommuniziert. Die Regionalisierung aller Handlungen wird als Lösung „gegenüber globalen Veränderungen“ (TT Bielefeld 2018) verstanden, da die Re-Localisation von Produktionsketten zum Beispiel die Abhängigkeit von unsicheren globalen Märkten reduziert (vgl. Smith 2011: 100; Feola/Nunes 2014: 234; Mehmood 2016: 415; Göpel 2017: 135; Grossmann/Creamer 2017: 161). Der städtische Ort ist somit zentral für die Idee der Transition-Town und Teil des Narratives (vgl. Neal 2013a).

Mit der Betonung des Lokalen geht auch die starke Befürwortung der lokalen Gemeinschaft einher. Die Gemeinschaft dient zum einen als Ebene, aber auch als verbindendes Glied der Handlung, um konkrete Schritte für eine Transformation vorzubereiten. Als Gründe für die Betonung der lokalen Gemeinschaft führt Barnes (2015: 317) folgendes an: Erstens deckt die lokale Gemeinschaft den generellen Mangel an Zuversicht, dass die nationalen Regierungen in der Lage sind, den oben genannten gesellschaftlichen Bedrohungen effektive Maßnahmen entgegenzusetzen, ab. Zweitens steht die Transition-Bewegung individuellen Strategien im Umgang mit den Bedrohungen kritisch gegenüber, da diese Handlungen das soziale Kapital aller verringern, welches jedoch für einen Wandel als notwendig erachtet wird. Das Transition-Netzwerk formuliert diesen Anspruch folgendermaßen: „if we wait for the governments, it'll be too little, too late; if we act as individuals, it'll be too little; but if we act as communities, it might just be enough, just in time“ (Permanent culture now 2018). Somit ist die lokale Gemeinschaft aus der TTI-Perspektive eine Brücke zwischen dem Globalen und dem Individuellen. In der Gemeinschaft können die Individuen einen direkten und bedeutungsvollen Beitrag für die Welt leisten und diesen auch unmittelbar spüren. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Engagements (vgl. Barnes 2015: 317). Darüber hinaus befreit das gemeinschaftliche Handeln das Individuum von der gefühlten Ohnmacht und kollektiviert diese (vgl. Wessling 2011).

Mit dem Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung ist für TTI außerdem die Verinnerlichung des Wissens um diesen Wandel und, in einem weiteren Schritt, die Kollektivierung des inneren Wandels in Wissen und Praxis verbunden (vgl. Kenis/Mathijs 2014: 173). Ausdruck findet dieses Wissen in Handlungen wie urbanem Gärtnern oder Imkern, die bezeichnend sind für eine „recognition of social-nature proximities and the relationship of humans and to the non-human“ (Neal 2013b: 60). Mit diesen Praktiken wird die bisherige „modern separation of the social and

natural“ (ebd.) aufgehoben und wieder zusammengebracht. Somit interagiert der Mensch nicht unabhängig von seinem natürlichen Umfeld, sondern im Sinne eines Permakulturansatzes interdependent und forciert eine integrierte Beziehung zwischen dem Land, der Produktion und dem sozialen System (vgl. ebd.: 62). Dies kann unter anderem als Versprechen einer neuen grünen Identität gewertet werden und zieht somit verschiedene Personen an, die nicht nur den materiellen Konsum reduzieren wollen, sondern aktiv auch erfahren wollen, wie diese neuen Praktiken in Gruppen auf sie wirken und erforschen damit neue Identitäten. Die kollektive Erfahrung ist für viele Transition-Town-Mitglieder der wichtigste Teil (vgl. Seyfang et al. 2010: 14 f.).

2.3 Intendierte Beiträge von Transition-Town-Initiativen zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Die Transition-Town-Bewegung, motiviert durch die bereits angesprochenen globalen Entwicklungstendenzen, hat in den letzten Jahren ein breites Netzwerk an Initiativen in Deutschland sowie weltweit aufgebaut. Allen gemein ist, dass sie eine Stadtentwicklung favorisieren, welche zum Ziel hat, die Stadt resilient gegenüber dem vorherrschenden System und dessen Störungen zu gestalten. Um sich als Teil der Transition-Gemeinschaft zu kennzeichnen, durchlaufen die TTI idealerweise ein Verfahren, das verschiedene formale Stufen umfasst. So sollten potenzielle TTI Transition-Seminare besucht haben, eine konsolidierte und genehmigte Verfassung besitzen, mindestens aus vier bis fünf Mitgliedern bestehen und demonstrieren, dass sie gewillt sind, mit anderen Akteuren auf lokaler Ebene zusammenzuarbeiten. Handreichungen wie das Transition Handbook (Hopkins 2008), der Transition Initiatives Primer (Brangwyn und Hopkins 2008) und der Transition Companion (Hopkins 2011) befähigen Gruppen durch einen 12-Punkte-Plan zur Gründung einer TTI. Schritte sind unter anderem die Gruppenbildung, Aufmerksamkeitsbildung, Anwendung partizipatorischer Techniken und der Austausch sowie die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen (vgl. Seyfang et al. 2010: 12; Smith 2011: 100; Connors/McDonald 2011: 562; Neal 2013a: 62; Feola/Nunes 2014: 234).

Hinter diesen Gruppenbildungsprozessen und dem Branding als Transition-Town lässt sich eine Wunschvorstellung, wie Stadt gestaltet werden soll, vermuten. TTI agieren überwiegend auf Stadtteilebene (bei Großstädten) und im gesamtstädtischen Bereich (bei Klein- und Mittelstädten) und leisten somit potenziell einen Beitrag in ihrem lokalen Handlungsraum. Getreu dem Motto Think Global, Act Local können Wirkungen aber auch über die Grenzen des Aktionsraumes hinweg in Erscheinung treten.

TTI sind inklusiv angelegte Projekte. Durch die Einbeziehung von Vielfalt und das Gebot der Offenheit für andere Akteure in der Stadtgesellschaft ermöglichen TTI per se eine niedrigschwellige Teilhabe am Veränderungsprozess, der von ihnen angestrebt wird. Das Kooperationsgebot mit anderen Gruppen in der Stadt bedingt aus Sicht der TTI einen Zusammenhalt, der sich auf der nachbarschaftlichen Ebene manifestiert. Praktisches Beispiel für einen Zusammenhalt sind die Transition-Streets, die zum Beispiel in Bielefeld durchgeführt werden (TT Bielefeld 2018).

Projektideen, die auf dem Prinzip der solidarischen Wirtschaft aufbauen (SoLaWi, Tauschladen, Leihladen) können für sozial benachteiligte Gruppen eine gesellschaftliche Teilhabe durch den niedrighschwelligigen Zugang darstellen und somit zur sozialen Gerechtigkeit beitragen „We want to increase the chances of all groups in society to live well, healthily and with sustainable livelihoods“ (Transition Network 2018).

Zunehmend bringen sich TTI aktiv in stadtentwicklungspolitische Themen und Entscheidungen ein. So formuliert die TTI Bonn, dass „echte Teilhabe an Stadtentwicklung und Transparenz von politischen Verfahren nötig [sind], um die Stadt im Sinne aller zu entwickeln“ (TT Bonn 2018). Um diese Prämisse zu erreichen, engagiert sich die TTI in Zusammenarbeit mit anderen NGOs und mischt sich durch das Verfassen von offenen Briefen oder Theateraufführungen aktiv in die Politik ein (vgl. ebd.). Auf der praktischen Ebene leisten TTI einen Beitrag zur Stadtentwicklung, indem sie – wie es viele Fälle zeigen – Stadtraum für sich einnehmen und – in den meisten Fällen – bepflanzen und gestalten (vgl. u. a. TT Hannover, TT Leipzig; TT Göttingen, TT Essen). Durch Gemeinschaftsgärten, Hochbeete etc. wird beispielsweise das Stadtbild im Sinne einer Essbaren Stadt verändert.

Sich als Experimentierraum verstehend, in dem ein Wandel schneller und effektiver umgesetzt werden kann, da man auf die Erfahrungen und das Wissen von Personen schneller zurückgreifen kann (Transition Network 2018), möchten TTI auch einen Beitrag zur Stadtentwicklung durch die Erprobung neuer Praktiken leisten.

3 Theorie: Zur urbanen Governance transformativen Wandels und der Rolle von Intermediären in Transformationsprozessen

Kommunalverwaltung und -politik sind ebenso wie TTI Akteure in urbanen Governance-Systemen, die im Zuge gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen einem ständigen Wandel unterliegen und zunehmend mit den Herausforderungen einer Gestaltung transformativen Wandels zur Nachhaltigkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen (z. B. dem städtischen Verkehrs- oder Energiesystem) konfrontiert werden. Die damit verbundenen Anforderungen an Governance-Systeme und die Rolle der in diesen handelnden Akteure werden innerhalb der Transformationsforschung seit den 2000er Jahren thematisiert. Aus dieser Debatte sind neue Konzepte und Ansätze entstanden, die eine wichtige Basis darstellen, das Potenzial und die Grenzen von TTI bezüglich ihres Beitrags zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu beleuchten.

Im Folgenden soll daher kurz in das Forschungsfeld zur Governance von urbanen Transformationsprozessen eingeführt werden (3.1). Anschließend werden wichtige Perspektiven und Ansätze der Transformationsforschung zur Gestaltung transformativen Wandels skizziert (3.2) und die Rolle von verschiedenen Akteuren, insbesondere von Intermediären (3.3), wie sie die TTI darstellen, beleuchtet. Damit wird der theoretische Rahmen aufgespannt, in dem sich die TTI als Akteure konzeptionell einordnen lassen und es wird ihnen eine Bedeutung und Funktion in urbanen Governance-Systemen zugeordnet. Auf dieser Basis werden ihre Potenziale und Grenzen als Partner in der nachhaltigen Stadtentwicklung analysiert.

3.1 Die urbane Governance transformativen Wandels als neues Forschungsfeld

In der Politikwissenschaft ist eine Debatte um den Übergang vom klassischen Government mit vertikalen hierarchischen Entscheidungsformen zu neuen horizontalen Formen der Governance entstanden. Diese bewegen sich über formale staatliche Institutionen hinaus, um kollektive Ziele auf informellen flexiblen Wegen zu verwirklichen. Governance beschreibt dabei Formen der politischen Steuerung und Koordination, die sich zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft bewegen.

In der Urbanistik wurde diese Debatte aufgegriffen, die neue Formen der Partizipation, der Koproduktion von Wissen, langfristige Zeithorizonte und politische Steuerung sowie Experimente und Flexibilität erörtert (vgl. Coaffee/Healey 2003; Healey 2006; Beck/Schnur 2016; Wolfram/Frantzeskaki 2016: 6 f.; Schwab et al. 2017).

Parallel dazu wendet sich die Transition-Forschung verstärkt der Rolle von Städten in Transformationsprozessen zu (vgl. Hodson/Marvin 2010; Truffer/Coenen 2012; Bulkeley et al. 2013b; Affolderbach/Schulz 2016). Als Antwort darauf entsteht gegenwärtig aus der Synthese der beiden Literaturstränge zur Transition-Forschung und Urban Governance ein neuer Literaturstrang zur

urbanen Governance von transformativem Wandel (vgl. Bulkeley et al. 2013a; Loorbach et al. 2016; Sauer et al. 2016; Wolfram/Frantzeskaki 2016; Frantzeskaki et al. 2017; Swilling/Hajer 2017). Dies spiegelt sich im Ansatz der Transition-Governance wider. Während sich Transition-Governance ursprünglich auf gesellschaftliche Teilsysteme wie den Energie- oder Mobilitätssektor konzentrierte, wurde sie schrittweise auch auf Städte und Regionen als konkrete räumliche Einheiten übertragen. Mit dem Fokus auf der Governance von nachhaltiger Stadtentwicklung sollen daher im Folgenden die Grundüberlegungen des Ansatzes der Transition-Governance (TG) dargelegt und anschließend die Diskussion zur daraus abzuleitenden Bedeutung von Intermediären in Transformationsprozessen dargestellt werden.

3.2 Transition-Governance zur Gestaltung transformativen Wandels

Die Ursprünge des Transition-Governance-Ansatzes liegen in den Niederlanden, wo es zu Beginn der 2000er Jahre gemeinsam von Wissenschaft und Politik entwickelt wurde. In Anbetracht komplexer Probleme wie dem Klimawandel suchten Personen in Politik und Wissenschaft nach neuen Formen der politischen Intervention, um das vierte niederländische Nationale Umweltprogramm (Dutch National Environmental Policy Plan) von 2001 zu entwickeln (vgl. Kemp et al. 2007). Daraus ist zunächst die Idee des Transition-Managements hervorgegangen.

Im Kontext komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen sind auch Ansätze zur Gestaltung transformativen Wandels mit dem sogenannten Management-Paradox konfrontiert (Rotmans/Loorbach 2010: 143): dem Spannungsverhältnis zwischen einer langfristigen, strategischen Planung und dem offenen, emergenten Charakter von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen (Rotmans et al. 2001).

Mit dem Transition-Management-Ansatz wurde daher versucht, einen dritten Weg zwischen politischem Inkrementalismus, den Lindblom (1959) treffend als „muddling through“ bezeichnet hat, und strategischer Planung mit langfristigen Politikzielen zu finden (Rotmans et al. 2001; Kemp et al. 2007: 87; Loorbach/Rotmans 2010). Es verbindet Elemente eines Inkrementalismus, der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gewährleistet, mit politischer Planung und ihren langfristigen Strategien (Kemp et al. 2007). Dies kann als „radical change in incremental steps“ (Rotmans/Loorbach 2010: 145) oder „more evolution than revolution“ (Rotmans et al. 2001) beschrieben werden. Vor diesem Hintergrund mag der enger gefasste Begriff des Managements weniger passend sein als der weiter gefasste und vom Steuerungsanspruch her offenere Begriff der Transition-Governance (vgl. Smith et al. 2005; Shove/Walker 2007; Loorbach 2010; Frantzeskaki et al. 2012), weshalb dieser im Folgenden verwendet wird.

Transition-Governance versucht durch die Bildung neuer Koalitionen, Partnerschaften und Netzwerke eine soziale Bewegung zu initiieren, die bestehende Formen der Wertschöpfung und deren Institutionalisierung in Staat und Markt hinterfragt und umweltgerechte Alternativen aufzeigt (vgl. Kemp et al. 1998;

Schot/Geels 2008; Rotmans/Loorbach 2010; Loorbach 2010; Loorbach und Rotmans 2010). Mit seiner explizit normativen Ausrichtung am Ideal der Nachhaltigkeit ist TG ein präskriptiver Ansatz (vgl. Loorbach 2010: 163). Entsprechend kann TG aus zwei Perspektiven angewendet werden: einer analytisch-heuristischen und einer operationellen (vgl. Wittmayer 2016: 154). Aus analytisch-heuristischer Perspektive ist TG ein Analyseansatz, um Prozesse der Governance für gesellschaftlichen Wandel zu untersuchen und unter anderem die Rolle unterschiedlicher Akteure in lokalen Governance-Arenen bezüglich dieses Wandels zu beschreiben und zu analysieren. Diese Perspektive ist leitend für die vorliegende Studie.

3.3 Intermediäre in der Transformationsforschung

Parallel zur Transition-Governance hat sich in der Transformationsforschung eine Debatte um die sogenannten Transition-Intermediäre entwickelt. Zunächst werden die in diesem Rahmen entwickelten Typologien zur generellen Einordnung von Akteuren in der Transformationsforschung vorgestellt (Kapitel 3.3.1). Darauf aufbauend werden die Definitionen von Intermediären erläutert (Kapitel 3.3.2). Im Anschluss werden die konzeptionellen Grundlagen zur Strukturierung und Typologisierung von Intermediären in Transformationsprozessen dargelegt (Kapitel 3.3.3). Die Diskussion um Transition-Intermediäre ist dabei besonders aus zwei Literatursträngen hervorgegangen: der Literatur zu Innovationsprozessen und der Literatur zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Als Synthese dieser verschiedenen Konzepte wird eine Typologie von Transition-Intermediären skizziert (Kapitel 3.3.4).

3.3.1 Akteure in der Transformationsforschung: Eine typologische Einordnung

Grundsätzlich lassen sich Akteure in Transformationsprozessen nach verschiedenen Typologien strukturieren: (1) einer Systemtypologie, (2) einer institutionellen Typologie und (3) einer Governance-Typologie. Intermediäre nehmen diesbezüglich einen Sonderstatus ein (vgl. Fischer und Newig 2016).

- (1) Die Systemtypologie basiert auf der Mehr-Ebenen-Perspektive (*multi-level perspective* – MLP – s. Geels 2012), die die Interaktionen zwischen den verschiedenen Ebenen systemischen Wandels untersucht: der Landschaft, dem Regime und den Nischen. Die Akteurstypen werden zu diesen Ebenen in Beziehung gesetzt und am häufigsten zwischen Regime- und Nischen-Akteuren unterschieden.
- (2) Die institutionelle Typologie konzentriert sich auf die Erweiterung des traditionellen Governments durch neue Formen der Governance. Sie umfasst staatliche und nicht-staatliche Akteure und unterscheidet entsprechend zwischen öffentlichen (Government), privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

- (3) Die Governance-Typologie geht vom Konzept der Mehr-Ebenen-Governance (*multi-level governance*) aus und betrachtet die Interaktionen zwischen den verschiedenen Governance-Ebenen, die als räumliche Ebenen konzeptualisiert werden. Demnach unterscheidet sie zwischen lokalen, regionalen, nationalen, internationalen und transnationalen Akteuren.

Auf Grundlage dieser Typologien wird den Intermediären ein Sonderstatus zugeschrieben. Sie sind gerade durch ihr Dazwischensein charakterisiert und vermitteln zwischen den analytischen Ebenen der Mehr-Ebenen-Perspektive, zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren und zwischen den verschiedenen Ebenen der Mehr-Ebenen-Governance. Eine Definition dieser intermediären Akteure und ihre konzeptionellen Grundlagen in der Transformationsforschung sollen im Folgenden eingeführt werden.

3.3.2 Intermediäre in der Transformationsforschung: Definition(en)

In der Literatur zu den Intermediären in der Transformationsforschung (*sustainability transitions*) gibt es – wie für viele Literaturdebatten zu Begriffsbestimmungen – kein gemeinsames konzeptionelles Verständnis oder eine einheitlich etablierte Definition von Intermediären (vgl. Moss et al. 2011: 5; Kivimaa et al. 2018: 4).

Die Literatur zur Rolle von Intermediären in Transformationsprozessen beruht eher auf empirischer Beobachtung als auf theoretischen Konzeptionen. Kivimaa et al. (2018) kritisieren die Literatur daher dafür, dass es vielfältige Interpretationen dessen gibt, wer ein Intermediär in Transformationsprozessen ist und wie sie vermitteln. Die Mediation kann verschiedene Formen annehmen. Sie reichen von formalen, anerkannten und klar definierten bis zu informellen, emergenten und häufig verdeckten Formen der Vermittlung.

Intermediäre werden nicht durch ihre institutionelle Form definiert, sondern vielmehr nach einem relationalen Verständnis durch die Beziehungen, in die sie eingebettet sind (vgl. Moss et al. 2011: 5). Intermediäre agieren als „boundary organisations“ (Moss 2009) und stehen zwischen verschiedenen Akteuren, Institutionen, Prozessen und Interessen: „Whether facilitating dialogue, providing guidance, bridging gaps, advocating reform or pioneering novel forms of interaction, their arenas of action are defined by their ‘in-betweenness’ [...]“ (Moss 2011: 18).

Im Kontext der Transformationsforschung spricht man von Transition-Intermediären (Kivimaa et al. 2018). Sie begleiten die Visions- und Netzwerkbildung. Sie helfen dabei, eine Vision für eine Transformation des sozio-technischen Systems zu entwickeln und ein breit aufgestelltes Netzwerk von Akteuren des Wandels zu etablieren (vgl. Marvin et al. 2011: 212). Sie verbinden die Aktivitäten der Nischen mit denen von Regime-Akteuren (vgl. McCauley/Stephens 2012).

Vor diesem Hintergrund können Intermediäre in Transformationsprozessen bezeichnet werden als:

„actors and platforms that positively influence sustainability transition processes by linking actors and activities, and their related skills and resources, or by connecting transition visions and demands of networks of actors with existing regimes in order to create momentum for socio-technical system change, to create new collaborations within and across niche technologies, ideas and markets, and to disrupt dominant unsustainable socio-technical configurations“ (Kivimaa et al. 2019: 1072),

„the intermediary organizations that connect, translate and facilitate flows of knowledge“ (van Lente et al. 2011: 37),

„Intermediaries mediate, they work in-between, make connections, enable a relationship between different persons or things.“ (Hodson et al. 2013b: 1408),

„Each of these intermediaries is attempting, in very different ways, to reassert ecological and social priorities in what is often a vacuum within formal governance networks, and to apply new pressures to create systemic change in the socio-technical organisation of infrastructure.“ (Marvin et al. 2011: 210).

Ausgehend von einer Governance-Perspektive können Intermediäre staatliche (Politik und Verwaltung) oder nicht-staatliche Akteure (Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft) sein (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 872; Fischer/Newig 2016: 7 f.; Kivimaa/Martiskainen 2018). Sie können auch hybride Formen annehmen wie quasi-autonome Behörden, quasi-autonome NGOs (QuaNGOs), öffentliche Unternehmen oder von der Regierung initiierte Stiftungen (vgl. Kivimaa 2014). Diese Hybride fallen zwischen die klassischen Kategorien öffentlich, privat und zivilgesellschaftlich.

3.3.3 Intermediäre in der Transformationsforschung: Konzeptionelle Grundlagen

Innerhalb der Transformationsforschung wird die Rolle von Intermediären in verschiedenen Literatursträngen diskutiert. Sie werden in der Forschung zu (technologischen) Innovationsprozessen (*science and technology studies – STS*) und zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen erörtert.

Die Literatur zu (technologischen) Innovationsprozessen (*science and technology studies – STS*) konzentriert sich auf Innovationen von Produkten und Prozessen (vgl. Kivimaa 2014: 1371; Kivimaa et al. 2019). Intermediäre sollen zwischen verschiedenen Akteuren vermitteln, wenn Interaktionen durch hohe Transaktionskosten oder Kommunikationsprobleme erschwert werden. Sie sind Unterstützer von Innovationsprozessen, die die Bildung von Netzwerken und den Wandel von Systemen begleiten (vgl. Klerkx/Leeuwis 2009).

Dabei werden Intermediäre sowohl als passive Überträger von Wissen als auch als aktive Gestalter von Wissen konzeptualisiert. Nach dem Bild der passiven Wissensvermittler werden Intermediäre als Träger von Informationen verstanden, die sie lediglich

übertragen, aber nicht verändern (vgl. Latour 2005; Moss et al. 2011: 6). Im Gegensatz dazu werden Intermediäre auch als aktive Gestalter von Wissen definiert, die Wissen nicht nur weitergeben, sondern auch selbst gestalten (vgl. Stewart/Hyysalo 2008; Meyer 2010).

In Bezug auf technologische Innovationsprozesse haben van Lente et al. (2003) eine Typologie entwickelt, die zwischen „hard“, „soft“ und System-Intermediären unterscheidet. „Hard intermediaries“ gehören zu Forschungs- und Technologieentwicklungsinstitutionen, die die Übermittlung von technologischem Wissen und einzelnen Technologien befördern. Soft intermediaries sind Akteure wie Handelskammern oder Innovationszentren, die sich auf die Vermittlung von Kompetenzen und personellen Ressourcen konzentrieren. System-Intermediäre sind strategische Akteure (z. B. Beratungsunternehmen), die zwischen verschiedenen Akteuren vermitteln, Diskurse bündeln und strukturieren, und förderliche Bedingungen für Lernprozesse schaffen.

Die Literatur zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen (*sustainability transitions*) setzt sich mit Fragen eines systemischen Wandels zu einer nachhaltigen Zukunft auseinander. Sie nimmt damit eine explizit normative Position ein. Ausgehend von der Mehr-Ebenen-Perspektive (*multi-level perspective*) und dem strategischen Nischenmanagement (*strategic niche management*) sind die Nische und das Regime zentrale Konzepte in der Transformationsforschung. Diese Theorieansätze beschäftigen sich stärker mit der Erforschung von Intermediären als die Literatur zu technologischen Innovationssystemen (vgl. Kivimaa et al. 2018). Intermediäre können auf zwei Weisen zu Transformationsprozessen beitragen. Sie können einerseits die Herausbildung einer neuen Nische unterstützen. Sie können andererseits bestehende Regime (de-)stabilisieren (vgl. Kivimaa 2014: 1372; Matschoss/Heiskanen 2017: 85). Während traditionelle Intermediäre (z. B. Industrie- und Handelskammer) zur Stabilisierung nicht-nachhaltiger Regime beitragen können, versuchen Transition-Intermediäre das sozio-technische System der Nicht-Nachhaltigkeit zu durchbrechen.

Aus der Perspektive der Transformationsforschung gibt es verschiedene Diskussionsstränge, die die Bedeutung von Intermediären in Transformationsprozessen beleuchten. Diese sind die Forschungen zu (1) System-Intermediären, (2) Intermediären in urbanen Transformationsprozessen, (3) Intermediären und der Herausbildung von Nischen und (4) sogenannten Innovationsintermediären (Kivimaa et al. 2018). Diese werden im Folgenden eingeführt.

(1) System-Intermediäre

System-Intermediäre sind die Grundbausteine von Innovationssystemen. Sie agieren nicht allein bilateral, sondern in multilateralen Netzwerken (vgl. van Lente et al. 2011: 37–38). Systemische Prozesse werden dabei als Kernelemente von Innovations- und Transformationsprozessen betrachtet. System-Intermediäre begleiten die Formulierung verschiedener Erwartungen und möglicher, vorstellbarer Zukunftsbilder. Sie unterstützen die Abstimmung zwischen Akteuren und Handlungsoptionen, indem sie Netzwerke bilden und Schnittstellen kreieren. Sie befördern Lernpro-

zesse, indem sie Rückkopplungsmechanismen und Experimente stärken.

(2) Intermediäre in urbanen Transformationsprozessen

Die Konzepte zu Intermediären in diesem Diskussionsstrang sind vor allem aus dem empirischen Kontext von urbanen Transformationsprozessen hervorgegangen (vgl. Kivimaa et al. 2018). Intermediäre in Städten und Regionen nehmen eine Position zwischen dem technologisch und sozial Möglichen und lokalen Kontexten ein, um die Stadt neu zu erfinden (vgl. Hodson/Marvin 2009a, 2010, 2011, 2012; Hodson et al. 2013b). Sie entwickeln eine Vision für eine Transformation der Stadt und übersetzen diese Vision für die lokalen Akteure (vgl. Hodson/Marvin 2010: 482, 2011: 58). Basierend auf diesem Zukunftsbild bestimmen sie eine Vielzahl von politischen Interventionspunkten, um diese Vision zu erreichen. Dabei unterscheiden sich die Handlungslogiken, die Diskussions- und Visionierungsprozesse prägen, von jenen, die mit Implementierungsprozessen einhergehen (vgl. Hamann/April 2013: 20). Hodson et al. (2013b) haben für diese Funktionen den Begriff der „urban intermediary governance“ geprägt. Sie betonen, dass intermediäres Handeln lokal eingebunden und kontext-spezifisch sein muss (ebd.: 1408).

(3) Intermediäre und die Herausbildung von Nischen

Dieser Diskussionsstrang geht auf den einflussreichen Artikel von Geels und Deuten (2006) zu den lokal-globalen Dynamiken der Herausbildung von Nischen zurück. Aus der Perspektive des strategischen Nischenmanagements untersucht diese Literatur die Rolle von Intermediären bei der Entwicklung von Nischen. Intermediäre verknüpfen lokale Experimente mit der Etablierung einer globalen Nische für technologische und soziale Innovationen. Diese globale Nische ist ein entstehendes Handlungsfeld und/oder eine Gemeinschaft, in der gemeinsame Regeln und Praktiken geschaffen und weiterentwickelt werden. Dieser Prozess bedarf der Unterstützung durch Intermediäre. Geels und Deuten definieren dabei drei Rollen von Intermediären: (a) die Aggregation von Wissen, (b) die Etablierung einer gemeinsamen institutionellen Infrastruktur und (c) die Abstimmung und Koordinierung lokaler Aktivitäten (vgl. ebd.: 266 ff.). Hargreaves et al. erweitern diese um (d) die Vermittlung und Etablierung von Partnerschaften (2013a: 877 f.):

Exkurs: Rollen von Intermediären nach Geels und Deuten sowie Hargreaves

(a) Aggregation von Wissen

Intermediäre aggregieren das Wissen lokaler Akteure. Dies ist ein Schritt der Abstraktion, der lokales Wissen in kontextfreies Wissen überführt. Er erzeugt neue Kombinationen von lokalem und globalem Wissen. In diesem Sinne sind Intermediäre translokale Nischen-Akteure, die Erfahrungswissen bündeln und mit anderen lokalen Akteuren teilen (vgl. Seyfang et al. 2014: 40). Empirische Befunde zeigen, dass Lernprozesse lokal und kontextspezifisch (sowohl räumlich als auch zeitlich) sind. Handbücher, Werkzeug- und Methodenköffer können eine Hilfestellung geben, aber generelle Prinzipien müssen auf eine lokal angemessene Weise übertragen werden. Wissen kann daher nicht vollständig de-kontextualisiert und in kohärente und stabile Lehren für Graswurzel-Initiativen aggregiert werden (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 873 f.). Lernen ist vielmehr ein kontinuierlicher Prozess sowohl für Graswurzel-Initiativen als auch Intermediäre (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 878; Matschoss/Heiskanen 2017: 89). Neue Denk- und Handlungsweisen entstehen durch die direkte und fortwährende Interaktion zwischen lokalen Akteuren und externen Partnern.

(b) Etablierung einer gemeinsamen institutionellen Infrastruktur

Eine gemeinsame institutionelle Infrastruktur bietet ein institutionelles Gedächtnis für die Speicherung und den Transfer von aggregiertem globalem Wissen (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 870). Intermediäre übersetzen dabei auch zwischen extern definierten Regulierungen und lokalen Praktiken (Medd/Marvin 2008; Mattes et al. 2015). Empirische Studien zeigen, dass diese gemeinsame Infrastruktur häufig über webbasierte Wissensplattformen und die Netzwerkbildung hergestellt wird (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 874 f.). Dabei geraten Diversität und Heterogenität innerhalb der Nische der Graswurzel-Initiativen ins Blickfeld. Auch lokale Initiativen besitzen unterschiedliche Ziele, Ideologien und politische Ansätze. Während die einen einem radikalen politischen Aktivismus folgen, vertreten die anderen reform-orientierte, inkrementelle Ansätze. Diese Unterschiede innerhalb der Nische erschweren es, eine gemeinsame institutionelle Infrastruktur aufzubauen. Intermediäre müssen daher auch Konflikte zwischen verschiedenen Graswurzel-Initiativen ausgleichen (vgl. Matschoss/Heiskanen 2017: 92). Diese Befunde stellen das Idealbild einer einzigen in sich kohärenten Nische in Frage (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 875).

(c) Abstimmung und Koordinierung lokaler Aktivitäten

Die Unterstützung der Intermediäre bei der Abstimmung und Koordinierung lokaler Aktivitäten bedeutet eine Umkehrung des Informationsflusses zwischen den lokalen Initiativen und der globalen Nische. Auf Basis des aggregierten Wissens können Intermediäre dabei helfen die folgenden Aktivitäten in ein gemeinsames Leitbild zu integrieren und zu koordinieren. Intermediäre helfen lokalen Initiativen sowohl mit intrinsischen Herausforderungen, als auch mit Herausforderungen bei der Verbreitung von Innovationen umzugehen (vgl. Seyfang/Smith 2007: 595 ff.). Intrinsische Herausforderungen ergeben sich aus der Art und Weise, wie Initiativen organisiert sind, ihren Fähigkeiten und Ressourcen. Dadurch sind sie verwundbar durch Schocks wie einer Kürzung finanzieller Ressourcen, den Verlust von Schlüsselfiguren oder eine Veränderung der politischen Prioritäten. Herausforderungen bei der Verbreitung innovativer Ansätze ergeben sich aus deren Kontextgebundenheit und geographischer Verortung, der ideologischen Positionierung außerhalb des Mainstreams oder der Risikoaversion von Politikerinnen und Politikern. Die empirischen Befunde legen nahe, dass Intermediäre nicht allein den Inhalt der Initiativen, sondern auch deren Kontext beachten müssen. Lokales Handeln ist Arbeit vor Ort, die von der Präsenz und Eingebundenheit in der Kommune abhängt. Intermediäre stehen vor der Herausforderung, das Vertrauen der lokalen Initiativen zu gewinnen und deren Fähigkeiten zu verbessern. Diese Form der Vermittlung ist besonders ressourcenintensiv und kann nicht auf verallgemeinerbare Lehren reduziert werden (vgl. Hargreaves et al. 2013a: 876 f.).

(d) Vermittlung und Etablierung von Partnerschaften

Diese Rollen erweitern Hargreaves et al. auf Grundlage ihrer Befunde um die Vermittlung und Etablierung von Partnerschaften (2013a: 877 f.). Intermediäre sind wichtige Vermittler und Übersetzer, die Grenzen zwischen dem öffentlichen Sektor, dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft überbrücken können. Sie treten gegenüber der Politik auch als Lobby für die Graswurzel-Initiativen auf.

(4) Innovationsintermediäre in Transformationsprozessen

System-Intermediäre versuchen, durch ihre Vermittlungsfunktion das Innovationssystem zu stärken. Im Gegensatz dazu geht das Konzept der Innovationsintermediären (vgl. Klerkx/Leeuwis 2009; Kivimaa 2014) auf Managementstudien und ihre Untersuchung von Wissensvermittlern (vgl. Hargadon 2002) sowie die Literatur zu technologischen Innovationsprozessen (science and technology studies) zurück (vgl. Guston 1999; Kivimaa et al. 2019) und versucht diesen verschiedene Rollen und Aufgaben zuzuweisen, wie etwa die Mobilisierung finanzieller Mittel, die Beratung von Politik oder die Förderung der Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Akteuren (vgl. Polzin et al. 2016).

3.3.4 Synthese: Eine Typologie von Transformations-Intermediären

Aus der Literaturdebatte zu Intermediären in Transformationsprozessen, sogenannten transition intermediaries, haben Kivimaa et al. (2018) eine Typologie entwickelt. Sie unterscheiden die Typen von Intermediären nach ihrer Entstehung, dem Kontext ihres intermediären Handelns, den Zielen ihres intermediären Handelns und ihrer normativen Position. Die folgenden Typen lassen sich daraus ableiten: (1) System-Intermediäre, (2) regime-basierte Transition-Intermediäre, (3) Nischen-Intermediäre, (4) Prozess-Intermediäre und (5) Nutzer-Intermediäre (vgl. ebd.: 13 ff.).

- (1) System-Intermediäre agieren auf der Systemebene (vgl. van Lente et al. 2003, 2011; Klerkx/Leeuwis 2009). Sie verfolgen eine explizite Transformationsagenda. Sie besitzen große Handlungsmacht (und ein starkes Mandat), um sich für Transformationsprozesse einzusetzen. Daher kommt ihnen auch eine entscheidende Rolle bei der Destabilisierung vorherrschender nicht-nachhaltiger sozio-technischer Konfigurationen zu. Sie artikulieren, verhandeln und vermitteln zwischen den unterschiedlichen Akteuren und ihren Interessen über Nischen und manchmal auch Regime hinweg. Indem sie das Vertrauen verschiedener Akteure gewinnen, erscheinen sie als politisch, technologisch und finanziell neutraler als regime-basierte oder Nischen-Intermediäre (vgl. Klerkx/Leeuwis 2009; Kivimaa 2014). Das Innovationsnetzwerk ländlicher Raum in den Niederlanden hat beispielsweise eine solche Rolle eingenommen (vgl. van Lente et al. 2003; Klerkx/Leeuwis 2009).
- (2) Regime-basierte Transition-Intermediäre sind durch institutionelle Arrangements oder Interessen mit dem etablierten sozio-technischen Regime verbunden (vgl. Berkvist/Söderholm 2011; Hodson et al. 2013b; Parag/Janda 2014; Polzin et al. 2016). Ähnlich wie die System-Intermediäre besitzen sie große Handlungsmacht (und ein starkes Mandat), um für Transformationsprozesse einzutreten. Die Form ihres Aktivismus kann aber stark variieren. Sie können als Revolutionäre oder Reformer agieren. Während Revolutionäre einem radikalen politischen Aktivismus folgen, wählen Reformer einen reform-orientierten inkrementellen Ansatz (vgl. Hargreaves et al. 2013a). Für regime-basierte Intermediäre

ist es wahrscheinlicher, dass sie reform-orientiert handeln. Regime-basierten Intermediären kommt eine wichtige Rolle bei der Übersetzung von neuen Formen der Regulierung in die Praxis und bei dem Verständnis eines komplexen und sich wandelnden politischen Kontextes zu (vgl. Moss 2009; Fischer/Guy 2009).

- (3) Nischen-Intermediäre fokussieren sich auf die Entwicklung einer spezifischen Nische (vgl. Geels/Deuten 2006; Hargreaves et al. 2013a; Hamann/April 2013; Seyfang et al. 2014; Smith et al. 2016; Martiskainen 2017). Sie versuchen, innerhalb einer Nische zu experimentieren und diese dadurch weiterzuentwickeln. Sie verfügen über große Handlungsmacht (und ein starkes Mandat), um für gesellschaftlichen Wandel einzutreten. Nischen-Intermediäre entwickeln zwischen gleichgesinnten Projekten eine gemeinsame institutionelle Infrastruktur. Sie verstehen sich selbst als Teil einer Gemeinschaft mit kollektiven Interessen. Sie versuchen daher Wissen und Ressourcen zu aggregieren, um die Entwicklung lokaler Nischen anzuleiten und zu unterstützen (vgl. Geels/Deuten 2006; Hargreaves et al. 2013b: 868).
- (4) Prozess-Intermediäre unterstützen Prozesse gesellschaftlichen Wandels oder ein Nischen-Projekt. Sie haben keine eigene persönliche oder institutionelle Agenda. Vielmehr folgen sie kontextspezifischen und/oder externen Prioritäten, die von anderen Akteuren definiert werden. Prozess-Intermediäre sind Vermittler und Unterstützer, deren eigene Handlungsmacht aber schwach ist (vgl. Parag/Janda 2014). Sie übersetzen Visionen und Erwartungen in konkretes materielles Handeln und begleiten die vertikale und horizontale Kooperation zwischen Projektbeteiligten und externen Projektpartnern (vgl. Kampelmann et al. 2016; Kivimaa/Martiskainen 2018). Prozessintermediäre können somit je nach Projekt und Kontext Einzelpersonen oder institutionelle Akteure wie Architekturbüros, Beratungsagenturen oder andere Akteure mit dem Auftrag einer professionalisierten Prozessgestaltung sein.
- (5) Nutzer-Intermediäre übersetzen einerseits soziale und technologische Innovationen, die in Nischen entstanden sind, für die Nutzerinnen und Nutzer und andererseits die Präferenzen der Nutzerinnen und Nutzer für die Entwicklerinnen und Entwickler sozialer oder technologischer Innovationen. Ihre Handlungsmacht kann stark oder schwach sein. Nutzer-Intermediäre können Altersgenossen oder Nutzerorganisationen sein, die eine große Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern aufweisen und innovative Handlungsweisen und Technologien der Nischen mit dem alltäglichen Leben verbinden. Diese Funktion ist für Transformationsprozesse unerlässlich, um diese durch die Übernahme und Nutzung neuer Lösungsansätze zu beschleunigen. Sie bilden erste Ansätze von Netzwerken zum Wissenstransfer, die sich zu substantiellen Informationsinfrastrukturen entwickeln können (vgl. Hyysalo et al. 2013, 2018).

Diese Typologie stellt die Grundlage der Konzeptualisierung von TTI und kommunalen Akteuren als Akteure im intermediären Raum nachhaltiger Stadtentwicklung dar (vgl. Kapitel 4).

4 Forschungsdesign zur Analyse der Potenziale und Grenzen von Transition-Town-Initiativen als Intermediäre in der nachhaltigen Stadtentwicklung

Basierend auf der Literatur zu Transition-Governance und -Intermediären in Transformationsprozessen soll im Folgenden ein Design zur Untersuchung der Potenziale und Grenzen von TTI als Intermediäre in der nachhaltigen Stadtentwicklung entworfen werden. Dabei soll TG aus einer analytisch-heuristischen Perspektive verwendet werden, um Prozesse der urbanen Governance für nachhaltige Stadtentwicklung zu analysieren. Keine der Fallstudien wendet TG im operativen Sinne als eine Form politischer Steuerung an. TG wird vielmehr als ein Prozess der Übersetzung konzeptualisiert. Gesellschaftlicher Wandel bedarf der Übersetzung zwischen den unterschiedlichen Handlungslogiken von Kommunalregierungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, aber auch zwischen etablierten Praktiken und neuen Ideen. Vor diesem Hintergrund kommt Intermediären eine zentrale Rolle als Vermittler und Übersetzer in lokalen Governance-Arenen zu.

Im Folgenden werden der intermediäre Raum der nachhaltigen Stadtentwicklung skizziert und die unterschiedlichen Handlungslogiken von TTI und kommunalen Akteuren erläutert. Basierend darauf wird intermediäres Handeln als ein Prozess der Vernetzung und Übersetzung dargestellt. Handlungspotenziale und Grenzen dieses intermediären Handelns werden abschließend erläutert.

4.1 Der intermediäre Raum der nachhaltigen Stadtentwicklung

Innerhalb der kommunalen Governance-Arena interagieren staatliche und nicht-staatliche Akteure. Diese sind Kommunalpolitik und -verwaltung (kommunale Akteure) und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Die TTI zählen dabei zu den Vertretern der Zivilgesellschaft. Über den intermediären Bereich sollen die kommunale Perspektive und die TTI-Perspektive zusammengeführt werden. Beide interagieren und kooperieren zugleich mit weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft, die ebenfalls über den intermediären Bereich integriert werden können. Abbildung 2 veranschaulicht diese Akteurskonstellation innerhalb der lokalen Governance-Arena.

Sowohl die TTI als auch einzelne Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik und -verwaltung können als Intermediäre agieren. Sie stehen zwischen verschiedenen Akteuren, Institutionen und Prozessen und vermitteln so zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie verbinden die Aktivitäten der Nischen mit denen der Regime-Akteure (vgl. Kapitel 3). Die TTI werden als Transition-Intermediäre in Kommunen unter-

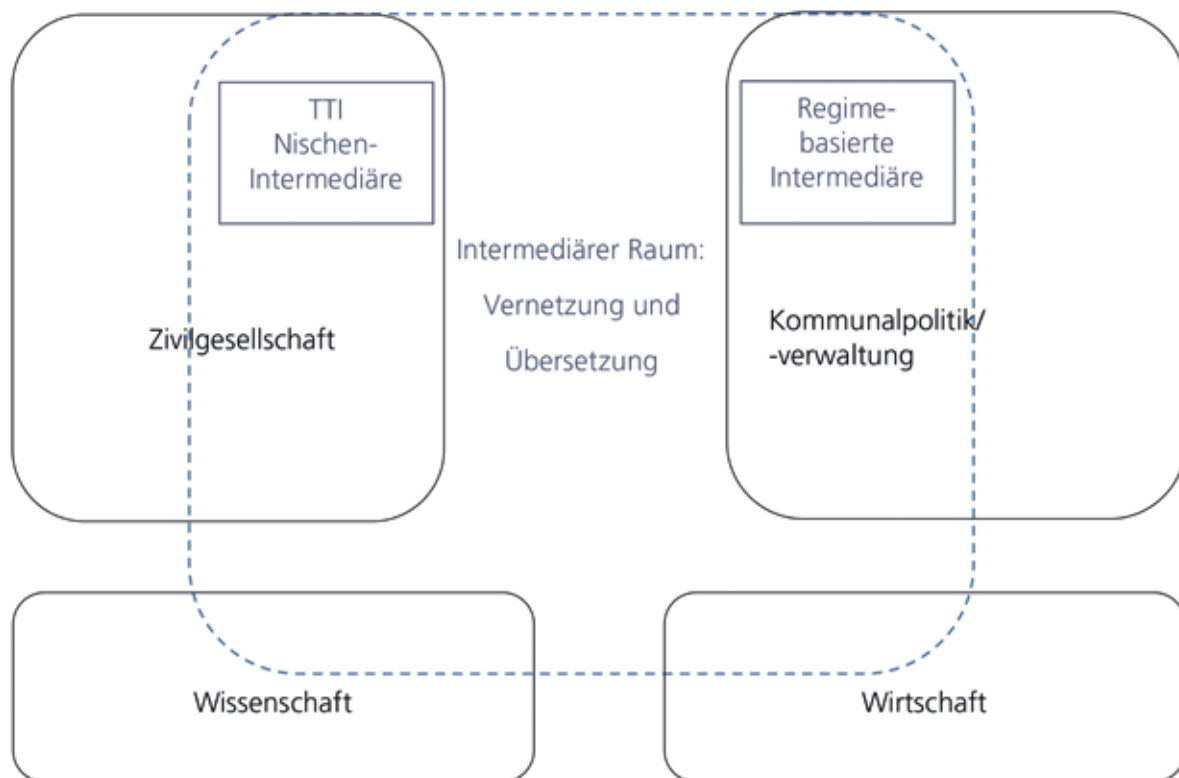


Abbildung 2: Konzeptualisierung von TTI im intermediären Raum nachhaltiger Stadtentwicklung

sucht. Sie werden als Nischen-Intermediäre definiert, die sich auf die Entwicklung einer lokalen Nische nachhaltigen Handelns konzentrieren (vgl. Kapitel 2.3.4). Sie bemühen sich, diese Nische durch Experimente weiterzuentwickeln und zu vergrößern. Sie versuchen Wissen zu aggregieren, mit gleichgesinnten Initiativen eine gemeinsame institutionelle Infrastruktur zu etablieren, lokale Aktivitäten zu koordinieren und übergreifende Partnerschaften aufzubauen.

Einzelnen Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik und -verwaltung kommt die Rolle von regime-basierten Intermediären (vgl. Kapitel 2.3.4) zu. Sie engagieren sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung und besitzen dafür ein offizielles Mandat, sind aber zugleich durch ihre institutionelle Einbindung in staatliche Institutionen mit etablierten sozio-technischen und sozio-institutionellen Regimen verbunden.

4.1.1 Die Handlungslogiken von TTI und kommunalen Akteuren

In Anbetracht ihrer Herkunft aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich und aus staatlichen Institutionen unterscheiden sich TTI und kommunale Akteure grundlegend in ihren Handlungslogiken. Dies soll anhand ihrer Denkweisen (Kultur), Handlungsweisen (Praktiken) und Organisationsweisen (Strukturen) abgebildet werden (vgl. Ehnert et al. 2018). Dabei werden im Folgenden Idealtypen skizziert, denen Realtypen nicht eindeutig entsprechen. Realtypen werden als differenzierte Akteure verstanden, die mit Hilfe der folgenden Kategorien charakterisiert werden sollen.

Denkweisen (Kultur)

TTI und kommunale Akteure stehen für unterschiedliche normative Positionen und verfolgen verschiedene Ziele. TTI definieren Nachhaltigkeit im Dreiklang von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Sie setzen sich für die Suffizienz und Resilienz lokaler Gemeinschaften ein (vgl. Kapitel 2.2). Dabei treten sie für sozio-ökologische Wertvorstellungen ein, wie sie in den Konzepten der Postwachstumsökonomie, der Gemeinwohlökonomie und der solidarischen Ökonomie zum Ausdruck kommen. Kommunale Akteure definieren Nachhaltigkeit ebenfalls über den Dreiklang ökologischer, sozialer und ökonomischer Fragen, wobei alle drei Dimensionen als gleichwertig betrachtet werden.

TTI folgen dem Leitbild einer „Großen Transformation“ (WBGU 2011) der Gesellschaft, die sie als einen generationenübergreifenden Veränderungsprozess mit einem Zeithorizont von über 25 Jahren betrachten. Einen solchen transformativen Wandel möchten sie durch sozial-ökologische Innovationen erreichen. Im Gegensatz dazu orientieren sich kommunale Akteure in der Regel am Leitbild der ökologischen Modernisierung, das sich innerhalb des Wachstums-Paradigmas bewegt und sich auf technologische Innovationen konzentriert, wie an strategischen Konzepten und Leitbildern vieler Kommunen (z. B. integrierte Stadtentwicklungskonzepte), aber auch der Länder und des Bundes (z. B. Nachhaltigkeitsstrategien) abzulesen ist. Die Zeithorizonte, die sie für die Formulierung von Entwicklungskonzepten annehmen, können je nach Kommune und kommunalem Akteur variieren.

Handlungsweisen (Praktiken)

Während einige TTI ihre Ziele durch politischen Aktivismus erreichen wollen, setzen sich andere eher für reform-orientierte inkrementelle Ansätze ein. Für kommunale Akteure steht ein reform-orientiertes inkrementelles Handeln im Vordergrund. In ihren Erwartungen an Kooperationen in der Stadtentwicklung können TTI gegenüber der Kommunalpolitik und -verwaltung eine politische oder eine intendiert apolitische Haltung einnehmen. Während einige sich allein innerhalb der Zivilgesellschaft für eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen und gesellschaftlichen Wandel von unten initiieren wollen, suchen andere gezielt die Kooperation mit staatlichen Entscheidungstragenden, um durch die Kooperation mit etablierten Regime-Akteuren nachhaltige Stadtentwicklung zu befördern. Sie engagieren sich bewusst

in politischen Gremien oder wählen den Weg in die Parteipolitik. Kommunale Akteure können gegenüber der Bürgerschaft einen hierarchischen Ansatz im Sinne des klassischen Governments wählen, wobei politische Entscheidungen von oben durchgesetzt werden, oder einem partizipativen und integrativen Ansatz im Sinne der Governance folgen, bei dem politische Entscheidungen partizipativ von unten entwickelt werden sollen.

Diese Unterschiede der Handlungsweisen werden besonders bei den Modi der Planung und bei der Implementierung von Projekten und/oder Initiativen sichtbar. TTI legen Wert auf die Einbindung und Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger, wollen die Unsicherheit und Vieldeutigkeit von Entwicklungsprozessen aufzeigen, sind offen und flexibel für Experimente im Sinne einer learning-by-doing Philosophie und möchten zur Reflexion

	TTI	Kommunalpolitik und -verwaltung
Denkweisen (Kultur)		
Normative Position und Ziele des intermediären Handelns	<ul style="list-style-type: none"> Nachhaltigkeit: ökologisch, sozial, ökonomisch Suffizienz Resilienz Postwachstumsökonomie, Gemeinwohl-ökonomie und solidarische Ökonomie 	Nachhaltigkeit: ökologisch, sozial, ökonomisch
Formulierung von Visionen	Formulierung des Leitbildes einer langfristigen Transformation der Gesellschaft	Ökologische Modernisierung
Ansatz der nachhaltigen Stadtentwicklung	Überwiegend sozial-ökologische Innovationen	Überwiegend technologische Innovationen
Zeithorizonte	Langfristige Zeithorizonte von über 25 Jahren	Variieren
Handlungsweisen (Praktiken)		
Ansatz politischen Handelns/Erwartungen an Kooperationen und Partnerschaften in der Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> Politischer Aktivismus oder reform-orientierte inkrementelle Ansätze Gesellschaftlicher Wandel von unten Politische versus apolitische Haltung lokaler TTI 	<ul style="list-style-type: none"> Reform-orientierte inkrementelle Ansätze Gesellschaftlicher Wandel von oben Klassisch, hierarchisch (Politik von oben) versus partizipativ und integrativ (Politik von unten)
Formen der Planung und Implementierung von Projekten/Initiativen	<ul style="list-style-type: none"> Partizipation und Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger Aufzeigen von Unsicherheit und Vieldeutigkeit von Entwicklungsprozessen Experimentieren (learning-by-doing Philosophie) 	<ul style="list-style-type: none"> Repräsentative Legitimität und Zuordnung politischer Verantwortung Gewährleistung von Kontrolle und Sicherheit, Risikoaversion von Politik und Verwaltung
Reflexion	Ermutung zur Reflexion und zum Hinterfragen institutioneller Rahmenbedingungen	Ausrichtung auf und Konformität mit bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen
Themenbereiche der nachhaltigen Stadtentwicklung	Mobilität, Ernährung, Bauen, Energie etc.	Mobilität, Ernährung, Bauen, Energie etc.
Organisationsweisen (Strukturen)		
Organisationsform	Flexible, informelle oder formalisierte Organisationsformen	Formale Institutionen
Formen der internen Abstimmung	Emergent, flexibel, informell	Formalisiert, rigide
Institutionalisierung von nachhaltiger Stadtentwicklung	Grundausrichtung auf nachhaltiges Handeln	Klassische Spezialisierung der administrativen Strukturen oder Institutionalisierung von nachhaltiger Stadtentwicklung in Form von horizontaler und vertikaler Spezialisierung

Tabelle 1: Dominante Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen

und zum Hinterfragen gesellschaftlicher Verhältnisse und institutioneller Rahmenbedingungen ermutigen. Kommunale Akteure bemühen sich hingegen, repräsentative Legitimität, politische Verantwortung, Kontrolle und Sicherheit zu gewährleisten. Die Risikobereitschaft ist in Kommunalpolitik und -verwaltung dabei tendenziell geringer als bei nicht-staatlichen Akteuren.

Sowohl die TTI als auch die kommunalen Akteure verfolgen einen holistischen Ansatz und sind in vielfältigen Themenfeldern der nachhaltigen Stadtentwicklung engagiert. Beispiele sind die Handlungsfelder Mobilität, Ernährung, Bauen und Energie.

Organisationsweisen (Strukturen)

Innerhalb der Zivilgesellschaft sind Organisationsformen eher flexibel und informell. Im Vergleich dazu sind kommunale Akteure in formale staatliche Institutionen eingebunden. Entsprechend sind die Formen der internen Abstimmung für TTI häufig emergent, flexibel und informell, während sie für kommunale Akteure stärker formalisiert und rigide sind.

Während nachhaltiges Handeln der *Esprit de Corps* von TTI ist, haben sich Kommunalpolitik und -verwaltung aus einer anderen Logik heraus entwickelt. Für sie stellt sich die Frage, ob sie nachhaltige Stadtentwicklung durch (a) horizontale oder (b) vertikale Strukturen institutionalisiert haben. Dies können (a) Referate oder Abteilungen zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz sein oder (b) bereichsübergreifende Stabsstellen oder Arbeitsgruppen, die sich den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz widmen und versuchen diese zwischen den klassischen Fachressorts zu koordinieren und zu integrieren. Diese Handlungslogiken von TTI und kommunalen Akteuren werden in Tabelle 1 zusammengefasst.

4.1.2 Intermediäres Handeln als Vernetzung und Übersetzung

Die oben skizzierten unterschiedlichen Handlungslogiken bedürfen der Vernetzung und Übersetzung zwischen der Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren durch Intermediäre. Intermediäre unterstützen die Kooperation zwischen Akteuren durch die Etablierung einer gemeinsamen institutionellen Infrastruktur wie Netzwerken, Internetplattformen oder Runden Tischen, die Abstimmung und Koordinierung lokaler Aktivitäten und die Vermittlung und Etablierung von Partnerschaften. Dabei wird die Rolle als Übersetzer und Brückenbilder zwischen Kommunalpolitik und -verwaltung und lokaler Bürgerschaft aus einer Akteursperspektive betrachtet. Übersetzung wird nicht den Elementen eines Systems zugeordnet, sondern vielmehr als Übersetzung zwischen den unterschiedlichen Rollen, Praktiken und Werten individueller Akteure analysiert. Auf diese Weise soll berücksichtigt werden, dass Individuen in unterschiedliche institutionelle Kontexte eingebunden sind, in denen sie sowohl nachhaltigen als auch nicht-nachhaltigen Handlungs-, Denk- und Organisationsweisen folgen.

Wie Smith beschreibt, gehen transformative Dynamiken häufig aus den Widersprüchen und Spannungen innerhalb des Systems

der Nicht-Nachhaltigkeit hervor (vgl. Smith 2007: 430). Sie führen zu einer Suche nach neuen Lösungsansätzen für bestehende Herausforderungen. Dies zeigt die Widersprüche und Konflikte zwischen jenen Akteuren auf, die sich für eine gesellschaftliche Transformation einsetzen, und jenen, die den Status quo bewahren möchten. Die Nischen der Graswurzel-Initiativen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung können hierbei nicht als homogene Einheiten betrachtet werden. Vielmehr sollen die Diversität und Heterogenität innerhalb zivilgesellschaftlicher Nischen und staatlicher Institutionen aufgezeigt werden. Auch TTI und Kommunalpolitik und -verwaltung besitzen je diverse Akteure mit unterschiedlichen Zielen, Ideologien und politischen Ansätzen.

Übersetzung als ein Austausch zwischen vielfältigen und möglicherweise gegensätzlichen Akteursperspektiven soll Wissen erweitern und Lernprozesse unterstützen. Intermediäre spielen dafür eine wichtige Rolle, indem sie das Wissen lokaler Akteure aggregieren und zwischen verschiedenen Akteuren, aber auch innerhalb und außerhalb der Kommune vermitteln. In der Untersuchung werden Intermediäre dabei als aktive Gestalter von Wissen definiert. Sie geben Wissen nicht neutral weiter, sondern gestalten und verändern es im Prozess der Mediation.

Diese Lernprozesse können sich in unterschiedlichen Akteurskonstellationen vollziehen. Die Diversität und Heterogenität zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure verdeutlichen, dass Konfliktvermittlung und Feedbackschleifen nicht allein den Austausch zwischen TTI und kommunalen Akteuren betreffen, sondern sich auch innerhalb der TTI und der Kommunalpolitik und -verwaltung vollziehen. Nischen-Intermediäre und regime-basierte Intermediäre müssen nicht allein zwischen Nische und Regime, sondern auch innerhalb derer Wissen weitergeben und Konflikte vermitteln. Diese Mediation kann verschiedene Formen annehmen. Sie kann von formalen, anerkannten und klar definierten bis zu informellen, emergenten und häufig verdeckten Formen der Vermittlung reichen.

Die Inhalte des Lernens sagen etwas darüber, was gelernt wird. Lernen erster Ordnung – oder in den Worten von Smith: „einfache Übersetzung“ (Smith 2007) – adressiert die unmittelbar sichtbaren Eigenschaften des Systems der Nicht-Nachhaltigkeit. Es verändert bestehende Praktiken (Handlungsweisen) und Strukturen (Organisationsweisen). So können Abstimmungs- und Kooperationsmodi angepasst und Verfahrensinstrumente wie Instrumente von Stadtplanungs- und Bürgerbeteiligungsprozessen weiterentwickelt werden. Es können neue institutionelle Einheiten für nachhaltige Stadtentwicklung etabliert werden. Lernen erster Ordnung kann sich auch als soziales Lernen vollziehen, wobei bestehende Rollenverständnisse und soziale Beziehungen innerhalb der lokalen Gemeinschaft neu definiert werden.

Eine tiefgründige Übersetzung umfasst beides, Lernen erster und zweiter Ordnung. Lernen zweiter Ordnung hinterfragt grundlegende Wertvorstellungen und Annahmen. Es kann zu einem neuen Verständnis von Problemen und deren Lösungsansätzen führen. Eine solche Neudefinition von Werten und Zielen nachhaltiger Stadtentwicklung kann in veränderten Entwicklungskonzepten und Visionen zum Ausdruck kommen. Lernen zweiter Ordnung kann eine Neuorientierung der nachhaltigen Stadtentwicklung von technologischen zu sozial-ökologischen Innovationen bedeuten.

4.1.3 Handlungspotenziale und Grenzen der TTI für nachhaltige Stadtentwicklung

Die Handlungspotenziale der TTI zeigen sich in ihren Wirkungen auf die Stadtgesellschaft und einen Wandel von nicht-nachhaltigen zu nachhaltigen Denk-, Handlungs- und Organisationsweisen. Ihre Wirksamkeit ist dabei mit der mittel- und langfristigen Stabilität ihres Engagements verbunden. Diese hängt im Besonderen von ihrer finanziellen Absicherung ab. Dies verweist auf die Grenzen intermediären Handelns. TTI können in lokalen Governance-Arenen in verschiedenen Abhängigkeitsbeziehungen stehen. Sie können von politischen Konstellationen, ideologischen Orientierungen oder der finanziellen Unterstützung durch staatliche Institutionen und/oder Wirtschaftspartner – besonders auch durch Akteure des etablierten Systems – abhängig sein. Diese Ressourcen, die die Grundlage für das Engagement der TTI bilden, können als politische, ideologische, finanzielle, organisatorische und juristische Ressourcen charakterisiert werden.

Auch sollte das transformative Potenzial der TTI nicht überschätzt werden, denn ihr Handeln ist zwar bedeutend, aber nicht hinreichend für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Zahlreiche Handlungsfelder der nachhaltigen Stadtentwicklung berühren das öffentlich-staatliche Hoheitsgebiet oder liegen innerhalb dessen. Im lokalen Kontext sind dies beispielsweise die Stadtplanung, die Planung der Verkehrsinfrastruktur, die öffentliche Energie- und Wasserversorgung, die öffentliche Müllentsorgung oder die öffentliche Beschaffung in kommunalen Einrichtungen. Versorgungsleistungen werden von kommunalen Unternehmen in öffentlicher Hand erbracht bzw. nachhaltige Handlungsweisen unterliegen institutionellen Rahmenbedingungen, die vom Staat definiert werden. Die Kooperation mit kommunalen Akteuren ist in diesen Bereichen unerlässlich für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

4.2 Fallstudiendesign und Methoden der Datenerhebung und -auswertung

Das in der vorliegenden Studie implementierte Fallstudiendesign orientiert sich an einem embedded multiple-case design nach Yin (2009: 46). Hierbei ist die Stadt der Fall (case) und die lokale Transition-Town-Initiative als eingebettete Einheit der Analyse (embedded unit of analysis) zu verstehen. Fall und Einheit sind eingebettet in die jeweiligen Governance-Kontexte (Länder, Staat, EU, transnationale Netzwerke).

Bei der Erhebung und Analyse der empirischen Daten wurden klassische Methoden der empirischen Sozialforschung (Interviews, Literaturanalyse) angewandt und durch partizipative Formate (Reflexionsworkshop) ergänzt.

Zunächst wurde zu den ausgewählten Kommunen eine Analyse des lokalen Governance-Kontextes vorgenommen. Ziel war die Kontextualisierung des Handlungs- und Aktionsraums der jeweiligen TTI. Dazu wurden relevante Akteure, kommunale Konzepte,

Strategien und Visionen (z. B. Klimaschutzkonzept, Integriertes Stadtentwicklungskonzept), Mitgliedschaften und Aktivitäten der Kommune in Netzwerken (z. B. ICLEI), Beteiligung an einschlägigen Projekten (z. B. Wettbewerb Zukunftsstadt), relevante rechtliche Grundlagen (z. B. Bürgerbeteiligungssatzung) im Zeitverlauf seit 1990 erfasst. Dieses Mapping diente als wichtiges Vorwissen für die durchzuführenden Interviews und zeigt zugleich für TTI wichtige Rahmenbedingungen auf. Die Analyse erfolgte durch Desktoprecherche und wurde später durch Informationen aus den Interviews ergänzt.

Eine wesentliche methodische Prämisse für das gesamte Projekt bestand darin, die TTI nicht als alleinigen Fokus der durchzuführenden Fallstudien zu verstehen, sondern ihre Einbettung in lokale Governance-Arenen in die Untersuchung einzubeziehen und daher auch die Perspektive von Vertretern aus Kommunalverwaltung und -politik sowie weiteren Akteuren der nachhaltigen Stadtentwicklung (abhängig vom konkreten Fall) zu erfassen, um ein schlüssiges Gesamtbild bezüglich der Forschungsfragen zu erhalten.

Daher wurden in jeder der Fallstudienstädte Akteure aus drei unterschiedlichen Akteursgruppen im Sinne einer Triangulation interviewt (vgl. Abbildung 3). Diese sind:

- 1) Vertretungen von lokalen TTI
- 2) Vertretungen der Kommunalpolitik und -verwaltung
- 3) Weitere Kooperationsbeteiligte und/oder externe Beobachtende, die keiner der beiden ersten Gruppen angehören, jedoch das Wirken und die Rolle der TTI einschätzen können

Die Interviews wurden als leitfadengestützte persönliche Gespräche geführt, die idealerweise mit einer Begehung von Aktionsräumen der TTI vor Ort verbunden waren. Die Gespräche



Abbildung 3: Akteursgruppen/Interview-Konstellation

dauerten 60 bis 90 Minuten und wurden aufgezeichnet. Anschließend wurden die Interviews systematisch auf Grundlage der Analysekategorien fallbezogen und fallvergleichend bezüglich der Forschungsteilfragen ausgewertet. Hierbei wurde sich an der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2003) orientiert.

Der Leitfaden zu den Interviews ist dem Anhang 1 zu entnehmen. Eine Übersicht zu den verwendeten Analysekategorien ist im Anhang 2 dargestellt.

5 Die Kommunen und die Transition-Town-Initiativen im Porträt

5.1 Die Landeshauptstadt Hannover und die Transition-Town Hannover

Hannover ist die Landeshauptstadt Niedersachsens mit einer Bevölkerungszahl von 533.000. Die Stadt hat in den vergangenen Dekaden den Strukturwandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft vollzogen. Während dieser Wandlungsprozess von der Schließung von Industrieunternehmen und einer steigenden Arbeitslosigkeit begleitet wurde, hat sich die Wirtschaftssituation durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor wieder stabilisiert (vgl. HN 5, 222). Die SPD ist traditionell eine starke Partei in Hannover, wobei sie seit 1991 Koalitionen mit anderen Fraktionen eingehen muss. Seit 2016 wird Hannover von einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP regiert. Oberbürgermeister ist seit 2013 Stefan Schostok von der SPD. Die Stadt Hannover hat Nachhaltigkeit zu einer politischen Priorität der Stadtentwicklung erklärt. Die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt von 2007 war der Ausgangspunkt für die Stadt Hannover, eigene Leitziele zu formulieren (vgl. HN 7, 69, 90). Im Jahr 2016 hat der Stadtrat die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Titel „Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development) 2015 formuliert wurden. Hannover ist seit 2010 eine Fair Trade Town und wurde im Jahr 2015 als Hauptstadt des Fairen Handels ausgezeichnet.

Die Transition-Town Hannover hat sich im Jahr 2010 gegründet. Wie später gezeigt wird (s. Kapitel 6), hat sie eine hohe Dynamik entwickelt und sich als eine Kooperationspartnerin der Stadt Hannover etabliert. Sie widmet sich in ihren Projekten Themen wie der Energie, Ernährung und ökologischen Landwirtschaft, der Umweltbildung, dem ökologischen Bauen und dem nachhaltigen Wirtschaften.

5.2 Die Stadt Nürnberg und Bluepingu

Nürnberg ist eine bayrische Großstadt mit 512.000 Menschen. Auch in Nürnberg hat sich in den letzten Dekaden ein wirtschaftlicher Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft vollzogen (vgl. NG 4, 190; NG 5, 316). Parallel dazu hat sich in Nürnberg ein ökologisches Unternehmertum herausgebildet, das, wie eine Marktstudie der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken (IHK) zeigt, eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung für Nürnberg besitzt (vgl. NG 3, 168, 372, 384, 407; NG 6, 412, 477). Seit 1999 wird die BIOFACH, eine Weltleitmesse für ökologische Lebensmittel, in Nürnberg ausgerichtet.¹

¹ Im Jahr 2001 wurde die BIOFACH von der NürnbergMesse übernommen.

Der Stadtrat Nürnbergs wird von einer Großen Koalition aus SPD und CSU geführt. Das Amt des Oberbürgermeisters hat seit 2002 Dr. Ulrich Maly von der SPD inne. Wie verschiedene Auszeichnungen zeigen, ist nachhaltige Stadtentwicklung auch für den Stadtrat Nürnbergs eine politische Priorität. Nürnberg wurde im Jahr 2016 der Deutsche Nachhaltigkeitspreis als Nachhaltige Großstadt verliehen. Beim Europäischen Wettbewerb Green Capital City 2012/2013 hat es den vierten Platz erreicht. Im Jahr 2010 wurde es im bundesdeutschen Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz Vierter. Nürnberg ist seit 2010 eine Fair Trade Stadt und wurde für ihr Engagement in den Jahren 2013, 2015 und 2017 als Hauptstadt des Fairen Handels ausgezeichnet. Zugleich hat die Stadt Nürnberg, ausgehend von einem Beschluss des Stadtrats im Jahr 2003, die sogenannte BioMetropole entwickelt, die den ökologischen Landbau und die ökologische Produktion in der Metropolregion Nürnberg fördert.

Der Bluepingu e. V. hat sich im Jahr 2008 noch vor der Bildung des deutschlandweiten Transition-Netzwerks 2010 gegründet. Es ist mit einer hohen Dynamik in verschiedenen Themenfeldern aktiv, wie Sharing-Initiativen (Tauschen und Leihen), nachhaltiger Konsum, Ernährung und ökologische Landwirtschaft, Reparieren und Recyceln oder Umweltbildung. Er hat sich durch sein Engagement zu einem etablierten Partner der Stadt Nürnberg entwickelt.

5.3 Die Stadt Göttingen und Göttingen im Wandel

Mit einer Bevölkerung von 119.000 Menschen ist Göttingen eine niedersächsische Großstadt. Im Unterschied zu den anderen Kommunen ist für Göttingen vor allem der Charakter als Universitätsstadt mit einer jüngeren Bevölkerungsstruktur prägend. Im Stadtrat bilden die SPD und die Grünen eine Koalition. Oberbürgermeister ist seit 2014 Rolf-Georg Köhler von der SPD. Die nachhaltige Stadtentwicklung hat die Stadt Göttingen in ihrem „Leitbild 2020 – Göttingen stellt sich der Zukunft“ verankert, das vom Stadtrat im Jahr 2007 verabschiedet wurde. Schwerpunkt setzt sie vor allem im Bereich des Klimaschutzes mit dem Klimaschutzkonzept „Klimaschutz Göttingen: Integriertes Klimaschutzkonzept für das Stadtgebiet 2008 bis 2020“ von 2010, dem Masterplan 100 % Klimaschutz von 2011 und dem „Klimaplan Stadtentwicklung – Städtebauliche Klimaschutz- und Anpassungsstrategie der Stadt Göttingen“ von 2015. Zudem ist Göttingen seit 2013 eine Fair Trade Stadt.

Die Initiative Göttingen im Wandel hat sich im Jahr 2010 als Transition-Town-Initiative gegründet. Sie widmet sich in ihren Projekten Themenfeldern wie dem Sharing, der Gesundheit, dem Reparieren und Recyceln, der Ernährung und der ökologischen Landwirtschaft, der Umweltbildung und dem inneren Wandel (Inner Transition). Göttingen im Wandel kooperiert nur in begrenztem Rahmen mit der Stadt Göttingen und konzentriert sich vorrangig auf die Entwicklung ihrer eigenen Projekte.

5.4 Die Stadt Kassel und die Transition-Town Kassel

Kassel ist eine Großstadt in Hessen, in der 199.000 Menschen leben. Auch Kassel befindet sich seit der deutschen Wiedervereinigung in einem Prozess des Strukturwandels, der sich nicht allein als Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft vollzieht, sondern stark auf eine Restrukturierung und Erneuerung der Industrie setzt. Als documenta-Stadt ist Kassel eine Kulturstadt mit einer starken Kulturszene. Die documenta ist ein wichtiger Anknüpfungs- und Mobilisierungspunkt für zivilgesellschaftliche Initiativen. Aus ihrer historischen Randlage nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen der BRD und der DDR ergaben sich für die Region starke Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung, die zu einer hohen Verschuldung Kassels geführt haben (vgl. KL 6, 87). Die Stadt musste sich deshalb im Zeitraum von 2012 bis 2017 zum Abbau der Schulden unter den Schutzschirm des Bundeslandes Hessen begeben (vgl. KL 3, 128; KL 5, 50; KL 6, 87). Kassel befindet sich daher im Wandel von einer jahrzehntelangen bedürftigen Situation mit der Konzentration auf die kommunalen Pflichtaufgaben zu einer Kommune mit neuen finanziellen Spielräumen. Der Stadtrat wird von einer Koalition aus SPD und Grünen geführt. Das Amt des Oberbürgermeisters hat seit 2017 Christian Geselle von der SPD inne. Die Stadt Kassel hat im Jahr 2012 ein Integriertes Klimaschutzkonzept entwickelt, jedoch gibt es im Stadtrat bisher kein starkes politisches Votum für eine nachhaltige Stadtentwicklung (vgl. KL 5; KL 6).

Die Transition-Town Kassel ist aus der Kulturszene der Stadt Kassel hervorgegangen und die Initiativegruppe hat ihre ersten Projekte im Rahmen der documenta organisiert. Im Jahr 2011 hat sie sich formal als ein Verein gegründet. Zu den vielfältigen Themenfeldern, denen sie sich widmet, gehören die Ernährung und ökologische Landwirtschaft, das nachhaltige Wirtschaften, das Sharing oder das Reparieren und Recyceln. Der Essbare Stadt e. V., gegründet im Jahr 2009, hat sich zur stärksten Initiative unter dem Dach der Transition-Town Kassel entwickelt. So bestehen auch die stärksten Kooperationen zwischen dem Essbare Stadt e. V. und dem Umwelt- und Gartenamt. Doch stößt die Transition-Town Kassel bei ihren Versuchen, Kooperationen mit der Stadt Kassel aufzubauen, oftmals an Grenzen.

6 Der Vergleich der Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung in Hannover, Nürnberg, Göttingen und Kassel

Die Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung haben in den vier Städten je unterschiedliche Dynamiken entwickelt. Während die TT (Transition-Town) Hannover und Bluepingu Partnerschaften mit den Kommunen bilden konnten, ist dies Göttingen im Wandel und der TT Kassel nicht in gleicher Weise gelungen. Im Folgenden sollen die Dynamiken der Kommunikation und Kooperation in den Städten miteinander verglichen werden. Hierbei soll erläutert werden, wie Strukturen, Institutionen und Akteure diese Dynamiken beeinflussen.

Zu Beginn werden die TTI und die Kommunen mit ihren Leitbildern, ihren Organisationsstrukturen und ihren Aktivitäten in der nachhaltigen Stadtentwicklung eingeführt (Kapitel 6.1). Dies sollen zeigen, welche inhaltlichen Ziele die TTI und Kommunen verfolgen, wie sie diese in ihren Institutionen verankert haben und in ihren Projekten umsetzen. Daran anknüpfend werden die unterschiedlichen Dynamiken der Kooperation zwischen den TTI und der Kommune in Hannover, Nürnberg, Göttingen und Kassel dargestellt (Kapitel 6.2). Intermediäres Handeln wird dabei der Definition von Smith (2007) folgend als eine Form von Vernetzung (Kapitel 6.2.1), Übersetzung und Konfliktvermittlung (Kapitel 6.2.2) betrachtet. Am Ende des Kapitels werden die Potenziale der TTI zu Bildung von Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung (Kapitel 6.3.1), aber auch die Herausforderungen (Kapitel 6.3.2), denen sie in ihren Bemühungen um Kooperationen und nachhaltige Entwicklung begegnen, diskutiert.

6.1 Die Leitbilder, Organisationsstrukturen und Aktivitäten

6.1.1 Die Leitbilder der Transition-Town-Initiativen

Alle TTI teilen eine Zivilisationskepsis, die sich aus dem Widerspruch zwischen der menschlichen Lebensweise und der Zerstörung der eigenen Existenzgrundlagen ergibt. Die Transition-Bewegung hat ihren Ursprung besonders in der Debatte um das Ölfördermaximum und die Suche nach einer postfossilen Zukunft (vgl. NG 1, 149; KL 2, 165). Alle TTI gehen von einer Endlichkeit der planetaren Ressourcen aus, deren Übernutzung zu Umweltproblemen wie dem Klimawandel und dem Verlust der Artenvielfalt führen (vgl. HN 1, 47; NG 6, 90, 200; KL 1, 59). Sie treten sowohl für intergenerationale Gerechtigkeit zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Generationen (vgl. HN 4, 199; NG 1, 38, 136; NG 6, 99; KL 2, 314) als auch für intragenerationale Gerechtigkeit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden ein (vgl. NG 6, 79, 155; KL 1, 239, 75).

Vor diesem Hintergrund suchen die TTI nach Handlungsmöglichkeiten, um einer Krise entgegen zu treten (vgl. HN 1, 47; KL 2,

101, 322). Sie möchten dabei eine positive Vision für die Entwicklung der Gesellschaft entwerfen (vgl. HN 1, 80; GT 2, 28-33; KL 1, 620, 785; KL 4, 601). Sie bemühen sich Lösungsansätze aufzuzeigen und gesellschaftliche Wandlungsprozesse durch ihr eigenes Engagement aktiv zu gestalten:

„[...] wir sind nicht gegen etwas, sondern wir sind für etwas.“ (KL 4, 601)

Gemäß dem Leitbild der postfossilen Stadt setzen sich die TTI für einen umfassenden Wandel der Gesellschaft ein (vgl. HN 1, 65, 72; HN 6, 760). Sie argumentieren für einen Wertwandel vom Materiellen zum Immateriellen. Dabei besitzen die Ehrenamtlichen innerhalb der TTI jedoch auch unterschiedliche Erwartungen. Während einige sich vorrangig auf ihr Projekt und dessen Verwirklichung konzentrieren, nehmen andere eine gesamtgesellschaftliche Perspektive ein. Sie wollen aus den Einzelprojekten heraus eine transformative Dynamik entwickeln (vgl. HN 4, 662; NG 1; KL 3).

TTI grenzen sich von anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen im Handlungsfeld der nachhaltigen Stadtentwicklung ab, die entweder strukturell orientiert sind mit dem Fokus auf die Ökologie oder das Soziale oder themenorientiert sind mit dem Fokus auf Handlungsfelder wie die Energie oder die Mobilität. Sie betonen die Interdependenzen zwischen der Ökologie, der Ökonomie und dem Sozialen. Sie wollen daher eine integrative gesamt-systemische Perspektive auf Nachhaltigkeit entwickeln, die die Fragen der Ökologie, Ökonomie und des Sozialen miteinander verbindet (vgl. NG 1, 9, 145, 216, 451; GT 1, 223-233; GT 2; KL 2, 106). Entsprechend definieren sich die TTI als eine öko-soziale Bewegung.

Gemäß dem Leitspruch „Think global, act local“ betrachtet die Transition-Bewegung die lokale Ebene als die zentrale Handlungsebene, um die Umweltprobleme der Gegenwart zu lösen (vgl. HN 1, 47; NG 1, 9, 19; KL 1, 708). Die TTI identifizieren sich daher mit und verankern sich im Lokalen.

Damit verbunden sind die Leitbilder der Resilienz und lokalen Autonomie. Die TTI möchten die Menschen herauslösen aus globalen anonymen Wirtschaftsprozessen und stattdessen transparente lokale Wertschöpfungsketten herstellen (vgl. NG 1, 38; NG 6, 2, 30, 345; KL 2, 106). Sie setzen sich daher für ein Prosummententum ein, bei dem der Konsument zugleich zum Produzenten der eigenen Güter wird. Dies soll eine Emanzipation vom Markt ermöglichen (vgl. HN 1, 74; HN 4, 173, 177; NG 6, 2, 5, 30). Sie fördern deshalb den Erwerb eigener handwerklicher und landwirtschaftlicher Fähigkeiten. Beispielhaft dafür steht die Idee der Essbaren Stadt als einer urbanen ökologischen Landwirtschaft, aber auch die Förderung von Kreisläufen des Recyclings und Reparierens (vgl. HN 4, 168; HN 8, 79, 115; NG 1, 187; NG 6, 155; KL 2, 106, 142, 159, 247, 292).

Die Suche nach Alternativen zu Wachstum und Konsum führt zu neuen Leitbildern des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens. Dies sind insbesondere die Postwachstumsökonomie nach Niko Paech (2013), die Gemeinwohlökonomie nach Christian Felber und die Sharing Economy bzw. die Commons nach Silke Helfrich (vgl. HN 1, 10, 31, 126; NG 1, 67, 104; KL 2, 106, 392). Mit der Idee der Postwachstumsökonomie gehen die Konsumkritik und

die Betonung des Weniger durch Suffizienz einher (vgl. HN 1, 10, 415; HN 6, 442, 745; NG 6, 360).

Neben der Ökologie und Ökonomie widmen sich die TTI der sozialen Integration. Die Anonymität und Isolation der Menschen in den Städten sollen überwunden und die soziale Integration und das soziale Miteinander gestärkt werden (vgl. NG 6, 79, 155; GT 1, 179-191, 223-233; GT 2; KL 1, 36, 100, 165, 612; KL 2, 142, 159, 247, 750). Dazu gehören die Toleranz und das Miteinander verschiedener Ethnien, Religionen und Kulturen. Projekte sollen deshalb möglichst nichts kosten, um inklusiv für möglichst viele zu sein. So sollen in den Städten wieder konsumfreie Begegnungsorte entstehen (vgl. GT 3, 52-55; 84-87).

Die Leitbilder der TTI unterscheiden sich nur im Detail. Während alle die Idee der Postwachstumsökonomie befürworten, kritisiert die Transition-Town Hannover explizit die Idee der Green Economy, die auf ökologische Modernisierung durch technologische Innovationen setzt. Die Effizienzgewinne durch technologische Innovationen können durch sogenannte Rebound-Effekte und die vermehrte Nutzung von Technologien konterkariert werden (vgl. HN 4, 592). Weniger Konsum, wie ihn die Idee der Suffizienz nahelegt, sei unerlässlich, um Ressourcen zu schonen. Dies erfordere Veränderungen der Verhaltensmuster und Lebensstile, wie sie mit dem Begriff sozialer Innovationen beschrieben werden.

6.1.2 Die Organisationsstrukturen der Transition-Town-Initiativen

Alle TTI haben einen eigenen Verein gegründet, weil eine solche Institutionalisierung die Voraussetzung ist, um eine Anschlussfähigkeit gegenüber staatlichen Institutionen herzustellen und als ein legitimer Akteur anerkannt zu werden (vgl. HN 4, 69; HN 6, 42; GT 2, 335-338, 503-508; GT 6 335). Dies ist insbesondere für die Beantragung von externen Fördermitteln von Bedeutung. Innerhalb der TTI bilden sich verschiedene Themen- bzw. Projektgruppen. Diese werden über ein Kernteam koordiniert. Die Kooperations- und Abstimmungsmodi der TTI sind dabei flexibel und informell (vgl. HN 4, 241, 471; NG 6, 485; KL 1, 286, 785, 797; KL 2, 121; KL 6, 362). Die TTI wählen bewusst diese Formen der informellen, dadurch aber auch offeneren und flexibleren Organisationsweise, da diese ihnen Freiräume zum Querdenken und Gestalten gibt (vgl. GT 2, 524-528).

Im Unterschied zu den anderen TTI ist die TT Hannover seit ihrer Gründung in das Umweltzentrum Hannover e. V. als Zusammenschluss ökologischer Initiativen in Hannover integriert. Besonders in der Gründungsphase der TT Hannover hatte das Umweltzentrum für die neue Initiative eine wichtige Beratungsfunktion und hat sie bei ihrer Professionalisierung unterstützt (vgl. HN 6, 411, 423, 428, 526). Das Umweltzentrum ist eine gemeinsame Infrastruktur, die einen Raum für offenen Austausch und gegenseitige Kritik zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen schafft (vgl. HN 6, 447).

6.1.3 Die Aktivitäten der Transition-Town-Initiativen

Alle TTI möchten einen gesellschaftlichen Wandel zur Nachhaltigkeit von unten initiieren. Sie plädieren für einen Wandel von einem hierarchischen zu einem basisdemokratischen Handlungsansatz (vgl. GT 2, 319, 322-333; KL 1, 195; KL 2, 11, 94; KL 5, 268). Sie möchten eine Redemokratisierung unterstützen, durch die die Bürgerschaft Verantwortung für ihre Stadt übernimmt (vgl. KL 1, 100, 607, 924). Die Menschen sollen sich nicht allein als passive Kosnumierende, sondern als aktive Gestaltende ihrer Stadt definieren. Diese bedeutet, dass gerade dem lokalen Wissen der Menschen eine größere Bedeutung beigemessen wird. Sie werden betrachtet als „Fachleute, die in der Stadt leben“ (KL 1, 195; Fischer 2000).

Die TTI möchten Reflexionsprozesse anstoßen, indem sie gesellschaftliche Wertvorstellungen hinterfragen (Lernen zweiter Ordnung) und Alternativen nachhaltigen Handelns aufzeigen (Lernen erster Ordnung) (vgl. HN 4, 383, 392). Sie wollen die Zusammenhänge zwischen dem individuellen Handeln und dessen Wirkungen sichtbar machen (vgl. HN 4, 173; NG 6, 2, 376). Sie verbinden deshalb den Handlungsansatz des Visionierens durch die Entwicklung langfristiger Zukunftsvisionen mit dem Handlungsansatz des Machbaren durch die Gestaltung konkreter Projekte vor Ort (vgl. NG 1, 9, 19, HN 6, 676; KL 1, 392, 725; KL 2, 262; KL 4, 408, 621).

Die TT Hannover möchte daher gemeinsam mit weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft eine eigene Vision für die zukünftige Entwicklung der Stadt Hannover erarbeiten (vgl. HN 1, 86, 103). Bluepingu hat das Agenda 21 Kino ins Leben gerufen, um über Filme eine Debatte um nachhaltige Entwicklung und potenzielle Handlungsansätze zu initiieren. Auf ähnliche Weise organisiert die TT Kassel Diskussionsveranstaltungen, die eine Begegnung verschiedener Akteure der Stadtgesellschaft ermöglichen sollen. Externe Referenten sollen dabei als Impulsgeber neue Denkanstöße geben (vgl. KL 1, 161; KL 2, 331, 392). Beispiele sind Niko Paech (2013) zur Postwachstumsökonomie oder Christian Felber zur Gemeinwohlökonomie.

Alle TTI verfolgen Wandel als einen Prozess der Evolution statt einer Revolution. Durch ein Handeln in kleinen Schritten bemühen sie sich, die Menschen nach und nach auf dem Weg gesellschaftlicher Veränderungen zu unterstützen (vgl. GT 2, 297-299; HN 6, 779). Parallel dazu befürworten sie einen Handlungsansatz des Experimentierens. Sie möchten Zeit und Raum für das bewusste Experimentieren mit verschiedenen Ansätzen nachhaltigen Handelns schaffen (vgl. HN 4, 292; GT 2, 297-299, 339, 582-583; GT 6, 108-115; KL 1, 708). So betrachtet die TT Hannover die Neugestaltung des Ihme-Zentrums im Stadtteil Linden-Limmer als einen Experimentierraum oder ein „Labor der Ideen“ (HN 5, 350, 392).

Im Kontext der Kultur- und documenta-Stadt Kassel ist die TT Kassel aus der Kulturszene entstanden. Sie hat gemeinsam mit dem documenta12-Beirat bei der documenta 2007 das Projekt „Mach-was-TRäume für Kassel“ initiiert (vgl. KL 2, 33).² Dies sollte die Bürgerschaft zu einer eigenen Gestaltung ihrer Stadt(räume) aktivieren. Dazu hat die TT Kassel öffentliche Flächen in

der Stadt markiert und die Menschen eingeladen, diese eigenständig zu verändern. Dieses Projekt hat jedoch zugleich die Grenzen und Konflikte des Experimentierens aufgezeigt. Als zwei Künstler begonnen haben auf einer der Flächen ein stetig wachsendes Loch zu graben, hat das Projekt eine Eigendynamik entwickelt, die die Initiatoren nicht mehr kontrollieren konnten. Dies hat zu einer Eskalation und einem Konflikt mit dem Umwelt- und Gartenamt geführt, das die Fläche nach dem Ablauf der documenta beräumen ließ und zunächst weitere Kooperationen mit der Initiativgruppe der TT Kassel abgelehnt hat.

Alle TTI engagieren sich besonders stark für eine Essbare Stadt, mit der sie die Entstehung einer urbanen ökologischen Landwirtschaft befördern möchten. Entsprechend haben alle TTI Gemeinschaftsgärten im Stadtgebiet gegründet. Die Funktion dieser Gemeinschaftsgärten besteht nicht allein in der Selbstversorgung und dem Schutz der Artenvielfalt durch die Bewahrung alter Obst- und Gemüsesorten, sondern vor allem auch darin, Begegnungsorte zu schaffen, die die soziale Integration in den Nachbarschaften und Stadtteilen unterstützen und die Menschen für nachhaltiges Handeln sensibilisieren (vgl. HN 1, 63, 157, 184; HN 3, 167; HN 4, 168; HN 8, 79; GT 2, 190-209, 229-236). Hierbei suchen die TTI den Kontakt zu den Kommunen, um mögliche Flächen für Gemeinschaftsgärten zu finden und, sofern dies Flächen der öffentlichen Hand sind, Pachtverträge mit der Kommune zu vereinbaren (vgl. HN 1, 63, 157, 184; HN 4, 85). Sie bemühen sich zudem, die Essbare Stadt auf öffentlichen Grünflächen wie Parks zu etablieren und einen Wandel der Bepflanzung von Zier- zu Nutzpflanzen anzustoßen (vgl. KL 2, 57). Im Rahmen der Essbaren Stadt versuchen sie, durch die regionale Versorgung mit Lebensmitteln, eine Annäherung zwischen Stadt und Land zu erreichen (vgl. HN 1, 208; GT 1; 259-270). Um ein Kooperationsforum für die verschiedenen Akteure der Essbaren Stadt zu schaffen, bemühen sie sich in den Städten Ernährungsräte³ zu gründen. Bluepingu hat einen solchen Ernährungsrat für Nürnberg und Umgebung im Jahr 2018 etabliert, während die TT Hannover und die TT Kassel eine Diskussion um einen Ernährungsrat in ihren Städten initiiert haben.

Die Aktivitäten zu den Themenfeldern Bildung für nachhaltige Entwicklung, Bauen und Wohnen, Commoning, nachhaltiges Wirtschaften und Mobilität unterscheiden sich zwischen den TTI. Je nach den Interessen der Engagierten wenden sie sich verschiedenen Themen und Projekten zu. Dies soll im Folgenden beispielhaft umrissen werden.

Die TT Hannover, Bluepingu und Göttingen im Wandel engagieren sich zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die TT Hannover konzipiert etwa ein Suffizienz-Zentrum (Sufi.ZEN) als eine Bildungsstätte für einen genügsamen Lebensstil, eine Schule der Genügsamkeit (vgl. HN 1, 401; HN 4, 183; HN 6, 442).⁴ Sie soll zu einem professionellen Bildungsträger entwickelt werden, der das Thema der Suffizienz in die Jugend- und Erwachsenenbildung einbringt und ist bereits Mitglied im Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V. Weiterhin bietet die TT Hannover vielfältige Bildungsangebote zum Prosumementum an. Diese vermitteln

² <http://www.mach-was-stiftung.de/2006/08/mach-was-traume-fur-kassel/>

³ <http://ernaehrungsraete.de/>

⁴ <https://transitionhannover.jimdo.com/tth-projekte/sufi-zen/>

Wissen und Fertigkeiten zur ökologischen Landwirtschaft, zum Reparieren, Bauen, Recycling und zur Müllvermeidung (vgl. HN 4, 25, 118, 154, 222, 337). Beispiele sind die Selber-Mach-Werkstätten im Küchengarten oder Workshops im Kulturbüro Linden Süd.

Bluepingu beteiligt sich am Zukunftsbündnis (ein lokales Bildungs- und Kompetenznetzwerk für nachhaltige Entwicklung), das in Kooperation mit weiteren Partnern Bildungsangebote zum nachhaltigen Konsum organisiert.⁵ Es unterstützt die Menschen beim Prosumententum durch die Zero-Waste-Gruppe, ein Repair Café und die Refill-Kampagne. Auf ähnliche Weise bietet Göttingen im Wandel ein Repair Café an und eine Zero-Waste-Gruppe befindet sich im Entstehen (vgl. GT 2, 145, 374-377). Mit dem Sonntag des Wandels möchte Göttingen im Wandel den Menschen Naturthemen wieder näherbringen (vgl. GT 1, 95-104).

Die TT Hannover, Göttingen im Wandel und die TT Kassel führen Projekte zur energetischen Sanierung von Gebäuden, zur ökologischen Bauweise oder zu gemeinschaftlichen Wohnformen in kollektivem Besitz durch. Die TT Hannover führt das Projekt LiNa Transition 2.0 in der Limmer Nachbarschaft (2018 bis 2022) durch und entwickelt gegenwärtig die Idee eines Ecovillage als eine Siedlung der Genügsamkeit mit Tiny Houses und Gemeinschaftsflächen (s. Vernetzung). Ebenso erwägt Göttingen im Wandel zukünftig eine eigene Ökosiedlung zu gründen (vgl. GT2, 463-472). Die TT Kassel erprobt mit der Genossenschaft Gemeinschaftliches Wohnen in Kaufungen eG gemeinschaftliche Wohnformen in den beiden Häusern Lossehof e. V. und Villa Locomuna (vgl. KL 2, 189).⁶

Bluepingu, Göttingen im Wandel und die TT Kassel versuchen mit eigenen Projekten das Commoning und Sharing, d. h. das Teilen und Tauschen, zu unterstützen. Entsprechend hat Bluepingu das LeihBu entwickelt, das ein Führer für die Share Economy bzw. Commons in Nürnberg ist (vgl. NG 1, 104). Ergänzend dazu organisiert es ein Foodsharing Netzwerk. Göttingen im Wandel hat eine Zeittauschbörse initiiert, über die sich Menschen gegenseitig Hilfe anbieten können (vgl. GT 2, 169-172). Die TT Kassel begleitet die Initiativen TauschRausch, die Zeitbörse Kassel e. V. sowie die Themengruppe Foodsharing.

Bluepingu, Göttingen im Wandel und die TT Kassel widmen sich in ihren Projekten zudem dem nachhaltigen Wirtschaften und regionalen Wirtschaftskreisläufen. Bluepingu hat die Bewerbung zur Fair Trade Town Nürnberg initiiert und die Ausweitung zum Initiativkreis Faire Metropolregion Nürnberg angestoßen (s. Vernetzung). Es sucht den Kontakt zu Unternehmen, um sie von einer Gemeinwohlbilanzierung zu überzeugen (vgl. NG 1, 50). Es hat den Regionallotsen als einen Führer für nachhaltige Konsumangebote sowie Bildungs- und Engagementmöglichkeiten in Nürnberg entwickelt (vgl. NG 1, 67; NG 6, 197).

Mit der Regionalwährung Augusta (2010 bis 2011) hat Göttingen im Wandel versucht, lokale Wirtschaftskreisläufe zu befördern (vgl. GT 1, 4-10). Die Solidarische Humus Wirtschaft ist ein eigenes Wirtschaftsprojekt zur Entwicklung von Terra Preta für die Region.⁷ Auch die TT Kassel möchte durch die Regionalwährung BürgerBlüte lokale Wirtschaftskreisläufe unterstützen. Innerhalb der TT Kassel hat sich eine Gemeinwohlökonomie Regionalgruppe Kassel gegründet (vgl. KL 2, 392).

Bluepingu, Göttingen im Wandel und die TT Kassel setzen sich mit eigenen Projekten für nachhaltige Mobilitätsformen ein. So hat Bluepingu den Parking Day in Nürnberg initiiert (s. Vernetzung). Mit dem Projekt LastenradFürAlle möchte es nachhaltige Mobilitätsformen für alle zugänglich machen. Göttingen im Wandel versucht, mit einem Kutschenshuttle die „Vielfalt der Verkehrsmittel“ aufzuzeigen (GT 1, 29-39). Die TT Kassel hat das Bürgerbegehren Radentscheid Kassel als ein Multiplikator unterstützt, das jedoch im Jahr 2019 vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung als rechtlich unzulässig zurückgewiesen wurde.⁸

6.1.4 Die Leitbilder der Kommunen

Alle Kommunen sprechen sich für intergenerationale Gerechtigkeit und einen Schutz der Erde für zukünftige Generation aus (vgl. NG 4, 77, 84, 130; GT 6, 126-135; KL 4, 68, 153, 634; KL 5, 80; KL 6, 115). Der Ressourcenverbrauch soll ein Maß einhalten, das ausreichend Zeit für die Erneuerung dieser Ressourcen gibt. Daher befürworten alle Kommunen den Klimaschutz durch eine Verringerung der Treibhausgasemissionen (vgl. HN 7, 122; NG 2, 122; GT 4, 174, GT 6; KL 5, 80; KL 6, 55, 70).

Alle Kommunen teilen die Annahme, dass Partizipation wichtig ist, um die Kreativität der Menschen für die Gestaltung der Stadt zu erschließen (vgl. HN 7, 139; NG 5, 26, 150; KL 3, 113). Sie möchten die soziale Integration durch den Ausgleich sozialer Ungleichheiten sowie mehr Toleranz für die Vielfalt der Ethnien, Religionen und Kulturen fördern (vgl. HN 7, 133; NG 5, 54; KL 3, 42, 101).

Innerhalb der Kommunen sind die Positionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung sehr heterogen. Sie unterscheiden sich sowohl zwischen den politischen Fraktionen der Stadträte als auch zwischen den Fachressorts der Kommunalverwaltungen. Die jeweiligen Leitbilder der Städte Hannover, Nürnberg, Göttingen und Kassel werden im Folgenden dargestellt.

Die Landeshauptstadt Hannover richtet sich am Leitbild der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie den Sustainable Development Goals (SDGs) aus, deren Umsetzung 2016 vom Rat der Stadt Hannover beschlossen wurde. Entsprechend strebt sie auch einen Wandel der Verwaltungskultur an, durch den das Denken im Sinne von klassischen Fachressorts überwunden und ein integrativer Ansatz der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie ein Denken im Sinne eines vernetzten Miteinanders etabliert werden sollen (vgl. HN 2, 457).

Auch die Stadt Nürnberg orientiert sich an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (vgl. NG 2, 134). Sie formuliert einen integrativen Ansatz der nachhaltigen Stadtentwicklung,

⁵ <https://www.bluepingu.de/projekte/zukunftsbuendnis>

⁶ <https://www.kommune-niederkaufungen.de/>

⁷ <https://humusbildung-goettingen.de/gruendungsversammlung-der-weltweit-ersten-solidarischen-humus-wirtschaft-sohuwi>

⁸ <https://www.hna.de/kassel/radentscheid-kassel-buergerbegehren-von-stadtverordneten-abgelehnt-12154323.html>

der Kultur, Werte und Identität als Basis und Ökologie, Soziales und Ökonomie als Überbau definiert (vgl. NG 4, 77).⁹ Nürnberg unterscheidet sich von den anderen Städten durch die Idee der Soziokultur, die von Hermann Glaser, dem Schul- und Kulturreferenten der Stadt Nürnberg zwischen 1964 und 1990, entwickelt wurde:

„Also eine Form von kultureller Praxis, die sich in die gesamte Stadt hinein bewegt, die den Prinzipien einer aufsuchenden Partizipation folgt, also die Menschen vor Ort abholt, sie einbindet, die Themen der Teilhabegerechtigkeit und der Chancengerechtigkeit sehr ernst nimmt und dabei einen sehr weiten Kulturbegriff voraussetzt.“ (NG 5, 26)

Dies drückt sich auch im Konzept der offenen Stadt nach Richard Sennett aus, das für eine partizipative Aushandlungskultur und eine offene Debatte um die zukünftige Entwicklung der Stadt steht (vgl. NG 5, 150).

Die Stadt Göttingen bezieht sich ebenfalls auf die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt als Leitbild für die nachhaltige Stadtentwicklung. Im Gegensatz zu den anderen Kommunen greift sie explizit die Kritik an der Wachstums- und Konsumorientierung der gegenwärtigen Gesellschaft auf. Sie betont Ideen wie die Suffizienz, die Entkommerzialisierung oder die Commons als gemeinschaftlich geteilte Güter (vgl. Stadt Göttingen 2014, S. 70 ff.; GT 6, 126-135, 181-189, 236-247).

In Kassel hat sich nach den Kommunalwahlen 2016 ein neuer Magistrat formiert und mit Christian Geselle von der SPD 2017 ein neuer Oberbürgermeister sein Amt angetreten. Vor diesem Hintergrund haben die Dezernentinnen und Dezernenten eine Strategiekonferenz durchgeführt, um die Zukunftsthemen für die Entwicklung Kassels zu diskutieren. Diese sind die Digitalisierung, die Mobilität, das Wohnen, die Arbeit und die Bildung (vgl. KL 3, 18, 77, 104). So sollen die Lebensverhältnisse verbessert, die Wohnqualität erhalten und gerechte Bildung für alle zugänglich gemacht werden. Da Kassel zum einen eine Kulturstadt und zum anderen eine sehr grüne Stadt ist, besteht zudem das Leitbild einer Verbindung von Grün und Kultur (vgl. KL 6, 70).

6.1.5 Die Organisationsstrukturen der Kommunen

Indem die Stadtratsmitglieder die Bürgerschaft repräsentieren, bilden sie das oberste Organ der Kommune. Die politische Legitimation durch den Stadtrat bildet wiederum die Grundlage für das Handeln der Kommunalverwaltungen, die diesem hierarchisch untergeordnet sind. Alle Kommunalverwaltungen sind in Fachressorts spezialisiert und ihre Strukturen und Verfahrensweisen von Formalität gekennzeichnet.

Neben diesen grundlegenden Gemeinsamkeiten der Verfasstheit von Kommunalpolitik und -verwaltung ist nachhaltige Stadtentwicklung in den Kommunen sehr unterschiedlich institutionalisiert. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, dass nachhaltige Stadtentwicklung ein Querschnittsthema ist, das eine Vernetzung und Zusammenarbeit der Fachressorts erfordert.

Mit der Verabschiedung der Agenda 21 durch die Vereinten Nationen im Jahr 1992 hat die Landeshauptstadt Hannover 1996 ein Agenda 21 Büro eingerichtet. Im Jahr 2013 wurden dessen Aufgaben zu einem Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro erweitert (vgl. HN 7, 6). Während es zunächst im Umweltamt im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün angesiedelt war, ist es mittlerweile eine Stabsstelle im Wirtschafts- und Umweltdezernat (vgl. HN 7, 206). Dadurch hat es einen besseren Zugang zu den anderen Fachressorts (vgl. HN 7, 206). In Nürnberg wurde bereits im Jahr 1988 ein eigenständiges Referat für Umwelt und Gesundheit auf Beschluss von SPD und Grünen eingerichtet, das sich zu einem etablierten Akteur in der Kommunalverwaltung entwickelt hat (vgl. NG 6, 470). Ähnlich wie in Hannover wurde auch in Nürnberg in Folge der Agenda 21 im Jahr 1997 eine Lokale Agenda 21 gegründet. Diese ist als Agenda 21 Büro im Referat für Umwelt und Gesundheit verankert (vgl. NG 2; NG 3, 116).

Die Stadt Göttingen hat keine eigene Lokale Agenda 21 gegründet. Mit der Entwicklung des Masterplans 100 % Klimaschutz wurde eine Stabsstelle Klimaschutz und Energie (das sogenannte Klimaschutzbüro) eingerichtet (vgl. GT 4, 513-519). Während die Stadt Kassel, ähnlich wie die anderen Kommunen, im Jahr 2003 eine Lokale Agenda 21 gegründet hat, fehlt jedoch der politische Wille, die nachhaltige Stadtentwicklung zu befördern. Die Lokale Agenda 21 besitzt daher in der Kommunalverwaltung nur eine marginale Bedeutung (vgl. KL 6, 99). Stattdessen nahm das Zukunftsbüro (2008 bis 2018) eine wichtige Funktion für die Partizipation der Bürgerschaft und für die Koordination der Ehrenamtlichen ein. Es ist aus einem Zukunftsprozess der Kommune im Jahr 2008 hervorgegangen und sollte die Partizipation, das ehrenamtliche Engagement und die Integration von Migrierten unterstützen (vgl. KL 3, 4, 15, 51). Es war aber keine Organisationseinheit, die den Auftrag gehabt hätte, nachhaltige Stadtentwicklung voranzubringen. Nach der Strategiekonferenz der Dezernatspersonen wurde es zum 31. August 2018 aufgelöst und die Aufgaben der kommunalen Gesamtentwicklung in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters integriert (vgl. KL 3, 13).

In allen Kommunalverwaltungen erfolgt die interne Koordination sowohl über formale Verfahren wie das Mitzeichnungsverfahren, Ämterbeteiligungsrunden oder Arbeitskreise als auch über informelle Abstimmungsprozesse (vgl. NG 3, 471; NG 4, 240, 446; GT 4, 108-115, 968-972; 976-979; KL 3, 372; KL 5, 237; KL 6, 59). Hingegen unterscheiden sich die Interpretationen von nachhaltiger Stadtentwicklung, die entweder als ein ressortspezifisches oder ein horizontales Thema definiert werden, und die Verfahren bzw. Organisationseinheiten, über die nachhaltige Stadtentwicklung in den Verwaltungen kommuniziert und koordiniert wird.

In Hannover übernimmt das Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro die Rolle eines Intermediären für nachhaltige Stadtentwicklung innerhalb der Kommunalverwaltung. Durch seine langjährige, konstruktive Arbeit wird die Expertise des Büros anerkannt und in verwaltungsinternen Prozessen proaktiv angefragt (vgl. HN 7, 244). Zugleich bemüht man sich, nachhaltige Stadtentwicklung als ein Querschnittsthema zu definieren, das auch formal als Querschnittsaufgabe im Stadtentwicklungskonzept Mein

⁹ https://www.nuernberg.de/internet/stadtplanung/stadt_planen.html

Hannover 2030 verankert wurde, um ein Denken im Sinne von klassischen Hierarchien und Zuständigkeiten zu überwinden und stattdessen ein Denken im Sinne des vernetzten Miteinanders zu befördern (vgl. HN 2, 457, 712; HN 7, 33). Die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist ein weiteres Instrument der verwaltungsinternen Koordination.

Durch das intensive Engagement zur nachhaltigen Stadtentwicklung hat sich in der Kommunalverwaltung Nürnbergs ein Konsens herausgebildet, dass nachhaltige Stadtentwicklung eine Querschnittsaufgabe ist (vgl. NG 3, 35). Die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist ein internes Koordinationsinstrument, das die Initiativen der Fachressorts zusammenführt. Hierbei werden Nachhaltigkeitsziele themenspezifisch von den einzelnen Fachressorts formuliert und implementiert (vgl. NG 3, 35, 46, 79, 142). Die Fachressorts berichten darüber regelmäßig an den Stadtrat.

Ebenso wie die Kommunalverwaltungen Hannovers und Nürnbergs betrachtet die Kommunalverwaltung Kassels nachhaltige Stadtentwicklung als ein horizontales Themenfeld. Sie geht von Interdependenzen zwischen den verschiedenen Themenfeldern der Stadtentwicklung aus, die einen integrierten Handlungsansatz und die kontinuierliche Abstimmung zwischen Fachressorts und -ämtern erfordern, um potenzielle Synergien zu nutzen (vgl. KL 5, 219).

Während sich das Klimaschutzbüro Göttingens um ein horizontales Verständnis von Klimaschutz bemüht, wird es häufig mit einem themen- bzw. ressortspezifischen Verständnis von Stadtentwicklung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit konfrontiert. Dies erschwert die ressortübergreifende Kooperation (vgl. GT 4, 55-60; GT 6, 34-37). Allein der Austausch zwischen dem Fachdienst Hochbau und Objektverwaltung und dem Fachdienst Grünflächen funktioniert gut, da sie sich thematisch mit den gleichen Schwerpunkten auseinandersetzen (vgl. GT 6, 270).

6.1.6 Die Aktivitäten der Kommunen

Alle Kommunen haben Klimaschutzkonzepte entwickelt, mit denen sie eine langfristige Reduktion der Treibhausgasemissionen anstreben. In Hannover sind ein Klimaschutzkonzept sowie der Masterplan 100 % für den Klimaschutz entstanden, der im Jahr 2014 parteiübergreifend vom Rat der Stadt beschlossen wurde. In Nürnberg wurde der Klimaschutz im Jahr 2008 vom ehemaligen Leiter des Referates für Umwelt und Gesundheit zu einer Priorität erklärt. Es wurde die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten geschaffen, der den Klimafahrplan 2010-2050 erstellte. Dies zeigt die Bedeutung des individuellen Engagements von politischen Entscheidungstragenden, um Institutionen von innen heraus zu verändern. Die Stadt Göttingen hat das Integrierte Klimaschutzkonzept für 2008 bis 2020 sowie den Masterplan 100 % Klimaschutz erarbeitet. Der Rat der Stadt hat im Jahr 2011 beschlossen, dass Göttingen bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden soll. Die Stadt Kassel hat ebenso ein Integriertes Klimaschutzkonzept entwickelt, das Klimaschutzmaßnahmen für die Kommune aufzeigt. So sollen die Treibhausgasemissionen langfristig auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO₂ pro Einwohner bzw. Einwohnerin verringert werden. Ergänzend dazu hat sich die Stadt Kassel gemeinsam mit den Städten Marburg und München am Projekt Modellkommune für Umweltgerech-

tigkeit beteiligt, das vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) begleitet wurde (vgl. KL 6, 115).

Auch im Bereich der Mobilität haben alle Kommunen Verkehrskonzepte zur Ausweitung der nachhaltigen Mobilität entworfen. Entsprechend hat die Landeshauptstadt Hannover den Masterplan Shared Mobility und das Handlungskonzept Radverkehr umsteigen: aufsteigen entwickelt (vgl. HN 1, 93). Es sollen verschiedene Mobilitätsformen wie der Fahrradverkehr und die Elektromobilität gestärkt werden (vgl. HN 3, 69; HN 7, 108). Die Stadt Nürnberg hat im Jahr 2000 das Projekt Nürnberg - intelligent mobil ins Leben gerufen, um die Menschen zu einem Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen zum Automobilverkehr zu motivieren und die Verkehrsplanung durch mehr ÖPNV-Angebote, Fahrradschnellstraßen und Fahrrad- und Carsharing-Systeme zu optimieren (vgl. NG 2, 255; NG 4, 98, 105).¹⁰ Zudem sollen Mobilitätsanforderungen dadurch vermindert werden, dass man sich am Leitbild der Stadt der kurzen Wege orientiert und Stadtteile als vollfunktionale Orte gestaltet, in denen Wohnen und Arbeiten möglichst miteinander verbunden wird (vgl. NG 4, 105). Zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität hat die Stadt Göttingen den Klimaplan Verkehrsentwicklung, den Radverkehrsentwicklungsplan und den Masterplan Carsharing entworfen (vgl. GT 6, 88-91). Um die Ziele des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung in Mobilitätsmodelle und -maßnahmen zu übertragen, hat die Stadt Kassel den Verkehrsentwicklungsplan 2030 sowie ein Radverkehrskonzept formuliert (vgl. KL 5, 97).

Alle Kommunen unterstützen die Umweltbildung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Sie kooperieren dafür vor allem mit Schulen und Kindertagesstätten (vgl. HN 7, 450; GT 6, 155-175; KL 5, 388; KL 6, 462).

Im Gegensatz zu diesen Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die Kommunen beim Stellenwert, den sie der nachhaltigen Stadtentwicklung einräumen. Sowohl in Hannover als auch in Nürnberg gibt es ein politisches Votum für Nachhaltigkeit, sodass sie diese zu einer Priorität der Stadtentwicklung erklärt haben. Dafür wurden sie jeweils im Jahr 2018 und 2016 als Nachhaltige Großstadt von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Im Gegensatz dazu fehlt ein vergleichbarer politischer Rückhalt für nachhaltige Stadtentwicklung in Göttingen und Kassel. Daraus ergeben sich Unterschiede in den Aktivitäten der Kommunen, die beispielsweise in den Partizipationskulturen und -formaten der Städte, der Institutionalisierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung in der Kommunalverwaltung, dem Engagement zu Fair Trade und einer urbanen, ökologischen Landwirtschaft sowie der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025 bestehen.

Alle Kommunen folgen einem partizipativen Handlungsansatz. Sie haben bei der Erstellung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten Bürgerbeteiligungsprozesse organisiert und führen die Bürgerbeteiligung als formales Verfahrenselement bei der Erstellung von Bebauungsplänen durch. Dennoch sind die Partizipationskulturen und -formate in Hannover und Nürnberg wesentlich umfassender als in Göttingen und Kassel.

¹⁰ https://www.nuernberg.de/internet/umweltreferat/intelligent_mobil.html

Mit dem Stadtdialog Mein Hannover 2030 wollte die Landeshauptstadt Hannover einen Dialogprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern um die zukünftige Entwicklung Hannovers anstoßen. Sie gestaltete rund 200 Dialogveranstaltungen, deren Ergebnisse in das Stadtentwicklungskonzept Mein Hannover 2030 eingeflossen sind, das 2016 vom Rat der Stadt verabschiedet wurde (vgl. HN 2, 58, 689; HN 3, 64, 114; HN 5, 59; HN 6, 220). Die Kommune hat sich darüber hinaus eine Studie zu verschiedenen Partizipationsformaten erstellen lassen, mit denen sich nachhaltige Lebensstile erörtern lassen (vgl. HN 7, 721). Auch der Beteiligung auf der dezentralen Ebene der Stadtteile und Quartiere schreibt sie eine bedeutende Rolle zu. Entsprechend fördert sie das Stadtbezirks- und Quartiersmanagement und bietet Teilnehmungsformate wie Mein Quartier 2030 in den einzelnen Stadtteilen an (vgl. HN 4, 396; HN 5, 613, 806).

In Nürnberg ist die Aushandlungskultur von einer Konsenskultur geprägt, deren Ursprünge in der langjährigen Großen Koalition zwischen CSU und SPD liegen (vgl. NG 5, 64). So ist man im Stadtrat auch zu gemeinsamen Fraktionsanträgen übergegangen, statt Anträgen der einzelnen Fraktionen, um durch ein gemeinsames Vorgehen die Legitimation der Beschlüsse zu stärken (vgl. NG 2, 338). Darüber hinaus besitzt Nürnberg eine Tradition der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. NG 2, 247; NG 4, 71, 259, 283, 370). Diese geht auch auf die Arbeit Hermann Glasers zurück, der für eine Kommunalverwaltung plädierte, die mit der Stadtgesellschaft verbunden ist (vgl. NG 2, 362; NG 4, 283; NG 5, 338). Zur Beteiligung der Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen gibt es eine Vielzahl von thematischen Arbeitskreisen (s. Vernetzung). Auch in die Erstellung der Stadtentwicklungskonzepte hat die Kommune die Bürgerschaft über Teilnehmungsprozesse eingebunden (vgl. NG 3, 69; NG 4, 27, 43, 63). Ähnlich wie Hannover unterstützt Nürnberg die Partizipation auf dezentraler Ebene durch Stadtteilarbeitskreise oder Quartiersbüros, die den Kontakt zu den Stadtteilinitiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort herstellen (vgl. NG 2, 247, 370, 453; NG 4, 45, 252). Zudem folgt die Kommune dem Leitbild einer aufsuchenden Partizipation, die die Menschen vor Ort anspricht (vgl. NG 4, 501, 408, 501; NG 5, 26). Beispiele sind eine Radtour des Oberbürgermeisters mit Verwaltungsmitarbeitenden durch die Stadtteile oder die vielfältigen Teilnehmungsformate, die im Rahmen des Kulturhauptstadtprozesses durchgeführt werden.

Die Stadt Göttingen experimentiert mit verschiedenen Interventionen im Stadtraum wie Parklets oder Parkplatzbegrünungen, um einen Dialog mit den Menschen in der Stadt zu ermöglichen und Zukunftsvisionen anzustoßen (vgl. GT 5, 194-202). Austauschforen wie der Klimaschutzbeirat sollen Raum für Beteiligung geben. Auch die Kooperation mit und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen wird durch eine explizite Weisung der Kommunalverwaltung gefördert (vgl. GT 2, 429-436). Speziell für den Klimaschutz wurden dazu die Klima-Werkstätten ausgeschrieben, die zivilgesellschaftlichen Initiativen eine Projektförderung anbieten (vgl. GT 3; GT 6, 40-46).¹¹

Wie die anderen Kommunen führt die Stadt Kassel Partizipationsprozesse zur Erstellung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten durch (vgl. KL 3, 66; KL 5, 237). Auch organisiert die Kommune Teilnehmungsprozesse zu bestimmten Leitthemen wie dem Prozess zur Baukultur, der in einem Austausch mit

dem Kasseler Architekturzentrum im Kulturbahnhof versucht, die Fachöffentlichkeit und die Bürgerschaft einzubinden (vgl. KL 5, 130, 199). Parallel zu den anderen Kommunen gibt es institutionalisierte Teilnehmungsgruppen wie den Naturschutzbeirat, den Beirat für Stadtgestaltung und den Kulturbeirat (vgl. KL 3, 195). Die Fraktion der Grünen im Stadtrat bietet zudem offene Fraktionssitzungen an und verbindet diese mit Ortsbegehungen, um den direkten Dialog mit Initiativen und Bürgerinnen und Bürgern zu suchen (vgl. KL 4, 434, 470).

Eine Besonderheit in der Institutionalisierung von Nachhaltigkeit ist die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Hannover und Nürnberg eingeführt haben. In der Landeshauptstadt Hannover ist diese aus den Umweltberichten hervorgegangen. Die Leipzig Charta von 2007 bot den Ausgangspunkt für die Kommune, eigene Leitziele und Strategien zu formulieren. Für die Bestimmung dieser Leitziele spielt der Kontext der Mehrebenen-Governance eine wesentliche Rolle. Hannover hat sich zunächst an den Millennium Development Goals und mit ihrer Verabschiedung im Jahr 2015 an den Sustainable Development Goals orientiert (vgl. HN 7, 69, 90). In Nürnberg wurde eine Nachhaltigkeitsberichterstattung von einzelnen Stadtratsmitgliedern sowie vom BUND gefordert (vgl. NG 2, 111; NG 3, 138). Basierend auf einem vom Stadtrat im Jahr 2005 beschlossenen Indikatorenkatalog hat die Stadt Nürnberg eine Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt. Mit dem 4. Nachhaltigkeitsbericht (Berichtszeitraum 2015 bis 2017) hat sie diese Indikatoren auf die SDGs umgestellt.

Die Städte Hannover, Nürnberg und Göttingen engagieren sich für Fair Trade und haben offiziell den Status von Fair Trade Towns. Hannover ist seit 2010 eine Fair Trade Town und versucht Nachhaltigkeit in die Prozesse der Kommunalverwaltung, zum Beispiel durch faire Beschaffung, zu integrieren (vgl. HN 3, 57; HN 7, 168). Nürnberg ist ebenfalls seit 2010 eine Fair Trade Town und bemüht sich, dies zum Initiativkreis Faire Metropolregion Nürnberg zu erweitern (s. Vernetzung). Für sein Engagement wurde Nürnberg in den Jahren 2013, 2015 und 2017 als Hauptstadt des Fairen Handels ausgezeichnet. Göttingen ist seit 2013 eine Fair Trade Region, die den Landkreis und die Stadt Göttingen umfasst (vgl. GT 4, 281-283). Die Kommunalverwaltung hat die Position einer Fair Trade Verantwortungsperson geschaffen, die sich ressortübergreifend um die Etablierung eines fairen Handels bemüht (vgl. GT 6, 274-277). Im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung hat der Finanzausschuss der Stadt Göttingen im Jahr 2017 beschlossen, sich der Divestment-Bewegung anzuschließen. Er hat eine Geldanlageleitlinie verabschiedet, die klimaschädliche Investitionen ausschließt (vgl. GT 4, 290).¹²

Die Städte unterscheiden sich besonders in der Förderung einer urbanen ökologischen Landwirtschaft. Während die Städte Hannover und Nürnberg ein Agrikulturprogramm bzw. die BioMetropole entwickelt haben, gibt es nur wenige Maßnahmen zur urbanen ökologischen Landwirtschaft in Göttingen und Kassel. In Hannover ist das Agrikulturprogramm aus dem Landwirtschaftsprogramm hervorgegangen, das es in der Landeshauptstadt seit

¹¹ <https://klimaschutz.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menu-id=90&topmenu=14>

¹² <https://gofossilfree.org/de/wir-gewinnen-die-divestment-bewegung-erreicht-goettingen/>

1997 gibt (vgl. HN 2, 14, 42; HN 6, 273). Mit dem Programm sollen der Wandel zu einer umweltgerechten Landwirtschaft, der Ökolandbau auf öffentlichen Grünflächen, die regionale Versorgung mit ökologischen Lebensmitteln und die Einbindung der Bürgerschaft in die urbane Landwirtschaft gestärkt werden (vgl. HN 2, 14, 51, 61, 89). Das Programm wurde im Jahr 2017 vom Stadtrat beschlossen und ist im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün (Wirtschafts- und Umweltdezernat) verankert. Die Entstehung des Agrikulturprogramms zeigt wiederum die Bedeutung des Engagements von Individuen, die versuchen, Wandel innerhalb von Institutionen anzustoßen. Besonders Hans Mönninghoff als ehemaliger Umwelt- und Wirtschaftsdezernat (Die Grünen) und ehemaliger Angestellter des Fachbereichs Umwelt und Stadtgrün hat sich um regionale, ökologische Versorgerstrukturen bemüht (vgl. HN 2, 123).

Das Agrikulturprogramm verweist jedoch auch auf die Herausforderungen bzw. Grenzen, denen die Kommune bei einem Wandel zu nachhaltigen Versorgerstrukturen begegnet. Einerseits könnte man bei der Verpachtung öffentlicher Flächen diese mit der Auflage versehen, dass die Flächen allein ökologisch bewirtschaftet werden sollen. Doch – so der Eindruck auf Seiten der TTI – habe man in der Verwaltung und Politik „Angst vor einem etwas größeren Wurf“ (HN 6, 277). Andererseits kann die Kommune nur Impulse für eine ökologische Ernährungswirtschaft setzen, während die Entwicklungsprozesse von der Stadtgesellschaft selbst getragen werden müssen (vgl. HN 2, 171, 187). Sie müssen von den Unternehmerinnen und Unternehmen und Konsumierenden aufgegriffen werden. Bisher fällt es der Kommune schwer, Bürgerinnen und Bürger über den Kreis der ökologisch motivierten Menschen hinaus zu erreichen (vgl. HN 2, 194, 395, 406). Aus dieser Erfahrung heraus konzentriert sie sich verstärkt auf ihren eigenen Handlungsbereich und versucht, die öffentliche Beschaffung nach ökologischen Kriterien auszurichten.

In Kooperation mit zahlreichen Partnern hat die Stadt Nürnberg seit einem Stadtratsbeschluss von 2003 die BioMetropole Nürnberg entwickelt (s. Vernetzung). Um einen Wandel zu ökologischen regionalen Versorgerstrukturen zu befördern, kooperiert in Kassel der Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (ehemaliges Zukunftsbüro) mit dem Zweckverband Naturpark Habichtswald. Dies soll die Verbindung zwischen Stadt und Land sowie die regionale Lebensmittelversorgung stärken (vgl. KL 3, 306). Zudem möchte man zukünftig die ökologische Ernährung in öffentlichen Kindertagesstätten um eine regionale Ernährung erweitern (vgl. KL 5, 315). Mit dem GaLaMa Projekt, das Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren soll, sollen soziale und ökologische Aspekte verbunden werden. Die Mitarbeitenden pflegen die öffentlichen Streuobstwiesen im Rahmen des Streuobstwiesenprogramms des Umwelt- und Gartenamtes (vgl. KL 6, 435). Gefördert wird das GaLaMa Projekt durch den Europäischen Sozialfonds (ESF).

Die Städte Hannover und Nürnberg hatten sich zudem als Kulturhauptstadt Europas 2025 beworben. Während sich Hannover vor allem auf den Kulturbereich konzentriert (vgl. HN 1, 307; HN 4, 687; HN 5, 25, 492), definiert die Stadt Nürnberg den Kulturhauptstadtprozess als einen umfassenden Stadtentwicklungsprozess. Eine Transition solle durch Kunst und Kultur befördert werden (vgl. NG 5, 26). Man möchte die Stadt im 21. Jahrhundert in ihrem Gesamtgefüge betrachten und dabei mit einer integrierten Perspektive die Fragen der stadträumlichen,

ökologischen, demographischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung adressieren (vgl. NG 4, 376; NG 5, 381). Das Bewerbungsbüro bildet daher ein wichtiges Verbindungselement sowohl innerhalb der Kommunalverwaltung als auch zwischen der Stadtverwaltung und der Stadtgesellschaft (vgl. NG 5, 381).

6.2 Aufbau von Partnerschaften zwischen den Transition-Town-Initiativen und den Kommunen im intermediären Raum der nachhaltigen Stadtentwicklung

6.2.1 Aufbau von Partnerschaften durch Vernetzung

Alle TTI bilden einen Dachverband, der eine Vielzahl von Einzelprojekten bzw. Themengruppen zusammenführt. Sie alle handeln als Vermittler und Bündnispartner innerhalb der Zivilgesellschaft ihrer Städte. So versuchen sie die öko-sozialen Initiativen der Städte miteinander zu vernetzen und neue Partnerschaften für die nachhaltige Stadtentwicklung aufzubauen, indem sie den Wissensaustausch und die Kooperationen unterstützen (vgl. HN 4, 69; HN 7, 280; NG 1, 89, 369; GT 4, 536-543; KL 1, 165). Dabei möchte Bluepingu nicht allein die Vernetzung der Initiativen innerhalb Nürnbergs, sondern auch auf regionaler Ebene innerhalb Frankens stärken (vgl. NG 1, 119, 124; NG 6, 199). Die TT Kassel hat das Projekt Kraft der Kooperation initiiert, um Partnerschaften zwischen den Initiativen Kassels zu befördern, die sich bereits für Nachhaltigkeit aus ökologischer, sozialer oder ökonomischer Perspektive engagieren (vgl. KL 1, 165, 418). Es hat die Initiativen zu verschiedenen Austauschforen wie dem Erdforum oder den Frame Talks eingeladen. Dies verdeutlicht den Ursprung der TT Kassel in der Kulturszene Kassels. Weiterhin hat sie die Broschüre „Kassel Stadt im Wandel: für ein nachhaltiges Leben in unserer Stadt“ erstellt, um die sozial-ökologischen Initiativen der Stadt Kassel abzubilden. Mit Docutopia hat sie versucht, diese auch online auf einer Karte sichtbar zu machen und dadurch Kooperationen zu erleichtern.¹³ Dies ist auch ein Prozess des Experimentierens mit verschiedenen Austauschformaten, um Partnerschaften zwischen diversen Akteuren zu etablieren. Dennoch begegnet die TT Kassel bei ihren Initiativen, übergreifende Kooperationen innerhalb der Stadtgesellschaft aufzubauen, verschiedenen Herausforderungen. Sie erhält teilweise wenig Resonanz auf ihre Einladungen, sodass sie erwägt zunächst kleinere Kooperationen anzustreben, statt ein breites Spektrum an Initiativen anzusprechen. Die Gründe dafür könnten u. a. darin liegen, dass Transition-Town oder Stadt im Wandel in Kassel bisher nicht als Begriff für eine übergreifende Bewegung etabliert ist und so verstanden wird (vgl. KL 1, 460; KL 2, 232, 450; KL 5, 277, 287, 526, 553; KL 6, 359). Vielmehr treten die sozial-ökologischen Initiativen weiterhin als Einzelinitiativen auf.

¹³ <http://www.docutopia.de/>

Über die Zivilgesellschaft hinaus bemühen sich alle TTI, Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft wie der Wirtschaft und der Wissenschaft aufzubauen. Eine besondere Herausforderung besteht dabei in der Kooperation mit Wirtschaftsakteuren, da durch einen Wandel zur Nachhaltigkeit deren sozio-ökonomischen Positionen infrage gestellt werden können. Hierbei variieren die ideologischen Positionen auch innerhalb der Wirtschaft. Während einige einer ökonomischen Optimierungslogik folgen und den Wert einer Zusammenarbeit mit einer TTI hinterfragen, folgen andere einer Gemeinwohllogik und zeigen Anerkennung und Wertschätzung für das Engagement der TTI (vgl. HN 1, 358, 416; GT 2, 401-410; KL 1, 468; KL 2, 355, 497). Schlüsselfiguren innerhalb der TTI spielen eine wesentliche Rolle für die Entwicklung dieser Kooperationen sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch mit weiteren Akteuren. Sie sind besonders begabt darin, als Netzwerker, Vermittler und Übersetzer zu handeln. Innerhalb der TT Hannover, Bluepingu und der TT Kassel gibt es diese Schlüsselfiguren, die der *spiritus movens* der Initiative sind.

Diese individuellen Schlüsselfiguren sind auch die Triebkräfte hinter dem politischen Engagement der TTI. So versuchen die TT Hannover, Bluepingu und die TT Kassel, politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und dadurch nachhaltige Stadtentwicklung zu befördern, während Göttingen im Wandel auf einen solchen politischen Handlungsansatz verzichtet. Die TT Hannover, Bluepingu und die TT Kassel gehen proaktiv auf die politischen Parteien und die Kommunalverwaltung zu und suchen nach politischen Gelegenheitsfenstern, um ihre Themen und Projekte einzubringen (vgl. NG 1, 369; NG 6, 75, 140, 250; KL 1, 497; KL 2, 74, 227; KL 6, 217, 373). Zudem engagieren sie sich in Gremien und Arbeitskreisen der Kommune (vgl. NG 1, 382, 417; NG 2, 356; NG 6, 134):

„Über diesen Sitz in diesen Arbeitskreisen und Steuerungsgruppen können wir dann auch politisch mitwirken und da Themen mitgestalten, mitbesprechen oder auch neue Themen einbringen.“ (NG 1, 382)

Auch versuchen sie eine Rolle als Vermittler und Übersetzer einzunehmen, indem sie transdisziplinäre Kommunikationsformate (z. B. Runde Tische, Erdforum) schaffen, die einen Dialog zwischen staatlichen Akteuren (Kommunalpolitik und -verwaltung) und nicht-staatlichen Akteuren (Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft) ermöglichen sollen (vgl. KL 1, 62; KL 2, 200; KL 5, 268).

Indem sie sich explizit auf den Ansatz des Transition-Managements bezieht, bemüht sich die TT Hannover, Arenen möglichst heterogen und divers zu besetzen (vgl. HN 1, 375; HN 6, 442). Beispielsweise organisiert sie selbst Runde Tische zu ihren Projekten wie dem Sufi.ZEN oder dem Ecovillage, um die betroffenen Akteure, aber auch Fachleute in deren Konzeption und Umsetzung einzubinden (s. Vernetzung zur Stadtplanung). Eine Besonderheit Bluepingus besteht in der Stärke seiner Vernetzung. Wie die Studie „Nachhaltige Metropolregion Nürnberg – Analyse zum Stand von Nachhaltigkeitsnetzwerken in der Metropolregion Nürnberg“ gezeigt hat, wird Bluepingu als häufigster Kooperationspartner in der Metropolregion Nürnberg bezeichnet (vgl. Ebinger/Link 2015; NG 1, 431). Diese Kooperationen werden durch den starken politischen Rückhalt für Nachhaltigkeit in der Stadt Nürnberg und das ökologische Unternehmertum befördert, das sich in Nürnberg

herausgebildet hat. Während Bluepingu ebenso wie die TT Hannover versucht, Partnerschaften mit der Kommune zu etablieren, sieht sich TT Kassel dabei mit größeren Herausforderungen konfrontiert. Da ein starkes politisches Votum für Nachhaltigkeit in Kassel fehlt und die Stadt durch ihre strukturelle Situation nur über begrenzte Ressourcen verfügt, verzögern sich Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse in der Kommunalverwaltung. Als Kassel sich als Kulturhauptstadt Europas 2010 bewerben wollte, habe die Bürgerbeteiligung mit einer breiten Einbindung der Kulturszene in Kassel eine hohe Qualität besessen. In den seither angebotenen Partizipationsformaten finden die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger nach Ansicht der TT Kassel keine hinreichende Berücksichtigung. So sei die Stadtverwaltung nicht darauf eingestellt, dass Bürgerinnen oder Bürger mit einer konkreten Idee an sie herantritt, auf deren Basis man dann zusammenarbeiten kann. Vielmehr werden lieber externe Planer mit Aufgaben betraut, die dann auch nach guten Lösungen suchen, aber eben ein fertiges Ergebnis präsentieren, welches dann umgesetzt wird. Daher versucht die TT Kassel in Eigeninitiative verschiedene transdisziplinäre Diskussionsformate anzubieten wie das Erdforum, die Frametalks oder World Cafés, um den Austausch zwischen der Kommune und der Stadtgesellschaft zu befördern (vgl. KL 1, 232-243).

Im Vergleich zu den anderen TTI konzentriert sich Göttingen im Wandel hauptsächlich auf eigene Projekte statt proaktiv auf die Kommunalpolitik und -verwaltung zuzugehen (vgl. GT 2, 397-401). Göttingen im Wandel macht dies vorrangig reaktiv, wenn es beispielsweise Genehmigungen der Kommunalverwaltung für die Umsetzung seiner Vorhaben benötigt. Dies muss im Kontext der Vielzahl sozial-ökologischer Initiativen in der Stadt Göttingen betrachtet werden. Diese bringen sich bereits in kommunalpolitische Prozesse ein, sodass Göttingen im Wandel ein eigenes politisches Engagement nur in begrenztem Rahmen für notwendig erachtet.

Da die Kommunen der nachhaltigen Stadtentwicklung eine unterschiedliche politische Priorität einräumen, haben sie diese in ihren Verwaltungen unterschiedlich institutionalisiert. Daher wirken verschiedene Organisationseinheiten als Vermittler und Übersetzer zwischen der Kommunalverwaltung und den TTI. In Hannover übernimmt diese Rolle das Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro, in Nürnberg das Agenda 21 Büro, in Göttingen das Klimaschutzbüro und in Kassel das Zukunftsbüro.

Laut der Studie „Stadt als Möglichkeitsraum: Experimentierfelder einer urbanen Nachhaltigkeit“ wird das Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro als der am stärksten vernetzte Akteur in Hannover bewertet (vgl. Kagan et al. 2019; HN 7, 460). Das Büro hat die TT Hannover in ihrer Gründungsphase unterstützt und mit ihr gemeinsame Veranstaltungen wie eine Peak-Oil-Konferenz im Jahr 2010 oder eine Suffizienz-Tagung im Jahr 2016 durchgeführt (vgl. HN 7, 260, 294, 498). Die Zusammenarbeit wird als ein „kooperatives Miteinander“ (HN 4, 374) beschrieben. Weiterhin bietet das Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro verschiedene Austauschformate wie das Agendaplenum oder ein Freiwilligen-Netzwerk an, die Raum für offene Diskussion und Kritik und dadurch der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, Impulse zu setzen (vgl. HN 4, 498, 687; HN 6, 308; HN 7, 287, 695, 708).

In Nürnberg fungiert das Agenda 21 Büro als Verbindungselement zwischen der Kommunalverwaltung und den zivilgesell-

schaftlichen Initiativen. Es veranstaltet regelmäßige Austauschforen zur nachhaltigen Stadtentwicklung für den Stadtrat, Verwaltungsmitarbeitende und die ehrenamtlich Engagierten (vgl. NG 2, 32). Bluepingu erhält eine finanzielle Unterstützung aus dem Agenda 21 Topf, einem Fördertopf des Agenda 21 Büros für Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen (vgl. NG 1, 179; NG 2, 161; NG 6, 442). Beide organisieren gemeinsam das Agenda 21 Kino, zu dem sie sich im gleichnamigen Arbeitskreis abstimmen (vgl. NG 1, 76, 89, 417; NG 2, 325).

Die Stadt Göttingen besitzt keine eigene Lokale Agenda 21. Vielmehr übernimmt die Stabsstelle Klimaschutz und Energie (Klimaschutzbüro) diese Rolle. Sie ist der Ansprechpartner für die zivilgesellschaftlichen Initiativen und agiert als Vermittler zu den Fachressorts der Kommunalverwaltung (vgl. GT 4, 327-334, 378; GT 5, 341). Göttingen im Wandel beteiligt sich am Klimaschutz-Beirat der Stadt Göttingen, der Vertreterinnen und Vertreter aus Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbindet (vgl. GT 1, 429-436; GT, 4 528-535; GT 5, 598-604; GT 6, 518).¹⁴ Parallel dazu hat sich Göttingen im Wandel am Wettbewerb Klima-Werkstatt beteiligt, der vom Klimaschutzbüro in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt wurde. Er bot ein Forum zum Ideenaustausch und hat die Initiativen durch Beratungsangebote bei der Umsetzung eigener Klimaschutzprojekte unterstützt (vgl. GT 1, 444-447; GT 6, 411-418). Der Wettbewerb bildete die Phase der intensivsten Zusammenarbeit zwischen Göttingen im Wandel und der Kommunalverwaltung (vgl. GT 6, 416). Mit den Klimaschutz-Tagen organisiert das Klimaschutzbüro ein Vernetzungstreffen für die sozial-ökologischen Initiativen, an dem auch Göttingen im Wandel teilnimmt (vgl. GT 1, 467; GT 4, 364-369; GT 6, 418-421; GT 6, 421, 475-483).

In Kassel ist die Lokale Agenda 21 keine relevante Größe. Vielmehr hat das ehemalige Zukunftsbüro (2008 bis 2018) als Vermittler zwischen den zivilgesellschaftlichen Initiativen gewirkt. So hat es der TT Kassel den Zugang zur Kommunalverwaltung ermöglicht und mit ihr gemeinsame Veranstaltungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung ausgerichtet (vgl. KL 2, 57).

Die Partnerschaften zwischen den TTI und den Kommunen zu einzelnen Themenbereichen gestalten sich zwischen den Städten sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede ergeben sich aus den Themen, denen sich die TTI widmen, und den Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung, in denen sich die Kommunen besonders stark engagieren. Im Folgenden werden diese Unterschiede in den Themenfeldern urbane ökologische Landwirtschaft, Fair Trade, Stadtplanung, Kulturhauptstadt Europas 2025 und Schutz der Biodiversität erläutert.

In allen Städten ist die Kooperation zwischen den TTI und den Kommunen im Bereich der urbanen ökologischen Landwirtschaft am stärksten ausgeprägt, weil die TTI sich gerade zur urbanen Agrikultur besonders stark engagieren. Alle TTI suchen nach Kooperationsmöglichkeiten mit der Kommunalverwaltung, um auf öffentlichen Grünflächen essbare Gehölze anpflanzen zu können oder Flächen für die Gestaltung von Gemeinschaftsgärten zu finden. In Hannover und Nürnberg bestehen produktive Partnerschaften zwischen den Kommunen und den TTI, denn die Entwicklung einer urbanen ökologischen Landwirtschaft ist auch ein politisches Ziel und die Kommunen haben eigene Initiativen bzw. Programme zur urbanen Agrikultur entworfen. In Nürnberg ent-

wickelt die Zusammenarbeit im Rahmen der BioMetropole eine besondere Dynamik, weil auch die lokalen Unternehmerinnen und Unternehmer den Wandel zu einer ökologischen Anbau- und Lebensmittelwirtschaft befürworten. Dagegen sind die Kooperationen zwischen den Kommunen und den TTI zur urbanen Agrikultur in Göttingen und Kassel wesentlich begrenzter.

In Hannover ist der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün ein wichtiger Ansprechpartner für die TT Hannover, der sie bei der Suche nach öffentlichen Flächen für die Gründung von Gemeinschaftsgärten unterstützt und mit ihr bei kulturellen Veranstaltungen und Ausstellungen zu den Themen ökologische Ernährung und Natur in der Stadt kooperiert (vgl. HN 2, 146, 249, 260, 271, 296, 313; HN 4, 375; HN 6, 246, 252, 373; HN 7, 307). Gemeinsam mit dem Eduard Pestel Institut für Systemforschung e. V. hat die TT Hannover die Initiative zur Gründung eines Ernährungsrats in Hannover ergriffen. Es begleitet dessen Etablierung in einem zweijährigen Prozess von 2019 bis 2020.¹⁵ Dazu hat die TT Hannover Diskussionsrunden mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Ehrenamtlichen in den Stadtteilen Hannovers initiiert, aus denen bisher verschiedene Arbeitskreise wie Essbares Hannover, Regionalvermarktung und Gesundheit hervorgegangen sind. Finanziell unterstützt wird es für diese Prozessbegleitung durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).

Die Kooperation zwischen Bluepingu und der Kommune zur urbanen Agrikultur hat sich vor allem im Kontext der BioMetropole Nürnberg entwickelt. Diese hat ihre Ursprünge bereits in den frühen 2000ern. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hat den Ausbau des Ökolandbaus als ein politisches Ziel formuliert (vgl. NG 3, 14). Dies wurde bestärkt durch ein ökologisches Unternehmertum, das sich in der Region Nürnberg herausgebildet hat. Die Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel, die BIOFACH, wurde seit 1999 in Nürnberg ausgerichtet. Die Unternehmer, die die BIOFACH ins Leben gerufen und veranstaltet haben, haben das Thema das Ökolandbaus in den Stadtrat eingebracht (vgl. NG 3, 17; NG 6, 116). Auch historisch betrachtet hatte Nürnberg mit dem Knoblauchsland bereits seit dem Mittelalter eine Fläche innerhalb der Stadtregion, auf der urbane Landwirtschaft betrieben wurde (vgl. NG 1, 44; NG 6, 369). Dieses strukturelle Erbe hat die Entwicklung der BioMetropole begünstigt. Durch hohe Nitratbelastungen im Grundwasser – eine Folge der intensiven Landwirtschaft – hatte das Knoblauchsland mit erheblichen Umweltproblemen zu kämpfen (vgl. NG 3, 150; NG 4, 363). Der Wandel zu einer ökologischen Landwirtschaft bot eine Lösung für diese Umweltprobleme. Infolge einer schwarz-grünen Initiative beschloss der Stadtrat im Jahr 2003 daher einstimmig, die biologische Landwirtschaft in der Region Nürnberg zu fördern (vgl. NG 3, 6; NG 6, 312, 464). Wie eine Marktstudie der Industrie- und Handelskammer Nürnbergs (IHK) zeigt, hat das ökologische Unternehmertum eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung für Nürnberg (vgl. NG 3, 168, 372, 384, 407; NG 6, 412, 477). Diese ökologischen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Initiierenden und Veranstaltenden der BIOFACH¹⁶,

¹⁴ <https://klimaschutz.goettingen.de/staticsite/staticsite.php?menu-id=153&topmenu=36>

¹⁵ <https://www.ernaehrungsrat-hannover.de/>

¹⁶ Im Jahr 2001 wurde die BIOFACH von der NürnbergMesse übernommen.

besitzen ein Interesse, Bio als ein Markenzeichen von Nürnberg zu etablieren und die BioMetropole zu erweitern (vgl. NG 3, 17, 372, 387, 407; NG 6, 146). Innerhalb der Kommunalverwaltung leitet das Referat für Umwelt und Gesundheit die Initiativen zur BioMetropole und die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren wird über den Arbeitskreis BioMetropole koordiniert (vgl. NG 1, 417; NG 3, 269; NG 6, 120, 146, 281). Diese institutionelle Verankerung der BioMetropole in einem partizipativen Arbeitskreis schafft für Bluepingu wichtige Zugangspunkte.

Als Begleitveranstaltung zur BIOFACH wurde durch den Initiator der BIOFACH und Bluepingu die BIOFACH trifft Nürnberg ins Leben gerufen. Sie hat die Intention, die BIOFACH, die als Fachmesse allein einem Fachpublikum zugänglich ist, in die Stadtgesellschaft Nürnbergs hineinzutragen. Sie soll keine isolierte Parallelveranstaltung bleiben, die in Nürnberg stattfindet, aber die Stadtgesellschaft nicht berührt. Sondern sie soll den Menschen die Zusammenhänge zwischen der Landwirtschaft, dem Schutz der Böden und der eigenen Ernährungsweise aufzeigen (vgl. NG 1, 95, 102; NG 3, 252, 283; NG 6, 120). Die BIOFACH trifft Nürnberg¹⁷ wird gemeinsam von Bluepingu, der Nürnberg-Messe und der BioMetropole organisiert. Parallel dazu beteiligt sich Bluepingu mit dem Thema Fair Trade Town an dem Festival Bio-erleben, das vom Initiator der Biofach und dem Umweltreferat ins Leben gerufen wurde (vgl. NG 3, 270; NG 6, 75).

Im Jahr 2018 hat Bluepingu den Ernährungsrat Nürnberg und Umgebung gegründet, über den die TTI ebenfalls mit der BioMetropole kooperiert (vgl. NG 2, 91; NG 3, 216; NG 6, 146). Um eine Diskussion um eine Essbare Stadt in Nürnberg zu initiieren, hat Bluepingu eine Exkursion nach Andernach organisiert, zu der Verwaltungsangestellte und weitere zivilgesellschaftliche Initiativen eingeladen waren (vgl. NG 1, 396; NG 2, 269, 275; NG 3, 232; NG 4, 229). Im Unterschied zu den anderen TTI stößt Bluepingu bei seinem Bemühen, die Essbare Stadt auf öffentlichen Grünflächen zu verwirklichen, auf Zurückhaltung von Seiten des Servicebetriebs Öffentlicher Raum (SÖR). Aus der Perspektive von SÖR sind essbare Gehölze auf öffentlichen Grünflächen mit einem höheren Pflegeaufwand verbunden. Aufgrund des öffentlichen Hoheitsgebiets ist die Kooperation mit SÖR jedoch eine Bedingung, um die Idee der Essbaren Stadt auf öffentlichen Grünflächen umsetzen (vgl. NG 1, 414; NG 2, 275). Die konkrete Anschauung der Essbaren Stadt in Andernach kann deshalb als eine Form der Übersetzung und des Lernens von anderen Beispielen beschrieben werden. Bluepingu hat ein Konzept zur Essbaren Stadt erarbeitet, in dem es dem Ansatz des Experimentierens folgt. Es schlägt verschiedene Standorte für Pilotprojekte zur Essbaren Stadt in Nürnberg vor (vgl. NG 1, 127; NG 3, 232, 244). Dieses Experimentieren in einzelnen Pilotprojekten kann als eine Form der Konfliktvermittlung und Konsensbildung interpretiert werden, indem man abstrakte Idee durch konkretes Handeln anschaulich und erlebbar macht. Die Idee der Essbaren Stadt hat Bluepingu zugleich in den Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt Europas 2025 eingebracht und beim Open Call des Kulturhauptstadtbüros gewonnen.¹⁸ Auch kommt die Institutionalisierung eines Intermediärs für nachhaltige Stadtentwicklung in der Kommunalverwaltung zum Tragen. Bei seinem Bemühen um die Essbare Stadt und der Suche nach potenziellen Flächen für Gemeinschaftsgärten wird Bluepingu vom Agenda 21 Büro unterstützt, das die Rolle eines Vermittlers zwischen Bluepingu, dem Stadtplanungsamt und dem SÖR übernimmt (vgl. NG 1, 84, 369; NG 2, 354).

Da der Fokus von Göttingen im Wandel stärker auf der Entwicklung der eigenen Projekte statt auf einem politischen Handlungsansatz liegt, beschränkt sich die Zusammenarbeit der TTI mit der Kommunalverwaltung zu einer urbanen Agrikultur auf die Suche nach möglichen Flächen für Gemeinschaftsgärten. Es wird dabei vom Fachdienst Grünflächen unterstützt, an den es sich gemeinsam mit dem Göttinger Nährboden, dem Gartennetzwerk Göttingens, wendet (vgl. GT 1, 460-467; GT 3, 224-226).

In Kassel hat sich die stärkste Kooperation zwischen der TT Kassel und der Kommunalverwaltung zwischen dem Essbare Stadt e. V., eine der Initiativen unter dem Dach der TT Kassel, und dem Umwelt- und Gartenamt herausgebildet. Der Kontext der Kulturstadt Kassel zeigt sich in der Verbindung der TT Kassel mit deren Kulturszene. Dem Leitbild der Essbaren Stadt folgend hat die Initiativgruppe, aus der im Jahr 2009 der Essbare Stadt e. V. hervorgegangen ist, versucht, essbare Gehölze auf öffentlichen Grünflächen zu pflanzen. So hat sie bereits Mitte der 2000er den Kontakt zum Umwelt- und Gartenamt mit dem Angebot gesucht, die Pflege der öffentlichen Streuobstwiesen zu übernehmen, die seinerzeit brach lagen (vgl. KL 5, 215). Nach dem Eklat um das documenta12-Beirat-Projekt „Mach-was-TRäume für Kassel“ im Jahr 2007 und dem damit einhergehenden Vertrauensverlust musste über die Gründung des Essbare Stadt e. V. zunächst eine neue Kommunikationsbasis zum Umwelt- und Gartenamt aufgebaut werden. So ist nach intensiver Abstimmung der Essbare Park Waldau auf einer öffentlichen Grünfläche entstanden (vgl. KL 2, 27, 73, 80).¹⁹ Dieser wird finanziell vom Ortsbeirat Waldau und der Stiftung Mitarbeit gefördert. Zum Stadtjubiläum Kassels im Jahr 2013 (1100 Jahre Kassel) hat der Essbare Stadt e. V. die Idee eingebracht, in Anlehnung an Joseph Beuys Landschaftskunstwerk 7000 Eichen und 1100 essbare Gehölze auf öffentlichen Grünflächen zu pflanzen (vgl. KL 2, 125; KL 5, 315). Er hat dafür die Arbeitsgruppe Stadtfuchtgenuss gegründet. Während die Pflanzungen Mitte der 2000er noch auf Guerilla Gardening Aktionen beruhten, haben der Essbare Stadt e. V. und das Umwelt- und Gartenamt dafür mittlerweile einen transparenten Abstimmungsmodus entwickelt (vgl. KL 1, 333; KL 2, 125; KL 5, 309; KL 6, 230, 235). Diese essbaren Gehölze werden vom Umwelt- und Gartenamt in das Baumkataster der Stadt integriert (vgl. KL 2, 125; KL 5, 315). Darüber hinaus hat das Umwelt- und Gartenamt eine wichtige Beratungsfunktion für den Essbare Stadt e. V. bei der Beantragung öffentlicher Fördergelder. Beispielsweise hat es ihn beim Antrag für das Projekt „Klimaschutz im Kasseler Osten – mobile Bildung und Praxis für eine Essbare Stadt“ (KlimaKOSTmobil) unterstützt, das durch das Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“ der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU gefördert wird. An der Kasseler Gartenkultur, einem Festival, das vom Umwelt- und Gartenamt veranstaltet wird, wirkt der Essbare Stadt e. V. gemeinsam mit dem NeighbourHUTTen Garten am Huttenplatz mit.

¹⁷ https://www.biofach.de/de/news/presseinformationen/2020-aufmacher-biometropole-0gjybjb6rd_pireport

¹⁸ <https://www.bluepingu.de/blog/562-open-call-gewinner-essbare-stadt-nuernberg>; <https://opencall.n2025.de/items/34473?ap-pled=22850>

¹⁹ <https://essbare-stadt.de/wp/projekte/essbarer-park-waldau-waitzstr/>

Weiterhin bieten Partizipationsstrukturen auf der dezentralen Ebene einen wichtigen Anknüpfungspunkt für den Essbare Stadt e. V. So hat er enge Kooperationsbeziehungen zu den Ortsbeiratsmitgliedern der Stadt aufgebaut. Diese unterstützen ihn mit öffentlichen Fördergeldern für Pflanzaktionen, aber auch für gemeinschaftliche Aktionen in den Stadtteilen. Der Essbare Stadt e. V. ist mittlerweile so etabliert, dass die Mitglieder des Ortsbeirats proaktiv auf ihn zugehen und ihm ihre Unterstützung anbieten (vgl. KL 1, 251, 274, 323). Weiterhin hat der Essbare Stadt e. V. eine Kooperation mit der Gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG) entwickelt. Zum einen pflanzt er auf den Grünflächen der GWG essbare Gehölze. Zum anderen hat ihm die GWG eine private Fläche zur Gründung des Forstfeldgartens zur Verfügung gestellt (vgl. KL 1, 300, 313; KL 2, 68). Dieser wird auch durch das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt finanziell unterstützt. Über das Familiennetzwerk Forstfeld erhält der Essbare Stadt e. V. vom Jugendamt der Stadt Kassel zudem finanzielle Förderungen für die Durchführung von Workshops und Pflanzaktionen in Kindertagesstätten und Schulen (vgl. KL 2, 83).

Ähnlich wie die TT Hannover und Bluepingu bemüht sich der Essbare Stadt e. V. gemeinsam mit NAHhaft e. V. (Abteilung Kassel), die Gründung eines Ernährungsrats für Kassel zu initiieren. Daher hat der Essbare Stadt e. V. im Jahr 2015 die Veranstaltung „Wirsing, Walnuss, Weckewerk: Wie is(s)t die Stadt der Zukunft?“ im Bürgersaal im Rathaus Kassel organisiert, die sich auf die regionale Vermarktung und Verteilung von Lebensmitteln konzentrierte (vgl. KL 2, 313; KL 3, 411). Diese hat er gemeinsam mit dem Zukunftsbüro, dem Umwelt- und Gartenamt, dem Lehrstuhl Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung der Universität Kassel, der Initiative Slow Food Youth Kassel und dem Global Ecovillage Network Europe durchgeführt. Doch stagnieren die bisherigen Versuche zur Gründung eines Ernährungsrats und zeigen die Handlungsgrenzen des ehrenamtlichen Engagements auf. Aufgrund von Kapazitätsgrenzen kann der Essbare Stadt e. V. die Organisation eines Ernährungsrats nicht allein stemmen, sondern sucht die Partnerschaft mit der Kommune (vgl. KL 2, 192). Die Universität Kassel hat ebenfalls die Initiative ergriffen und beim Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Antrag zur Förderung eines Ernährungsrates gestellt, an dem der Essbare Stadt e. V. als Kooperationspartner mitgewirkt hat. Mit dem Scheitern des Antrags ist aber auch die Diskussion um einen Ernährungsrat zum Stillstand gekommen (vgl. KL 2, 255, 331; KL 5, 360; KL 6, 312). In einem weiteren Versuch hat sich der Essbare Stadt e. V. bemüht, mit der Kommunalverwaltung einen Runden Tisch zur Essbaren Stadt ins Leben zu rufen. (vgl. KL 2, 88, 255).

Im Gegensatz zu den anderen TTI kooperiert Bluepingu mit der Stadt Nürnberg zur Fair Trade Town. Dies geht auf das individuelle Engagement der Schlüsselfigur Bluepingus zurück. Bluepingu hat die Bewerbung Nürnbergs zur Fair Trade Town initiiert, indem es die Kommune im Jahr 2009 angesprochen und argumentiert hat, dass sich Nürnberg als eine Stadt der Menschenrechte auch als Fair Trade Town engagieren sollte (vgl. NG 1, 369). Es hat viel eigenes Engagement in den Bewerbungsprozess zur Fair Trade Town eingebracht und in Kooperation mit der Lokalen Agenda 21 eine Steuerungsgruppe zur Fair Trade Town gegründet (vgl. NG 2; NG 3, 270). Die Steuerungsgruppe bildet ein Diskussions- und Kooperationsforum für die Ehrenamtlichen, Stadtratsmitglie-

der und Verwaltungsbeamteten (vgl. NG 2, 69). Zugleich hat Bluepingu Partnerschaften mit den Eine Welt Läden Nürnbergs entwickelt (vgl. NG 1, 448). Gegenwärtig soll die Fair Trade Town zum Initiativkreis Faire Metropolregion Nürnberg ausgeweitet werden (vgl. NG 1, 172; NG 2, 69). Sie soll die erste Faire Metropolregion Europas werden. Doch trotz dieser produktiven Zusammenarbeit wird sie auch begleitet von Frustration, weil sich der Wandel zu einem fairen Handel nur langsam vollzieht (vgl. NG 2, 80).

In den Städten Hannover und Nürnberg suchen die TT Hannover und Bluepingu den Austausch mit der Kommune zu Fragen der Stadtplanung und des Bauens, während Göttingen im Wandel und die TT Kassel diese nicht thematisieren. Gefördert vom BMU über die Nationale Klimaschutzinitiative und das Förderprogramm „Klimaschutz im Alltag“ gestaltet die TT Hannover das Projekt LiNa „Transition 2.0 in der Limmer Nachbarschaft“ (2018 bis 2022). Mit dem Projekt möchte die TT Hannover aufzeigen, wie ein Wandel der materiellen und mentalen Infrastrukturen in einem Quartier verwirklicht werden kann, um den Klimaschutz zu verbessern (vgl. HN 1, 191). Entsprechend sollen die materiellen Infrastrukturen durch die energetische Sanierung von Gebäuden, die Schaffung lokaler Versorgungsstrukturen und Wirtschaftskreisläufe sowie Tausch- und Leihnetzwerke verändert werden. Komplementär dazu soll mit den mentalen Infrastrukturen der Habitus der Menschen hin zu mehr Suffizienz und Genügsamkeit verändert werden. Die TT Hannover kooperiert dabei mit dem Wissenschaftsladen Hannover und der Klimaschutzleitstelle der Landeshauptstadt Hannover. Die TT Hannover koordiniert das Projekt LiNa und führt es gemeinsam mit dem Wissenschaftsladen Hannover durch. Beide sind im Stadtteil verankert. So ist die Gründungsgruppe der TT Hannover in Limmer entstanden und der Wissenschaftsladen Hannover hat seinen Sitz im Stadtteil Linden-Limmer. Die Klimaschutzleitstelle der Landeshauptstadt Hannover, die seit 1994 besteht, übernimmt die Rolle eines ideellen Verbundpartners. Sie ist Ansprechpartner und Vermittler zwischen dem Projektteam und der Kommunalverwaltung und den städtischen Infrastrukturen. Sie soll zwischen dem Projektteam und dem Bau- und Sozialdezernat sowie den Stadtwerken energy vermitteln. Für die Klimaschutzleitstelle ist das Projekt LiNa eine Anknüpfung an und ein Schritt zur Implementierung des Masterplans 100 % für den Klimaschutz im Quartier Limmer²⁰.

Weiterhin verfolgt die TT Hannover die Idee eines Ecovillage als einer Siedlung der Genügsamkeit. Sie bedarf dafür aber einer formalen Genehmigung durch die Kommunalverwaltung. Da eine ökologische Siedlung von Tiny Houses eine bisher unbekannte, experimentelle Form des Wohnens ist, sind Kommunalpolitik und -verwaltung dieser zunächst mit großer Skepsis begegnet (vgl. HN 1, 234, 241, 246, 301, 312; HN 4, 307, 682, 693). Eine solche Idee erschien ihnen undenkbar. Allein wenn sie als eine Form des experimentellen Wohnungsbaus anerkannt wird, kann eine solche Siedlung von Tiny Houses nach der Bauordnung genehmigt werden. Das individuelle Engagement des Initiators der TT Hannover und des Politikers Hans Mönninghoff (Die Grünen) haben dazu beigetragen, für die Idee des Ecovillage Akzeptanz

²⁰ Die Formulierung des Masterplans 100 % für den Klimaschutz wurde ebenfalls durch die Nationale Klimaschutzinitiative des BMU gefördert.

zu schaffen. Sie haben ein Konzept des Ecovillage entworfen und bei öffentlichen Veranstaltungen der Bürgerschaft sowie den Vertretungen aus Kommunalpolitik und -verwaltung vorgestellt. Dabei sind sie gerade bei interessierten Menschen aus der Bürgerschaft auf große Resonanz gestoßen. Dadurch konnten sie das Konzept führenden Politikerinnen und Politikern der Landeshauptstadt Hannover präsentieren und sich mit der Kommune auf einen Standort für das Ecovillage im Quartier Kronsberg einigen.²¹

Die starke Tradition der Bürgerbeteiligung in Nürnberg geht mit vielfältigen Partizipationsstrukturen einher, die Bluepingu den Zugang zu und die Kooperation mit der Kommune erleichtern. So bringt sich Bluepingu in Bürgerbeteiligungsprozesse ein, die vom Stadtplanungsamt bei der Gestaltung von öffentlichen Grünflächen oder Bauvorhaben durchgeführt werden, um an Fragen der Stadtplanung mitzuwirken (vgl. NG 4, 240). Das Stadtplanungsamt hat Partizipationsforen zudem auf der dezentralen Ebene institutionalisiert. Der Stadtteilarbeitskreis und das Quartiersbüro des Stadtplanungsamts in der Weststadt, in der Bluepingu den Stadtgarten (ein Gemeinschaftsgartenprojekt) hat, sind Ansprechpartner für Bluepingu (vgl. NG 4, 244, 252). Die Teams in den Quartiersbüros sind interdisziplinär zusammengesetzt mit Vertretungen aus verschiedenen Referaten wie dem Referat für Umwelt und Gesundheit oder dem Referat für Jugend, Familie und Soziales. Innerhalb des Stadtplanungsamts gibt es in der Unterabteilung Stadterneuerung einen Ansprechpartner für die Weststadt, der ein Verbindungselement zwischen dem Stadtteilarbeitskreis und dem Quartiersbüro sowie dem Stadtplanungsamt bildet und regelmäßig im Austausch mit Bluepingu steht (vgl. NG 4, 274).

Im Unterschied zu den Städten Göttingen und Kassel bewerben sich die Städte Hannover und Nürnberg für die Kulturhauptstadt Europas 2025. Hierbei hat Bluepingu sehr früh die Initiative ergriffen und versucht, gemeinsam mit dem Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2025 die Möglichkeiten einer Kooperation zu erörtern. Das transformative Verständnis der Kommune von der Kulturhauptstadt Europas, mit der eine Transition durch Kunst und Kultur erreicht werden soll, bietet Bluepingu vielfältige Anknüpfungspunkte. Auch beim Bewerbungsbüro besteht dabei eine Sensibilität dafür, dass die Expertise und Mitwirkung von Bluepingu finanziell entlohnt werden sollte, um die Kooperation zwischen der Kommune und Bluepingu auf eine ausgewogene Art und Weise zu gestalten:

„[...] die Expertise, die die Kolleginnen und Kollegen von Bluepingu einbringen, auch in der Auseinandersetzung, im Gespräch mit dem Bewerbungsbüro, diese Expertise kann perspektivisch bedacht nicht umsonst sein und sie darf es auch nicht sein.“ (NG 5, 266)

Bisher hat sich Bluepingu am Boulevard Babel, mit der Idee der Essbaren Stadt am Open Call der Kulturhauptstadt (s. BioMetropole Nürnberg) und dem Kulturhauptstädtla, einem Festival für Nachhaltigkeitskultur auf dem Platz vor der Nürnberger Oper im Sommer 2019, beteiligt.²² Beim Boulevard Babel hat das Bewerbungsbüro für einen Tag eine Hauptverkehrsader im Süden der Stadt Nürnberg gesperrt, um exemplarisch zu zeigen, wie der Stadtraum von der Bürgerschaft in Besitz genommen und durch Kunst und Kultur gestaltet werden kann. Es wollte dadurch

mit der Frage experimentieren, was eine Kulturhauptstadt sein kann und die vielfältigen sozialen, kulturellen und ökologischen Dimensionen der Kulturhauptstadt unterstreichen (vgl. NG 2, 484; NG 4, 436; NG 5, 222). Im Vergleich zum transformativen Verständnis der Stadt Nürnberg besitzt die Landeshauptstadt Hannover ein engeres Verständnis der Kulturhauptstadt im Sinne des klassischen Kulturbereichs. Daher hat die TT Hannover bisher keine Kooperationen mit dem Büro Kulturhauptstadt 2025 aufgebaut, sondern versucht, einen Dialog um eine Erweiterung des Kulturbegriffs zu führen.

Bluepingu arbeitet außerdem mit der Kommune zum Schutz der Artenvielfalt zusammen und ist Mitglied im Bündnis für Biodiversität. Das Bündnis bildet einen Zusammenschluss verschiedener städtischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen und wird vom Agenda 21 Büro geleitet (vgl. NG 2, 288). Gemeinsam möchten sie eine Biodiversitätsstrategie für Nürnberg erarbeiten.

6.2.2 Aufbau von Partnerschaften durch Übersetzung und Konfliktvermittlung

Die verschiedenen Denkweisen, Handlungspraktiken und Organisationsstrukturen von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kommunalverwaltungen stellen alle TTI vor die Herausforderung der Übersetzung zwischen diesen unterschiedlichen Logiken von Offenheit und Flexibilität versus Formalität und Konformität (vgl. GT 2, 524-528; GT 4, 769-777; GT 5, 749-753; GT 6, 759-563; KL 6, 383; KL 2, 122; KL 4, 261, 315, 362). Politisches Handeln erhebt den Anspruch auf demokratische Repräsentativität, während zivilgesellschaftliche Initiativen Partikularinteressen vertreten, was auch auf deren Seite anerkannt wird (vgl. KL 3, 336). Öffentliche Verwaltungen haben daher den Auftrag, einen Ausgleich zwischen diesen unterschiedlichen Wertvorstellungen und Interessen herzustellen:

„They are the locus where societal conflicts are deliberated and where the balance between particular interests and the common good is negotiated.“ (Ehnert 2019: 5)

Zugleich spiegeln die Organisationsstrukturen von öffentlichen Verwaltungen das Spannungsverhältnis zwischen Expertise und Effektivität wider (vgl. Dimitrov et al. 2006: 22). Einerseits müssen sie fachlich fundierte Entscheidungen gewährleisten und sind daher in Fachressorts spezialisiert. Andererseits müssen politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse so gestaltet sein, dass sie eine effektive Zusammenarbeit der Fachressorts ermöglichen. Die Spezialisierung der Kommunalverwaltungen geht mit einem Ressortdenken im Sinne von Hierarchien und Zuständigkeiten einher. Dies führt zu separierten Prozessen innerhalb der

²¹ <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Hannover-Ecovillage-mit-Tiny-Houses-in-Oekosiedlung-bzw-Oekodorf-in-Burg-von-Transition-Town-geplant>; <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Europas-groesste-Tiny-House-Siedlung-soll-an-den-Kronsberg-in-Hannover-groesste-Tiny-House-Siedlung-soll-an-den-Kronsberg-in-Hannover>; <https://www.newslichter.de/2019/01/tiny-house-siedlung-in-hannover/>

²² <https://www.transition-initiativen.org/newsletter/sommerfuelle-bitte-nicht-sparen>

Kommunalverwaltung, die diese zu einem Labyrinth für die TTI machen und den Zugang erschweren (vgl. GT 1, 411-415; HN 2, 30, 111, 206, 357, 446, 467, 479, 621, 630, 712; HN 6, 321; HN 7, 506; NG 4, 142; GT 4, 51-58, 361; KL 4, 304, 588). Ein besonderes Konstrukt ist hierbei die Verbindung der Landeshauptstadt Hannover mit der Region Hannover. Es ist schwer, von außen die Verwaltungsstrukturen und Verantwortlichkeiten von Kommune und Region erkennen und nachvollziehen zu können (vgl. HN 6, 313, 321, 333).

Die Projektideen der TTI passen häufig nicht in die etablierte Spezialisierung der Kommunalverwaltungen, sondern adressieren Querschnittsthemen, die auf die Fachressorts der Verwaltung heruntergebrochen und übertragen werden müssen (vgl. HN 2, 479; KL 1, 204, 221). TTI besitzen große Kreativität bei der Entwicklung von Ideen, müssen diese abstrakten Ideen aber auch in konkrete Konzepte und Projekte übersetzen, damit Kommunalverwaltungen diese aufgreifen und auf Machbarkeit überprüfen können (vgl. HN 7, 343, 413, 539, 550; GT 3, 156-169). Dieses Problem der Übersetzung zeigt sich besonders beim Zugang zu öffentlichen Förderstrukturen. Förderprogramme sind in ihren Strukturen und Anforderungen so spezialisiert und kompliziert, dass sie eine hohe Professionalisierung der TTI voraussetzen oder für diese nicht mehr zugänglich sind (vgl. KL 4, 229, 393).

Während Kommunalverwaltungen an die bestehende Rechtsordnung und Verwaltungsstrukturen gebunden sind (vgl. HN 7, 386, 418, 429, 506, 512, 563; KL 1, 395; KL 6, 394), möchten TTI diese hinterfragen und verändern.

Zusammenfassend und unter Berücksichtigung von Aussagen aus der Zivilgesellschaft und der Stadtverwaltung lässt sich feststellen, dass dies beschränkend für experimentelles Handeln und Ausprobieren neuer Ideen wirken kann (vgl. HN 1, 264; HN 4, 406, 540; HN 6, 226, 234; HN 7, 352; HN 8, 54, 131; NG 2, 66; NG 5, 176; NG 6, 301; GT 1, 355-358, 361-368, 431-343; GT 3, 76-79; GT 4, 723-726; KL 1, 645; KL 2, 74, 262). Die formalen Strukturen können mit zeitintensiven Prüfverfahren und Abstimmungsprozessen in der Kommunalverwaltung einhergehen, die Prozesse stagnieren lassen (vgl. HN 1, 268; HN 2, 488; HN 3, 99; GT 4, 753-759; KL 1, 265, 395; KL 4, 373, 482).

In Anbetracht dieser unterschiedlichen Handlungslogiken bemühen sich die TTI in besonderer Weise, als Vermittler und Übersetzer aufzutreten. Sie nehmen bewusst eine konstruktive und lösungsorientierte Haltung ein und wollen einen gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten (vgl. HN 1, 80; HN 4, 56, 67; NG 1, 477; GT 2, 28-33; KL 1, 620, 785; KL 4, 601):

„[...] wir sind nicht gegen etwas, sondern wir sind für etwas.“ (KL 4, 601)

Sie lehnen einen Dogmatismus und missionarischen Anspruch ab und betonen stattdessen Offenheit und Toleranz (vgl. NG 1, 184, 460; NG 6, 580, 673; KL 1, 70, 89, 930). In diesem Sinne versuchen sie, die Kommune als Partner zu betrachten und zwischen den Menschen und den Strukturen zu unterscheiden. Personen innerhalb der Kommunen sind durchaus motiviert, sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung einzusetzen, müssen sich aber im Rahmen formaler Strukturen und Prozesse bewegen (vgl. NG 1, 53, 483, 174; NG 2, 382; NG 6, 442, 589). Dies kann als eine

system-immanente Langsamkeit bezeichnet werden. Die TTI bemühen sich deshalb um eine „Mischung aus kritischer Distanz, aber offener Kooperation“ (NG 1, 174).

Um Ideen vom Abstrakten ins Konkrete zu übersetzen, versuchen die TTI mit konkreten Lösungsansätze auf die Kommunen zuzugehen, statt diese mit systemisch-theoretischen Forderungen zu überfordern (vgl. HN 2, 577; NG 1, 491; NG 6, 442). Auch versuchen sie, die Menschen weniger über die kognitive Ebene des Bewusstseins (Lernen zweiter Ordnung) und mehr über die praktische Ebene des Handelns (Lernen erster Ordnung) anzusprechen. Die Ansprache der Menschen über den Intellekt und die abstrakte Wissensvermittlung wird als ein Fehler der Transition-Bewegung interpretiert, da sich die Menschen auf intellektueller Ebene der Probleme ökologischer und sozialer Ungleichheit bewusst seien und die meisten Menschen auf moralischer Ebene den Anliegen von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zustimmen würden (vgl. NG 1, 282, 143). So hat sich über die Zeit auch ein Wandel des Handlungsansatzes der TTI „vom Lehren zum Erfahrbarmachen“ vollzogen (vgl. KL 1, 165, 187). Sie versuchen Wirksamkeit für die Menschen durch konkrete lokale Projekte sichtbar und erlebbar zu machen und sie über Visualisierung und Haptik einzubeziehen (vgl. NG 1, 247; NG 2, 301; NG 4, 345; NG 6, 647, 668, 695; GT 1, 709; GT 2, 293; GT 6, 111; KL 1, 6, 75, 89, 165, 497):

„Und es gibt immer mehr Papier, aber es braucht, um wirksam zu werden, um akzeptiert zu werden außerhalb der Blasen, braucht es kein Papier, sondern echt anfassbare Sachen, die die Menschen wirklich berühren in ihrem Alltag.“ (NG 1, 247)

Sie wollen ihre Vision einer nachhaltigen Transition-Town durch schrittweises Handeln für die Menschen anschaulich machen. So möchten sie in kleinen Schritten vom Praktischen zum Politischen gelangen und einen gesellschaftlichen Konsens für eine nachhaltige Stadtentwicklung herstellen (vgl. NG 1, 528). Dies bleibt die übergeordnete Zielstellung ihrer Projekte.

Die Kommune selbst kann als neutraler Vermittler und Moderator bei Konflikten zwischen ehrenamtlichen Initiativen auftreten (vgl. KL 5, 205, 253, 268, 440, 491). Sie muss dabei jedoch die Autonomie und Eigenständigkeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen respektieren, denn die Motivation der Ehrenamtlichen kann nur durch diese Autonomie bewahrt und darf nicht durch eine hierarchische Steuerung von oben beeinträchtigt werden:

„Also wenn die Initiativen sehr stark von ihrer eigenen Motivation leben, dann ist das Voranstellen von kommunaler Autorität schädlich.“ (KL 5, 445)

Die Kommune kann folglich nur vermitteln, wenn die Ehrenamtlichen eine solche Moderation wünschen.

Einige Moderatorinnen und Moderatoren haben im Verlauf ihrer Biographien verschiedene Rollen eingenommen. Sie waren bzw. sind Mitglieder des Stadtrats, Verwaltungsangestellte und/oder ehrenamtliche Engagierte. Dieser Perspektivwechsel schafft Verständnis und Empathie und macht sie zu Vermittelnden und Übersetzenden zwischen den staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren (vgl. HN 2, 600; NG 2, 386).

6.3 Die Potenziale und Grenzen der Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung

6.3.1 Die Potenziale

Die Partnerschaften, die die TTI mit der Kommune etablieren, sind mit einer Vielzahl von Potenzialen verbunden wie der Kreativität der TTI, der Stärkung der Bürgerschaft zur eigenen Gestaltung ihrer Stadt, ihrer Rolle als Impulsgeber auf lokaler Ebene im Kontext der Mehrebenen-Governance, aber auch der Gestaltungsmacht der Kommunen selbst.

Das wichtigste Potenzial der TTI sind die Menschen und ihre Kreativität. Sie bilden eine Plattform für kreative Köpfe und geben Raum für offenes und kreatives Denken, was man auch in der Stadtverwaltung anerkennt (vgl. HN 7, 336, 352, 573, 599; NG 2, 334, 371, 505; GT 6, 496; KL 4, 203, 293, 344, 465). Indem sie mit nachhaltigen Ideen experimentieren und diese erlebbar machen, können die TTI nach eigener Einschätzung Wandel initiieren und den Habitus der Menschen verändern (vgl. HN 4, 28, 32, 63, 154, 285, 321, 385, 441; NG 2, 195). Beispielhaft dafür stehen die Gemeinschaftsgärten der TTI. Sie tragen zum Schutz der Biodiversität, der Eigenversorgung mit Lebensmitteln und zur sozialen Integration bei. Durch die Erhaltung alter Obst- und Gemüsesorten und die Verbesserung der Bodenqualität schützen sie die Artenvielfalt (vgl. NG 2, 195; GT 1, 342-347, 374-381). Die (begrenzte) Eigenversorgung mit Lebensmitteln, die vor Ort erzeugt wurden, vermindert Transportwege und schützt dadurch die Umwelt (vgl. NG 4, 339; GT 4, 801-803). Besonders bedeutend ist die Wirkung der Gemeinschaftsgärten auf der Mikroebene der Quartiere. Sie sind Orte der Begegnung und sozialen Integration, die den Menschen die Identifikation mit ihrem Stadtteil ermöglichen (vgl. Artmann/Sartison 2018; Comstock et al. 2010; Cabannes/Raposo 2013; Camps-Calvet et al. 2015; Chan et al. 2016; NG 4, 327; KL 3, 418).

Besonders in einer Zeit von Resignation der Bürgerinnen und Bürger und einem Gefühl von Ohnmacht in Anbetracht der stetig wachsenden Umweltprobleme können die TTI den Menschen zeigen, wie sie selbst zu Gestalter*innen ihrer Stadt werden können. Sie können aufzeigen, wie lokal individuelle Wirksamkeit erzeugt werden kann und wie eine Vielzahl der kleinen Beiträge in ihrer Gesamtheit eine Wirkung entfalten können, d.h. ein Wandel durch Evolution statt durch Revolution (NG 1, 156). Gerade weil ihr Engagement auf Freiwilligkeit beruht und ihre Organisationsstrukturen offen und flexibel sind und Raum für Kreativität und Spontaneität lassen, können die TTI eine große Anziehungskraft entwickeln und Menschen zum Engagement motivieren (HN 6, 475; HN 7, 583; NG 2, 334, 422; NG 6, 602; GT 3, 435; GT 6, 573). Diese Motivation ist eine wichtige Funktion der Transition-Bewegung.

Die TTI werden als ein wichtiger Impulsgeber und Korrektiv gegenüber der Kommune gesehen. Die kritischen Ideen, die die TTI in die Debatte um nachhaltige Stadtentwicklung einbringen, bergen das Potenzial, Positionen zu reflektieren und zu verändern (vgl. HN 2, 32, 357, 370, 457; HN 4, 136, 396; HN 7, 276, 343, 633, 641; NG 5, 170, 186, 196; GT 4, 716, 732-740; KL

4, 293, 344, 465). Zugleich können politische Prozesse durch gesellschaftliche Bewegungen von unten befördert werden. Die Kommunalverwaltung kann bewusst den Rückhalt aus der Bürgerschaft und Zivilgesellschaft suchen, um ihren Anliegen im Stadtrat eine größere Legitimation zu verschaffen (vgl. NG 2, 350, 371). Diese politischen Anliegen werden dann von der Bürgerschaft statt einzelnen politischen Fraktionen in den Stadtrat eingebracht. Dies eröffnet die Möglichkeit, eine Sachfrage aus parteipolitischen Konflikten bzw. Konkurrenzen herauszunehmen. Diese Form der Kooperation kann als ein politisches Unternehmertum und eine Politikgestaltung von unten interpretiert werden.

Institutionell sind die TTI eingebettet in einen Kontext der Mehrebenen-Governance. Sie können diese vielschichtigen Governance-Strukturen nutzen, um auf der lokalen Ebene Impulse zu setzen. Die übergeordneten Governance-Ebenen formulieren wichtige Leitlinien und stellen finanzielle Förderprogramme für die nachhaltige Stadtentwicklung bereit. Indem die TTI an diese anknüpfen, werden sie zu Vermittlungsinstanzen zwischen den verschiedenen Governance-Ebenen. Sie transportieren die normativen Ziele der internationalen, europäischen oder nationalen Ebene in die Städte und verwirklichen diese in konkreten Projekten vor Ort.

Auf internationaler Ebene bilden die SDGs eine wichtige Referenz sowohl für die TTI als auch für die Kommunen. Beispielsweise sind die SDGs ein Leitbild für die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Stadt Nürnberg (vgl. NG 2, 261). Auf europäischer Ebene hat der Europäische Sozialfonds in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Förderung von Bürgerarbeit für gemeinnützige Zwecke im Zeitraum von 2010 bis 2014 angeboten. Diese war aber mit der Herausforderung verbunden, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einen eigenen Anteil für die Beschäftigten einbringen müssen und hat zum Scheitern des Programms im Jahr 2014 geführt.²³ In ihrer Gründungsphase wurde die TT Hannover aus diesem Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds für Bürgerarbeit für gemeinnützige Zwecke unterstützt und konnte darüber eigene Personalstellen finanzieren. Diese finanzielle Förderung hat ihr erheblich geholfen, sich zu stabilisieren und eine eigene Dynamik zu entwickeln. Mit dem Auslaufen der Förderung im Jahr 2014 hat die TT Hannover eine Krisenzeit erlebt und musste sich erst wieder neue Förderstrukturen erschließen, um die Personalstellen der Initiative fortführen zu können (vgl. HN 1, 149). Dies verweist auf die Unsicherheiten, die sich aus einer kurzfristigen externen Förderung für die Initiativen ergeben können.

Auf nationaler Ebene bestehen verschiedene Fördermöglichkeiten für die TTI sowohl seitens der Bundesregierung als auch seitens privater Stiftungen wie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt oder der Stiftung Mitarbeit (vgl. HN 7, 498; KL 2, 27, 73, 80). Die Nationale Klimaschutzinitiative des BMU bietet mit dem Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“ seit 2016 ein zentrales Instrument zur Förderung der TTI und ihrer Projekte

²³ <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Buergerarbeit-fuer-Langzeitarbeitslose-in-Hannover-steht-auf-der-Kippe;> <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Buergerarbeit-soll-700-Jobs-bringen>

für die nachhaltige Stadtentwicklung. Beispielsweise werden die Projekte „Kurze Wege zur Zukunftsinsel – Klimafreundliches Gärtnern im Nachbarschaftsverband“ der TT Hannover und „Klimaschutz im Kasseler Osten – mobile Bildung und Praxis für eine Essbare Stadt“ (KlimaKOSTmobil) durch das Programm gefördert (vgl. HN 4, 232; KL 1, 676; KL 6, 316). Für den Essbare Stadt e. V. in Kassel wird dadurch erstmals die Finanzierung von Personalstellen für seine Projekte möglich (vgl. KL 1, 676; KL 6, 316). Das BMU hat die Förderstrukturen für die zivilgesellschaftlichen Initiativen beim Programm „Kurze Wege für den Klimaschutz“ verbessert, indem sie zunächst eine Projektskizze einreichen und den Vollartrag in Abstimmung mit den Mitarbeitenden des Projektträgers entwickeln können (vgl. HN 4, 612). Man kann dies als eine Ko-Entwicklung der Förderanträge bezeichnen, bei der der Projektträger eine Beratungsfunktion für die zivilgesellschaftlichen Initiativen übernimmt. Diese externen Förderprogramme geben den TTI die Möglichkeit, mit neuen Handlungsansätzen zu experimentieren und dies nicht allein durch ehrenamtliches Engagement stemmen zu müssen (vgl. HN 1, 132; HN 4, 601; HN 5, 554; HN 6, 471).

Die TTI ahmen innovative Ideen und Ansätze anderer Initiativen nach, über die sie sich in transnationalen Netzwerken austauschen. Beispiele dafür sind Regionalwährungen, Repair Cafés, Leihsysteme für Lastenräder, Filmreihen oder Ernährungsräte. Auf diese Weise aggregieren sie lokales Wissen, geben es weiter und übersetzen es wiederum in lokale Kontexte. Sowohl die Leitbilder und nutzbaren Förderprogramme als auch die guten Beispiele anderer Initiativen stärken die Legitimation der TTI und geben ihnen eine gewisse Unabhängigkeit und Freiräume gegenüber der Kommune (vgl. HN 6, 337; KL 2, 274).

Die Kommune selbst besitzt durch ihre originären Aufgaben und Ressourcen eine eigene Gestaltungsmacht, die sie in die Partnerschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung einbringen kann. Wenn es dem politischen Willen der Kommunalpolitik entspricht, kann diese einen Wandel in den Denkweisen, Organisationsstrukturen und Handlungspraktiken der Kommune initiieren (vgl. HN 2, 450, 457; NG 3, 318). Sie kann die originär kommunalen Aufgaben wie die Institutionalisierung der nachhaltigen Stadtentwicklung in der Kommunalverwaltung, die Planung der Siedlungsstrukturen und Verkehrsinfrastrukturen oder den Immobilienbesitz der Kommune nutzen, um diese im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Ebenso kann sie die Ressourcen ausweiten – sowohl die finanziellen als auch die personellen Ressourcen –, die für nachhaltige Stadtentwicklung eingesetzt werden (vgl. HN 7, 633).

Bedeutend dafür ist das Engagement von Individuen, die versuchen, Institutionen von innen heraus zu verändern. In der Landeshauptstadt Hannover hat der Umweltdezernent (1989-2013) und Wirtschaftsdezernent (2005-2013) Hans Mönninghoff (Die Grünen) sehr früh das Potenzial der TT Hannover erkannt und ihr die Türen zur Kommunalpolitik und -verwaltung geöffnet. Er hat die Verwaltung angewiesen, der TT Hannover bei der Suche nach Flächen für Gemeinschaftsgärten zu helfen. Zudem hat er die TT Hannover dabei unterstützt, eine institutionelle Förderung aus dem Zuwendungstopf des Umwelt- und Wirtschaftsdezernats zu erhalten (vgl. HN 1, 149, 285; HN 4, 396). Über diesen Zuwendungstopf stellt die Landeshauptstadt eine projektbezogene und eine institutionelle Förderung zur Verfügung. Mit der

projektbezogenen Förderung werden Einzelprojekte finanziert. Mit der institutionellen Förderung wird die Institution an sich bei Mieten und Personal unterstützt (vgl. HN 7, 266). Sie beruht auf einem Beschluss des Stadtrats (Ausschuss für Umwelt und Grünflächen), der voraussetzt, dass die Initiative als ein eingetragener Verein institutionalisiert ist und ihre inhaltlichen Ziele von den politischen Parteien im Stadtrat befürwortet werden.

In Nürnberg – so eine Einschätzung aus der Verwaltung – besitzt Bluepingu eine hohe Wertschätzung im Stadtrat (vgl. NG 3, 318). Besonders für die Entwicklung der BioMetropole gibt es sowohl seitens des Stadtrats als auch des Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly einen großen politischen Rückhalt. So werden politische Beschlüsse im Stadtrat zur Förderung der BioMetropole häufig einstimmig gefällt (vgl. NG 3, 199; NG 4; NG 6, 342, 611). Auch in Nürnberg spielt das Engagement von Einzelpersonen, die aus persönlicher Motivation Wandlungsprozesse in den Institutionen anstoßen, eine bedeutende Rolle (vgl. NG 2, 122, 317; NG 6, 538). Sowohl der Leiter des Referats für Umwelt und Gesundheit, Dr. Peter Pluschke (Die Grünen), als auch die Mitarbeitenden des Referats haben vielfach die Initiative ergriffen, um Projekte wie die BioMetropole, den Klimafahrplan oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung voranzubringen (vgl. NG 2, 98). Sie bieten den zivilgesellschaftlichen Initiativen zudem Beratung zu Fördermöglichkeiten, zur Erstellung von Anträgen und zum Management von Förderprojekten an (NG 3, 225, 222).

Neben diesen Gemeinsamkeiten bestehen jedoch auch einige Unterschiede im Handlungspotenzial der TTI. Sie unterscheiden sich in ihrer politischen Wirksamkeit, ihrer Professionalisierung und der Unterstützung durch die lokalen Medien.

Im Vergleich zu den anderen TTI ist es Bluepingu gelungen, eine politische Wirksamkeit zu entfalten. Dies liegt begründet im langjährigen Engagement und der Professionalität seiner Schlüsselfiguren sowie dem starken politischen Rückhalt für eine nachhaltige Stadtentwicklung in der Kommune selbst. So konnte Bluepingu eine Vertrauensbasis und Partnerschaft mit den Stadtratsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden aufbauen (vgl. NG 6, 442). Beispiele für eine wirksame Kooperation sind die Fair Trade Town, die zur ersten europäischen Fairen Metropolregion erweitert werden soll, oder die BioMetropole Nürnberg. Das Engagement Bluepingus erfährt eine Wertschätzung und Anerkennung in verschiedenen Teilen der Stadtgesellschaft. Dies tut es insbesondere, weil es im Gegensatz zur hauptamtlichen Arbeit der Kommunalverwaltung auf ehrenamtlichem Engagement beruht (vgl. NG 2, 406, 434; NG 3, 318; NG 6, 621):

„Bluepingu hat einen guten Namen.“ (NG 2, 406)

Dieser gute Ruf und die Legitimität, die auch die Verwaltung Bluepingu zuspricht, werden als eine Art Schutzschild für die TTI wahrgenommen. Folglich gibt es im Grunde bisher keine öffentliche Kritik an Bluepingu und auch hat bisher niemand die Förderung von Bluepingu aus dem Agenda 21 Topf oder die Existenz des Stadtgartens trotz der schwierigen Flächensituation (s. Herausforderungen) in Frage gestellt (vgl. NG 2, 406, 476).

Die unterschiedlichen Potenziale der TTI ergeben sich aus den Unterschieden in ihrer Professionalisierung, wie sich etwa an der Vernetzungsarbeit und Erschließung von Förderprogrammen der

Engagierten und Schlüsselfiguren der TT Hannover und Bluepingu zeigt (vgl. HN 3, 243; HN 7, 362, 498, 621).

Im Kontrast zu den anderen TTI erhält Bluepingu auch von den lokalen Medien in Nürnberg einen starken Rückhalt. Diese haben die Bedeutung des Engagements von Bluepingu für die Stadtentwicklung erkannt und schätzen besonders die ehrenamtliche Arbeit von Bluepingu. Eine Einschätzung, in der Vertretungen der TTI selbst und Mitarbeitende der Stadtverwaltung übereinstimmen (vgl. NG 1, 505; NG 2, 434, 483; NG 3, 318; NG 4, 535; NG 6, 213). Die Journalistinnen und Journalisten gehen mittlerweile auch proaktiv auf Bluepingu zu und bieten ihnen an, durch die Berichterstattung Aufmerksamkeit zu schaffen, aber auch politischen Druck für die Anliegen von Bluepingu aufzubauen.

6.3.2 Die Grenzen

Die Partnerschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind mit verschiedenen Konflikten zwischen der umweltzerstörenden Gegenwart und einer nachhaltigen Zukunft konfrontiert. Dies ist der Konflikt zwischen der Ausrichtung der Gesellschaft auf Wachstum und Konsum und dem Bemühen der TTI, einen Paradigmenwechsel hin zu Postwachstum und Suffizienz zu bewirken (vgl. HN 2, 406, 643; HN 4, 125, 144, 578, 588; HN 6, 743; NG 1, 131; NG 4, 548; GT 6, 127 -131). Er berührt grundlegende Wertvorstellungen und Routinen unserer Gesellschaft, die als „mentale Infrastrukturen“ (Welzer 2011) bezeichnet werden können. Eine Veränderung dieser mentalen Infrastrukturen ist eine besondere Herausforderung für das Handeln von Vermittlern und Übersetzern, weil sie ein Lernen zweiter Ordnung voraussetzt.

Bei der Suche nach möglichen Lösungen für die Umweltprobleme der Gegenwart müssen die Widersprüche zwischen Effizienz und Suffizienz abgewogen werden. Effizienz beruht auf technologischen Innovationen im Gegensatz zur Suffizienz, die auf sozial-ökologischen Innovationen basiert. Technologische Innovationen, die zu Effizienzgewinnen führen, sind jedoch oftmals mit Rebound-Effekten und weiterem Konsum verbunden, die diese Effizienzgewinne konterkarieren und den gesamten Energie- und Ressourcenverbrauch weiter ansteigen lassen (vgl. GT 6, 120-126, 211-217). Die TTI setzen diesen sozial-ökologische Innovationen entgegen, die eine suffiziente Lebensweise befördern sollen. Suffizienz möchte das Konsumverhalten der Menschen verändern und sie zu weniger Konsum bewegen. Doch wird Suffizienz häufig als ein Eingriff in das persönliche Verhalten interpretiert und mit Verzicht und Mangel assoziiert (vgl. GT 5, 131-141; KL 4, 153).

Indem sie versuchen einen Wertewandel vom Materiellen zum Immateriellen zu initiieren, hinterfragen die TTI die in der Gesellschaft dominante Definition von Wohlstand. Partnerschaften für die nachhaltige Stadtentwicklung begegnen daher dem Konflikt zwischen herkömmlichen und nachhaltigen Wirtschaftsformen. Gemäß den mentalen Infrastrukturen wird von der Prämisse ausgegangen, dass Wirtschaftsstandorte Beschäftigung und Steuereinnahmen für die Kommunen schaffen. Die Bewahrung des Wirtschaftsstandorts auch für nicht-nachhaltige Industriezweige wie die Rüstungsindustrie in Kassel ist daher ein machtvoll Argument, gegen das sich Argumente für nachhaltige Stadtent-

wicklung behaupten müssen (vgl. HN 5, 222; HN 6, 216; HN 5, 222; KL 4, 388). Die Urbanisierungsdynamik der Städte geht mit einem wachsenden Bedarf an Flächen für Gewerbestandorte und Wohnraum einher. Das führt zu einem Zielkonflikt mit dem Schutz von Grünflächen und der Biodiversität, der Klimaanpassung und der Bereitstellung von Flächen für die Projekte der TTI (vgl. HN 6, 257; HN 7, 110; NG 2, 173, 182, 195, 304; NG 4, 158, 165; NG 5, 79; KL 3, 141). Dies kann auch als ein Konflikt zwischen der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung und der Grünplanung beschrieben werden. In diesen Konflikten stehen sich häufig die Anliegen privater Investoren und die Anliegen sozial-ökologischer Initiativen gegenüber. Die Gestaltungsmacht am Immobilienmarkt wird oftmals über finanzielles Kapital im Gegensatz zu kulturellem Kapital und einer Gemeinwohlorientierung definiert (vgl. HN 5, 174, 214, 227, 336, 769; KL 1, 298, 927). Auf diese Weise stellen die TTI die Funktionslogiken der gegenwärtigen Boden- und Immobilienpolitik in Frage. Dies erschwert die Übersetzung zwischen innovativen Ansätzen und etablierten Institutionen, weil es wiederum ein Lernen zweiter Ordnung voraussetzt. Beispielsweise hat die TT Hannover die Idee einer Transition-Town-Hall verfolgt, für die sie eine größere Immobilie im Stadtteil Linden-Limmer auf dem Gelände der ehemaligen Gummifabrik Continental umbauen wollte. Sie stand jedoch in Konkurrenz mit einem privaten Investor, der die Immobilie letztendlich erworben hat (vgl. HN 1, 163, 349; HN 5, 116; KL 1, 927). Ebenso steht die TT Hannover bei der Umgestaltung des Ihme-Zentrums vor der Herausforderung, dass sich dieses in Privateigentum befindet und eine Einigung mit dem Eigentümer eine Voraussetzung für ihr Engagement ist (vgl. HN 4, 420; HN 5, 350). Dieser Prozess zieht sich bereits über 20 Jahre mit je wechselnden Eigentümern.

Im Vergleich zu den anderen Städten ist die Urbanisierungsdynamik Nürnbergs höher. Daher gestaltet sich die Suche nach Flächen für Gemeinschaftsgärten wesentlich komplizierter. Beispielhaft dafür steht die Suche nach einem alternativen Standort für den Stadtgarten von Bluepingu. Der Stadtgarten befindet sich auf dem ehemaligen Gelände der Quelle AG, das in privatem Besitz ist. Das Privateigentum stellt nicht nur eine Handlungsgrenze für Bluepingu, sondern auch für die Kommune dar (vgl. NG 4, 216). Diese kann allein in einer Vermittlerrolle zwischen dem privaten Eigentümer und Bluepingu aktiv werden. Die Stadt Nürnberg konnte aus dem Gelände der ehemaligen Quelle AG eine Fläche herauslösen, die sie in eine öffentliche Grünfläche umwandeln wird (vgl. NG 4, 190). Dies bedeutet jedoch auch, dass der Stadtgarten seinen ehemaligen Standort verlassen muss. Zur Gestaltung der Grünfläche hat das Stadtplanungsamt einen Beteiligungsprozess durchgeführt, in dem es auch die Frage erörtert hat, ob innerhalb der Grünfläche Raum für einen Gemeinschaftsgarten wie den Stadtgarten geschaffen werden könnte. Doch wurde dabei der Widerspruch zwischen einem öffentlichen Park, der auch öffentlich zugänglich sein soll, und einem privaten Gemeinschaftsgarten sichtbar (vgl. NG 2, 382; NG 4, 198). Das Stadtplanungsamt konnte dem Stadtgarten daher keine Fläche innerhalb der öffentlichen Parkanlage zur Verfügung stellen. Bei der Suche nach einem alternativen Standort für den Stadtgarten hat das Agenda 21 Büro eine Vermittlerrolle übernommen (vgl. NG 2, 197; NG 4, 315, 498, 539). Obwohl über 30 alternative Standorte geprüft wurden, hat sich lange Zeit keine Lösung abgezeichnet. Dies hat zur Frustration der Stadtgärtnerinnen und -gärtner geführt: „Für alles ist Platz da, nur für uns nicht.“

(NG 2, 379). Mittlerweile konnte mit dem Eigentümer ein neuer Standort auf dem Gelände der ehemaligen Quelle AG vereinbart werden.

Im Bereich der Mobilität stehen sich die Leitbilder der autogerechten Stadt und der autofreien Stadt gegenüber. Das Leitbild der autogerechten Stadt hat die gegenwärtige Verkehrsinfrastruktur der Kommunen geprägt und aus diesen physischen Infrastrukturen ergeben sich Pfadabhängigkeiten, die sich nur schwer überwinden lassen (vgl. KL 4, 78; KL 6, 398). Die Planung der lokalen Verkehrsinfrastruktur gehört zum öffentlichen Hoheitsgebiet der Kommune. Sowohl die TTI als auch die Kommune sind daher abhängig von politischen Mehrheiten, wenn sie Veränderungsprozesse in der Mobilität anstoßen möchten (vgl. KL 4, 78; KL 6, 398). Gerade die Verkehrspolitik ist in der Parteipolitik hoch politisiert und ideologisiert (vgl. KL 4, 74; KL 6, 400; NG 2, 147). So gibt es intensive Verteilungskonflikte um die Gestaltung von Verkehrsflächen zwischen dem Automobil, dem Fahrrad und den Fußgängern, die sprichwörtlich als Kampf um Raum charakterisiert werden können (vgl. HN 5, 323; NG 2, 227, 247; NG 5, 59, 69, 79). Die TTI bemühen sich deshalb, nachhaltige Mobilitätsformen wie die Förderung von Lastenrädern oder Leihfahrrädern aufzubauen. Aber sie vermeiden die politischen Konflikte um den Rückbau der Verkehrsinfrastruktur für Automobile. Insofern ergreifen sie Maßnahmen, die ein ergänzendes Angebot schaffen, aber nicht in direkter Konkurrenz zum individuellen Automobilverkehr stehen (vgl. NG 2, 161). Auf ähnliche Weise entwickelt die Stadt Nürnberg ein neues Quartier, dessen Infrastruktur so ausgerichtet ist, dass eine umfangreiche Infrastruktur für Fahrradfahrer, Fußgänger und ÖPNV vorhanden ist und es autofrei funktionieren könnte.

Bei der Initiierung von Austausch- und Vernetzungsforen müssen sowohl die TTI als auch die Kommunen mit der Herausforderung umgehen, dass diese zu vage bleiben und deren konkrete Wirkungen für die Teilnehmenden nicht sichtbar werden können (vgl. HN 2, 217, 232, 318, 325, 343, 585; HN 6, 436; KL 3, 379; KL 4, 386). Dadurch könnten die Teilnehmenden das Interesse an diesen Austauschformaten verlieren. Ein Beispiel ist der Arbeitskreis zum Agrikulturprogramm der Landeshauptstadt Hannover, der sich bemüht hat verschiedene Akteure zum Thema Agrikultur einzubinden, doch nicht aktiv weitergeführt wurde. Dies zeigt, dass diese Austauschforen einer Moderation und Strukturierung bedürfen, um neue Ideen zu generieren und aus diesen konkrete Kooperationsprojekte zu entwickeln und zu implementieren.

Nachhaltige Stadtentwicklung ist ein Problem des kollektiven Handelns, das mit Interdependenzen sowohl zwischen den Akteuren der Stadtgesellschaft als auch zwischen verschiedenen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung wie der Planung von Siedlungsstrukturen, der Mobilität, der Ernährung oder der Wirtschaft verbunden ist (vgl. NG 1, 136; KL 1, 708). Sowohl die TTI als auch die Kommunen sind daher bei der Verwirklichung der Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf die Kooperation miteinander angewiesen. Die Initiativen der Kommune müssen von nicht-staatlichen Akteuren aufgegriffen und von der Stadtgesellschaft selbst getragen werden, um den Wandel zu einer nachhaltigen Stadt zu ermöglichen (vgl. HN 2, 171, 357; HN 7, 341, 702; KL 5, 183). Beispiele dafür sind eine urbane ökologische Ernährungs- und Anbauweise oder die soziale Wohnraumversorgung. Die Kommunen begegnen hierbei Grenzen,

weil die Landwirtinnen und -wirte und Bürgerinnen und Bürger selbst nachhaltig anbauen und konsumieren müssen, bzw. weil ein Großteil des Immobilienmarktes privates Eigentum ist. Diese Grenzen verdeutlichen, dass ein Zusammenspiel von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren für die nachhaltige Stadtentwicklung essenziell ist.

Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass zwischen der ökologischen und der sozialen Frage eine Interdependenz besteht. Die Qualität von ökologischen, regionalen und Fair Trade Produkten ist mit einem höheren Preis verbunden, den sich ärmere Menschen nicht ohne Weiteres leisten können (vgl. HN 4, 144, 583; HN 7, 588; NG 6, 317, 327, 360). Die TTI bemühen sich durch Initiativen zum Teilen und Tauschen, Selbst-Produzieren und Reparieren (Prosumementum) nicht allein, um die Umwelt zu schützen, sondern auch um soziale Ausgleichs zu schaffen. Diese Initiativen sollen für alle Einkommensschichten zugänglich und inklusiv sein und ihnen eine nachhaltige Lebensweise ermöglichen. Sie sollen eine Synergie zwischen der ökologischen und der sozialen Frage herstellen.

Da das Engagement der TTI auf ehrenamtlicher Arbeit beruht, sehen sie sich mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die typisch für zivilgesellschaftliche Initiativen sind. In Anbetracht der ökologischen Herausforderungen für die Erde und die Menschheit gehen die TTI von der Annahme aus, dass ein gesellschaftlicher Wandel unausweichlich ist. Es stelle sich allein die Frage, ob sich dieser Wandel durch Design oder Disaster vollzieht (Sommer/Welzer 2017: 29 ff.; HN 1, 68, 72; HN 8, 22). Sie stehen vor der Herausforderung, aus einer Vielzahl von kleinen Projekten eine größere transformative Dynamik zu entwickeln (vgl. HN 1, 352; HN 2, 610; KL 5, 673). Sie betrachten ihre Aktivitäten deshalb auch als marginal im Verhältnis zu den gesamtgesellschaftlichen Dynamiken: „ein Tropfen auf den heißen Stein“ (HN 1, 337). Die Ressourcen, die den TTI zur Verfügung stehen – sei es aus ehrenamtlichem Engagement oder öffentlichen Fördergeldern –, sehen die TTI als zu gering, um den Umweltherausforderungen des 21. Jahrhunderts auf eine wirksame Weise begegnen zu können (vgl. HN 3, 280; HN 6, 373; HN 8, 141; GT 1, 388; GT 2, 233; GT 4, 428; KL 1, 211).

Die begrenzten Ressourcen und Kapazitäten können schnell zu einer Überlastung der Ehrenamtlichen führen (vgl. HN 4, 128, 450, 477, 601; NG 1, 255, 263; NG 2, 495, 500; NG 3, 313, 400; NG 6, 307, 485, 489, 622; GT 2, 247; GT 6, 734; KL 1, 364, 524, 547; KL 3, 365). Dies führt zu einem Widerspruch innerhalb der Transition-Bewegung. Sie möchte Zukunft schaffen, muss aber zugleich erleben, wie die Ehrenamtlichen in ihrem Engagement ausbrennen (vgl. NG 1, 263). Zudem lässt es das ehrenamtliche Engagement der TTI nur begrenzt zu, Strukturen zu entwickeln, die sich selbst tragen und eine eigene Wirtschaftlichkeit erreichen. Die TTI sind daher abhängig von externen Förderstrukturen (vgl. HN 8, 121; GT 1, 388; GT 2, 233; GT 4, 428). Fördermittelgeberinnen und -geber können dadurch die inhaltlichen Agenden bestimmen, zu denen Projekte durchgeführt werden können (vgl. HN 6, 140). Die externe Förderung ist häufig verbunden mit dem Risiko der „Projektitis“ oder „projectification“ (Borgström et al. 2016; Ehnert et al. 2018). Die TTI geraten dadurch in den Modus, beständig neue Fördermittel akquirieren zu müssen, statt kontinuierlich an Themen zu arbeiten und diese weiterzuentwickeln (vgl. NG 1, 314).

Herausforderungen können sich für die TTI sowohl aus den Dynamiken innerhalb der Initiative als auch aus den Dynamiken zwischen den zivilgesellschaftlichen Initiativen entwickeln. Bei der eigenen institutionellen Gestaltung der TTI kann sich ein Konflikt zwischen dem Wachstum der Initiative und dem Bewahren der eigenen Identität ergeben (vgl. HN 7, 514). Deshalb muss man auch die Grenzen des Wachstums einer zivilgesellschaftlichen Initiative erörtern. Je weiter eine Initiative wächst, desto mehr Formalisierung und Professionalisierung werden notwendig. Dies erfordert auch den Übergang von ehrenamtlicher zu professioneller Arbeit, da sich dies allein durch ehrenamtliches Engagement nicht mehr stemmen lässt (vgl. HN 1, 282, 285; HN 2, 325; HN 4, 477, 490, 502, 611; HN 5, 669; HN 6, 373; NG 1, 321):

„[...] weil man kommt an den Punkt, wenn man eine gewisse Größe erreicht hat, dass das eigentlich ehrenamtlich alleine nicht mehr zu leisten ist. Dass natürlich auch Verwaltungsaufwand dazu kommt, den keiner machen will. Abrechnungsaufwand, steuerlicher Aufwand und so weiter. Wo das einfach Grenzen erreicht, die ehrenamtlich nicht mehr vernünftig bearbeitbar sind für eine lokale Initiative.“ (vgl. NG 1, 321)

Daher übertragen manche TTI eine kritische Perspektive auf Wachstum auch auf die eigene Organisationsentwicklung und grenzen sich bewusst von einem Wachstumsparadigma ab (vgl. HN 6, 348; NG 1).

Ungleichgewichte können daraus entstehen, dass auch die TTI in sich heterogen sind und innerhalb der Initiative unterschiedliche Erwartungen an deren Weiterentwicklung bestehen. Während sich einige eher auf ihre eigene Gruppe und ihr eigenes Projekt konzentrieren wollen, wollen andere eine Transformation der Gesellschaft erreichen (vgl. GT 1, 166; GT 2, 368; KL 1, 480; KL 2, 41). Dies gilt insbesondere für die Schlüsselfiguren der TTI (vgl. HN 4, 655; HN 7, 362, 498; NG 2, 500; KL 1, 364; KL 4, 393). Fehlen diese Schlüsselfiguren, kann die Dynamik der TTI verloren gehen (vgl. HN 2, 610; HN 8, 68, 134; NG 2, 500).

Bei den Dynamiken zwischen den zivilgesellschaftlichen Initiativen können die TTI als Konkurrenten zu den bereits etablierten Initiativen wahrgenommen werden (vgl. HN 6, 512, 521, 567; HN 7, 362). Da für die zivilgesellschaftlichen Initiativen strukturell betrachtet nur wenige Ressourcen vorhanden sind, besteht auch zwischen ihnen eine Konkurrenz um Themen und finanzielle Ressourcen (vgl. HN 6, 394, 567, 594, 629). So kann die stärkere Ausrichtung von Förderstrukturen auf die TTI zu Lasten anderer zivilgesellschaftlicher Initiativen gehen, indem beispielsweise inhaltliche Schwerpunkte im Bereich der Transformation zur Nachhaltigkeit und den Kernthemen der TTI gesetzt werden.

Als Vermittler und Übersetzer engagieren sich die TTI in zahlreichen Netzwerken. So vielschichtig die Nachhaltigkeit ist, so vielfältig sind diese deutschlandweiten und transnationalen Netzwerke, die sich zu öko-sozialem Wandel herausgebildet haben. Es gibt sowohl thematisch orientierte Netzwerke als auch Netzwerke mit einer Querschnittsorientierung, die versuchen das Netzwerk der Netzwerke zu bilden (vgl. NG 1, 226, 255). Dies führt zu einer Vielzahl der parallelen Netzwerke, die sich untereinander austauschen, statt nach außen zu wirken (vgl. NG 1, 247). Diese Netzwerke handeln weiterhin parallel und isoliert. Die Integration in eine einheitliche Struktur, die es ihnen ermöglichen

würde auf EU-, bundes- und landespolitischer Ebene mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen, scheitert (vgl. NG 1, 226, 247; NG 3, 521; NG 6, 54, 179, 241).

Bei ihrer Kooperation mit der Kommune müssen die TTI mit der Herausforderung einer politischen Instrumentalisierung umgehen (vgl. NG 1, 174; KL 1, 531). Ihre Neutralität gegenüber der Parteipolitik ist für die TTI essenziell. Bei der Ansprache der politischen Parteien müssen sie daher ihre parteipolitische Neutralität bewahren (vgl. KL 4, 335; KL 5, 445, 562, 578). Auch müssen die gleichberechtigten und fairen Grundlagen der Kooperation zwischen den TTI und der Kommune immer wieder neu ausbalanciert werden.

„Wir wollen nichts von der Stadt, wir bieten der Stadt etwas an. Wir bieten der Stadt eine Zusammenarbeit an.“ (KL 1, 750)

In ihrem Engagement sehen sich die TTI auch mit Vorurteilen gegenüber der öko-sozialen Idee konfrontiert (vgl. HN 2, 673, 704; GT 3, 385). Sie werden als „sonderlinghaft“ (GT 6, 743) wahrgenommen oder mit dem „Image der esoterischen Spinner“ (KL 1, 830) assoziiert. Ihr sozial-ökologisches Engagement wird dadurch abgewertet und seine Legitimation in Frage gestellt.

Trotz der originär kommunalen Aufgaben und der Gestaltungsmacht, die sich daraus für die Kommunen ergibt, begegnen auch sie verschiedenen Herausforderungen in ihrem Bemühen um eine nachhaltige Stadtentwicklung. Zum einen sind diese damit verbunden, dass die Kommunen sich in einem Kontext der Mehrebenen-Governance bewegen. Zum anderen sind diese durch die Akteurskonstellationen sowie die strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen innerhalb der Kommune bedingt.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die durch die EU-, Bundes- und Landespolitik definiert werden, können eine nachhaltige Stadtentwicklung behindern, indem sie das nicht-nachhaltige Handeln regulatorisch festschreiben und dadurch zementieren (vgl. HN 7, 130; KL 4, 106). Die Hoheit über die Änderung dieser rechtlichen Rahmenbedingungen liegt bei der EU, dem Bund oder den Bundesländern und die Kommunen sind auf deren politischen Rückhalt für eine starke Umwelt- und Klimapolitik angewiesen (vgl. NG 2, 48). So ist die nachhaltige Stadtentwicklung keine Pflichtaufgabe der Kommunen, sondern beruht auf Freiwilligkeit und der jeweiligen Prioritätensetzung der politischen Parteien. Wenn sie als Pflichtaufgabe definiert werden würde, würden die Verwaltungsmitarbeitenden über ein offizielles Mandat verfügen (vgl. GT 4, 415, 448-454; KL 4, 233).

Kommunen sind in ihrem Handeln von politischen Mehrheiten und der Unterstützung durch die Wählerschaft abhängig (vgl. HN 2, 450; HN 5, 785; HN 6, 289, 373; NG 2, 152; NG 3, 197, 443; NG 6, 472, 302; GT 6, 386; KL 6, 65, 82, 136, 483; KL 1, 582; KL 4, 140, 163, 286, 473, 613; KL 5, 8, 13; KL 6, 70, 106, 136). Initiativen zur nachhaltigen Stadtentwicklung lassen sich nur durchsetzen, wenn sie den entsprechenden politischen Rückhalt von der Bürgerschaft erfahren. Parteipolitischer Widerstand von verschiedenen Seiten – sowohl aus dem linken als auch dem rechten Spektrum – kann dazu führen, dass man in politischen Debatten verharrt und den Mut verliert, innovative Handlungsansätze zu erproben (vgl. HN 6, 234, 277). Die Kurzfristigkeit und Unsicherheit der Parteipolitik kann daher einer langfristigen

Strategieentwicklung für die nachhaltige Stadtentwicklung entgegenstehen (vgl. KL 1, 547; KL 4, 500). Die Grünen Fraktionen sind in den Städten auf die Kooperation mit anderen politischen Parteien angewiesen, um politische Mehrheiten erreichen und umweltpolitische Vorhaben umsetzen zu können (vgl. HN 5, 164, 600; KL 4, 140, 506). Diese politischen Widerstände spiegeln die politischen und gesellschaftlichen Gegenpositionen zur Nachhaltigkeit wider. Die Vertreterinnen und Vertreter des nicht-nachhaltigen Systems möchten ihre eigene machtpolitische bzw. sozio-ökonomische Position bewahren und halten folglich am herkömmlichen Entwicklungspfad fest (vgl. NG 3, 514; NG 6, 388). Das zeigt die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte um sozio-ökonomische Ressourcen auf, die in der Literatur auch als die „politics of sustainability transitions“ bezeichnet werden (Meadowcroft 2009, 2011; NG 5, 129).

Doch mangelt es nicht per se an der Formulierung von Nachhaltigkeitszielen in den Konzepten der Kommunen, sondern eher an einer hinreichenden Implementierung dieser Ziele (vgl. HN 5, 63; NG 2, 224; NG 4, 67, 171; NG 5, 98; KL 4, 58; KL 5, 8, 17). Sowie in der Wahl der geeigneten Mittel zu deren Umsetzung:

„Der Wechsel von es-richtig-zu-machen und das-Richtige-machen. Das Richtige zu machen, ist eigentlich die nachhaltige Frage. Nichtsdestotrotz müssen wir es natürlich richtig machen.“ (KL 5, 76)

Große strukturelle Unterschiede zeigen sich in der finanziellen Situation der Kommunen. Während alle Kommunen auf Engpässe bei den finanziellen und personellen Ressourcen als eine Handlungsgrenze verweisen, ist die Situation Kassels besonders prekär (vgl. HN 2, 318, 325, 436, 445, 508; HN 7, 339, 597; NG 2, 313; GT 4, 496; GT 6, 376; KL 3, 128; KL 4, 121, 224, 362; KL 6, 483). Durch ihre finanziellen Engpässe muss die Stadt Kassel akute Probleme wie Investitionen in die Schulsanierung, Bildungsangebote und die Armutsbekämpfung bewältigen (vgl. KL 6, 87). Die Kapazitätsengpässe für den Umwelt- und Klimaschutz zeigen sich zum Beispiel im Umwelt- und Gartenamt (vgl. KL 6, 49, 115, 337). Im Rahmen eines Projekts des Deutschen Instituts für Urbanistik war die Stadt Kassel gemeinsam mit den Städten Marburg und München eine Modellkommune für Umweltgerechtigkeit. Doch muss man das Projekt gegenwärtig ruhen lassen, bis dafür neue Kapazitäten aufgebaut werden können. Vor diesem Hintergrund hat sich keine Kultur einer langfristigen Strategieentwicklung herausgebildet, sondern das Handeln folgt eher einem Modus der akuten Bewältigung von operativen Aufgaben. Diese Engpässe erschweren die Kooperation mit der TT Kassel, weil die Kommune nur begrenzt auf deren Anfragen reagieren kann.

Ein institutioneller Unterschied der Stadt Nürnberg zu den anderen Städten ist ihre ausgeprägte Konsenskultur. Neben den Stärken dieser Konsenskultur, werden auch ihre Schwächen benannt. Diese Kritik spiegelt das Dilemma zwischen Partizipation und der Effektivität von politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen wider. Einerseits gibt es eine Vielzahl von Partizipationsformaten und Diskussionsforen. Andererseits verhindert die Suche nach einem politischen Konsens klare Entscheidungen, die mit Nachteilen für bestimmte Akteure verbunden wären. Es werden keine Entscheidungen gegen etwas gefällt:

„Also hier gibt es eine unglaubliche Konsenskultur, die auf der einen Seite sehr gut ist, aber auf der anderen Seite auch verhindert, dass Entscheidungen gefällt werden, die weh tun [könnten].“ (vgl. NG 5, 69). Uneinigkeit kann dazu führen, dass Prozesse stagnieren und im Diskussionsstadium verharren (vgl. NG 5, 98).

7 Reflexion der Ergebnisse, Handlungsansätze und Ausblick

7.1 Reflexion der Ergebnisse im Spiegel der Transformationsforschung

Mit dieser vergleichenden Fallstudie zur Rolle von TTI als Intermediäre möchten wir an die wissenschaftliche Debatte um Intermediäre in Nachhaltigkeits-Transformationen in Städten anknüpfen (vgl. Hamann/April 2013; Hodson/Marvin 2009b, 2010, 2011, 2012; Hodson et al. 2013b). Wir haben analysiert, wie sich TTI als ein Teil in die „urban intermediary governance“ (Hodson et al. 2013a) sowie in die Transition-Governance in Städten einfügen. Dazu wurden die Partnerschaften von Transition-Town Hannover, Bluepingu in Nürnberg, Göttingen im Wandel und Transition-Town Kassel mit Akteuren der Kommunalpolitik und -verwaltung in den vier Städten, in denen sie agieren, verglichen.

In der vergleichenden Fallstudie wurden die TTI als Nischen-Intermediäre und die Akteure der Kommunalpolitik und -verwaltung als regime-basierte Transition-Intermediäre untersucht. Beide unterscheiden sich in ihrer Entstehung. Die TTI haben sich mit der Intention gegründet, eine integrative Perspektive zu entwickeln und als Intermediäre zwischen verschiedenen Handlungsfeldern und Akteuren zu wirken. Innerhalb der Kommunalverwaltungen sind Organisationseinheiten wie ein Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro ebenfalls mit der Absicht gegründet und einem offiziellen Mandat versehen worden, als Intermediär zwischen der Stadtgesellschaft und der Kommune, aber auch innerhalb

der Kommunalverwaltung zu agieren. Im Unterschied zu diesen Organisationseinheiten sind Individuen wie Kommunalpolitikerinnen und -politiker und Verwaltungsangestellte Intermediäre, die diese Rolle allmählich und aus eigener Motivation übernehmen, sich ihrer Funktion als Vermittelnde und Übersetzende aber oftmals nicht bewusst sind.

Alle vier TTI – die Transition-Town Hannover, Bluepingu, Göttingen im Wandel und die Transition-Town Kassel – wirken als Intermediäre innerhalb der Zivilgesellschaft, besonders zwischen den sozial-ökologischen Initiativen in ihren Städten. Sie versuchen Brückenbauer für neue Partnerschaften zu sein. Sie bilden eine Plattform für kreative Köpfe und schaffen einen Raum für offenes und kreatives Denken. Im Hinblick auf die Gewaltenteilung in einer demokratisch verfassten Gesellschaft handeln die TTI als kritische Beobachter und Impulsgeber für die Kommunalpolitik und -verwaltung. In dieser Rolle stellen die TTI grundlegende Wertvorstellungen und Handlungsansätze der gegenwärtigen Gesellschaft infrage, die auch als mentale Infrastrukturen bezeichnet werden können (vgl. Welzer 2011). Dies kann als eine Form der tiefgründigen Übersetzung (deep translation) zwischen dem bestehenden System der Nicht-Nachhaltigkeit und den Werten der Nachhaltigkeit verstanden werden (vgl. Smith 2007). Doch auch wenn die TTI insgesamt einen Wertewandel befürworten, sind sie keine kohärenten, sondern heterogene Akteure, deren Engagierte verschiedene Erwartungen besitzen. Während einige ihr konkretes Projekt verwirklichen möchten, nehmen andere eine strategische Perspektive ein und möchten eine Transforma-

tion der Gesellschaft erreichen. Dies stellt das Idealbild einer in sich homogenen und kohärenten Nische in Frage und verweist vielmehr auf deren Vielfalt und Heterogenität (vgl. Hargreaves et al. 2013a).

Trotz dieser Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die vier TTI in der Dynamik, die sie in ihrem intermediären Handeln und ihrem Engagement für einen gesellschaftlichen Wandel entfalten konnten. Während die Transition-Town Hannover und Bluepingu vergleichsweise stabile Partnerschaften mit der Kommune etablieren konnten, haben Göttingen im Wandel und die Transition-Town Kassel trotz einer Vielzahl von Aktivitäten noch keine belastbaren Partnerschaften mit der Kommune entwickeln können. Im Unterschied zu Göttingen im Wandel verfolgen die Transition-Town Hannover, Bluepingu und die Transition-Town Kassel einen politischen Handlungsansatz. Sie gehen proaktiv auf die Kommunalpolitik und -verwaltung zu und beteiligen sich an Arbeitskreisen der Kommune bzw. versuchen diese zu initiieren. Sie versuchen transdisziplinäre Austauschformate zu schaffen (z. B. Runde Tische für ihre Projektideen), um einen Dialog zwischen der Kommune, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft herzustellen. Eine besondere Herausforderung besteht dabei in der Integration von Wirtschaftsakteuren. Während einige sich aufgeschlossen gegenüber einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zeigen, lehnen andere diese ab. Dieses intermediäre Handeln ist auch ein Prozess des Experimentierens mit verschiedenen Vernetzungs- und Austauschformaten.

Besonders ausgeprägt ist der politische Handlungsansatz der Initiative Bluepingu, die an einer Vielzahl von politischen Arbeitskreisen mitwirkt und ein zentraler Kooperationspartner innerhalb der Stadtgesellschaft Nürnbergs ist. Im Unterschied zu den anderen TTI hat Bluepingu eine politische Wirksamkeit durch Partnerschaften mit der Stadt Nürnberg wie der Fair Trade Town oder der BioMetropole erreicht. Die Transition-Town Hannover handelt als Multiplikator zwischen verschiedenen Akteuren und versucht, politische Gelegenheitsfenster zu nutzen, um ihre Projekte zu verwirklichen. Im Gegensatz zu Bluepingu und der Transition-Town Hannover bemüht sich die Transition-Town Kassel, die Kooperation mit der Kommune zu suchen und transdisziplinäre Dialogforen gemeinsam mit der Kommune ins Leben zu rufen, muss jedoch vielfach das Scheitern dieser Versuche erleben. Trotz einer proaktiven Ansprache der Kommune durch die Transition-Town Kassel stagnieren die Kommunikationsprozesse und der Austausch zwischen beiden, was nicht ausschließlich aber maßgeblich an fehlenden Ressourcen in der Kommunalverwaltung und dem fehlenden politischen Rückhalt liegt.

Im Unterschied zu den anderen TTI konzentriert sich Göttingen im Wandel auf die Umsetzung eigener Projekte, statt proaktiv den Dialog mit der Kommune und die Veränderung politischer Rahmenbedingungen zu suchen. Ihre Kommunikation mit der Kommune ist eher reaktiv, d. h. sie erbittet zum Beispiel Genehmigungen, wenn öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen diese für die Implementierung ihrer Projekte erfordern.

Die Erklärungsfaktoren für diese Unterschiede in der Kooperation der TTI mit der Kommune lassen sich der Makroebene der Strukturen, der Mesoebene der Institutionen und der Mikroebene der Akteure zuordnen. Auf der Makroebene zeigen sich die Unterschiede in den strukturellen Rahmenbedingungen der vier Städte.

Im Gegensatz zu den anderen Kommunen muss die Stadt Kassel mit deutlich schwierigeren strukturellen Rahmenbedingungen umgehen. In Anbetracht der Verschuldung und Finanzierungsengpässe der Kommune musste sie sich auf ihre Pflichtaufgaben konzentrieren und besaß kaum Kapazitäten für die Kooperation mit der Transition-Town Kassel oder anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Hierbei kommen ebenso die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Tragen, die die Aufgaben der Kommunen bestimmen. Nachhaltige Stadtentwicklung ist als eine freiwillige Aufgabe der Kommunen, nicht als eine Pflichtaufgabe definiert.

Auf der Mesoebene der Institutionen bewegen sich alle Kommunen im gleichen Kontext der Mehrebenen-Governance. Einerseits eröffnet dieser Governance-Kontext Handlungsmöglichkeiten für die lokalen Akteure. Die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen definieren wichtige Leitbilder für die Kommunen und sind zugleich ein Referenzpunkt für die TTI, den sie in ihren Argumenten für nachhaltige Stadtentwicklung gegenüber der Kommune einbringen können. Externe Förderstrukturen ermöglichen es den TTI, lokale Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu setzen. Durch den Wissensaustausch in transnationalen Netzwerken greifen die TTI innovative Ideen und gute Beispiele anderer Initiativen auf und passen sie bei der Entwicklung von Projekten an lokale Kontexte an. Diese Leitbilder, externen Förderprogramme und guten Beispiele erhöhen zudem die Legitimation der TTI gegenüber der Kommune. Andererseits erweisen sich manche rechtlichen Rahmenbedingungen der EU, des Bundes oder der Bundesländer (z. B. Stellplatzverordnung) als Hemmnisse für eine nachhaltige Stadtentwicklung, können aber allein auf diesen übergeordneten Ebenen verändert werden.

Unterschiede bestehen zwischen den parteipolitischen Konstellationen und der politischen Unterstützung für nachhaltige Stadtentwicklung, der Institutionalisierung von Intermediären für nachhaltige Stadtentwicklung innerhalb der Kommunalverwaltung und der Entwicklung einer Partizipationskultur. Der politische Rückhalt für nachhaltige Stadtentwicklung ist eine Bedingung für das Engagement der Kommune. Wenn der politische Willen besteht, die nachhaltige Stadtentwicklung zu befördern, können die originären Aufgaben der Kommune in diesem Sinne gestaltet werden. So engagieren sich die Landeshauptstadt Hannover und die Stadt Nürnberg besonders stark für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Stadt und wurden dafür als Nachhaltige Großstadt von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Ein vergleichbares politisches Votum für eine nachhaltige Stadtentwicklung fehlte bisher in der Stadt Kassel, während es in der Stadt Göttingen etwas verhaltener ausfällt.

Hierbei werden jedoch Unterschiede zwischen den inhaltlichen Handlungsfeldern und dem Anspruch der Projekte sichtbar, die stärker oder schwächer durch das öffentliche Hoheitsgebiet der Kommune definiert sind. Daher ist die politische Unterstützung durch den Stadtrat in einigen Themenfeldern essenziell (eine notwendige Bedingung), während sie in anderen Themenfeldern unterstützend, aber nicht notwendig für das Engagement der TTI ist. Diese Differenzen lassen sich an den Handlungsfeldern Wohnen und Bauen, urbane Landwirtschaft und Mobilität darstellen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte können die TTI auf Grundstücken im Privateigentum und durch privates Engagement verwirklichen. Die Idee eines Eco-Village als eine Form des experimentellen Wohnens bedarf hingegen der Planung

und somit der politischen Unterstützung durch die Kommune. Gemeinschaftsgärten können die TTI auf privaten Flächen und durch privates Engagement gründen. Soll die Idee der Essbaren Stadt jedoch auf öffentlichen Grünflächen verwirklicht werden, setzt dies die Kooperation mit der Kommune voraus. Die Verkehrsinfrastruktur der Städte ist öffentliches Hoheitsgebiet der Kommune. Die TTI können durch Eigeninitiative ein ergänzendes Angebot nachhaltiger Mobilitätsformen wie die Bereitstellung von Lastenfahrrädern oder Leihrädern schaffen. Die Umwidmung von Verkehrsfläche zwischen Fußgängern, Fahrradfahrern und Autofahrern kann aber nur durch die Kommunen erfolgen. Eine Veränderung dieser Verkehrsinfrastrukturen kann demzufolge nur durch einen politischen Handlungsansatz erreicht werden. Sie bedarf der Mobilisierung politischer Mehrheiten und politischer Beschlüsse des Stadtrats.

Die Idee einer urbanen ökologischen Landwirtschaft erfährt in der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Nürnberg eine große politische Unterstützung, die mit dem Agrikulturprogramm (2017) und der BioMetropole (2003) eigene Handlungsprogramme entworfen hat. Entsprechend haben sich in beiden Städten die stärksten Partnerschaften zwischen den TTI und den Kommunen zur urbanen Landwirtschaft herausgebildet. In Nürnberg entwickelt die BioMetropole eine eigene Dynamik, weil sie auch von der lokalen Wirtschaft befürwortet wird. Besonders die NürnbergMesse als Veranstalter der BIOFACH, der Weltleitmesse für ökologische Lebensmittel, tritt als Fürsprecher für die ökologische Landwirtschaft auf und hat ein eigenes Interesse, Bio als Markenzeichen von Nürnberg zu etablieren.

Diese Differenzen in der politischen Unterstützung spiegeln sich in der Institutionalisierung von Intermediären für die nachhaltige Stadtentwicklung wider. Während die Landeshauptstadt Hannover und die Stadt Nürnberg mit dem Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro und dem Agenda 21 Büro regime-basierte Transition-Intermediäre und mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung verwaltungsinterne Koordinationsinstrumente geschaffen haben, sind die Organisationseinheiten in der Stadt Göttingen und der Stadt Kassel anders gestaltet. Die Stadt Göttingen hat keine Lokale Agenda 21 gegründet, sondern allein für den Klimaschutz die horizontale Stabsstelle Klimaschutz und Energie eingerichtet. Diese bemüht sich, ein horizontales Verständnis von Klimaschutz zu etablieren, sieht sich aber oftmals mit einem ressortspezifischen Verständnis von Stadtentwicklung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit konfrontiert. In der Stadt Kassel ist die Lokale Agenda 21 nur von marginaler Bedeutung. Die Rolle eines Intermediärs zwischen der Transition-Town Kassel und der Kommune hat vielmehr das ehemalige Zukunftsbüro (2008 bis 2018) übernommen. Dies war aber per se keine Organisationseinheit für nachhaltige Stadtentwicklung, sondern für die Partizipation der Bürgerschaft, die Unterstützung der Ehrenamtlichen und die Integration der Zugewanderten.

Die Partizipationsstrukturen der Kommunen bilden wichtige Schnittstellen für die Kommunikation und Kooperation mit den TTI. Der Vergleich zwischen den Institutionen der Kommunen zeigt die Unterschiede der Partizipationskulturen und -formate, die sich in den Städten herausgebildet haben. Diese sind in der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Nürnberg stärker etabliert als in Göttingen und Kassel. Nürnberg hebt sich zudem durch seine ausgeprägte Konsenskultur von den anderen Städ-

ten ab. Es besitzt eine Tradition der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements und folgt einem Leitbild der aufsuchenden Partizipation, die die Menschen proaktiv vor Ort anspricht. Die thematischen Arbeitskreise und die dezentralen Partizipationsstrukturen in den Quartieren eröffnen eine Vielzahl von Zugangspunkten für Bluepingu.

Auf der Mikroebene der Akteure lassen sich Differenzen sowohl zwischen den TTI als auch den Kommunen beobachten. Die vier TTI unterscheiden sich in der Professionalisierung ihrer Engagierten. Während die Engagierten der Transition-Town Hannover und bei Bluepingu sehr professionalisiert sind und Fähigkeiten besitzen, in transnationalen Netzwerken zu agieren und sich externe Förderstrukturen zu erschließen, stellen diese Aufgaben für Göttingen im Wandel und die Transition-Town Kassel größere Herausforderungen dar. Diese Professionalisierung und das Wissen über transnationale Netzwerke und externe Förderstrukturen sind wichtige Erklärungsfaktoren für die Effektivität der TTI. Auch in der Kommune wirken Individuen als regime-basierte Transition-Intermediäre. Es muss folglich zwischen den Institutionen und den Individuen unterschieden werden. Zum einen sind Individuen in institutionelle Kontexte eingebettet. Zum anderen können sie diese aus der Distanz betrachten, hinterfragen und verändern (vgl. Schmidt 2008). So bemühen sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker und Verwaltungsbeamte aus eigener Überzeugung und Motivation, den Wandel zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung von oben anzustoßen. Sie versuchen, die Institutionen von innen heraus zu verändern. Dieses individuelle Engagement findet sich in allen vier Kommunen. Doch kann es abhängig vom politischen Kontext (Mesoebene) und strukturellen Kontext (Makroebene) eine größere Wirkung in Hannover und Nürnberg entfalten als in Göttingen und Kassel.

Die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken der Partnerschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung lassen sich folglich aus dem Zusammenwirken dieser Makro-, Meso- und Mikrofaktoren erklären. Diese können in den folgenden Hypothesen zusammengefasst werden.

Die Makroebene der Strukturen:

- Strukturelle Ressourcen vergrößern die Handlungsspielräume der Kommunen, Partnerschaften mit den TTI zu bilden.

Die Mesoebene der Institutionen:

- Wenn es einen politischen Rückhalt für die nachhaltige Stadtentwicklung gibt, können die originären Aufgaben der Kommune in diesem Sinne gestaltet und Partnerschaften mit den TTI befördert werden.
- Die Institutionalisierung nachhaltiger Stadtentwicklung in den Institutionen von Kommunalpolitik und -verwaltung durch regime-basierte Transition-Intermediäre (wie ein Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro), eine Nachhaltigkeitsberichterstattung oder Partizipationsstrukturen befördert Partnerschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

- Die Wirkungen des Kontexts der Mehrebenen-Governance sind ambivalent. Einerseits stärken normative Leitbilder, finanzielle Förderprogramme und gute Beispiele anderer Initiativen die Legitimation der TTI gegenüber der Kommune. Andererseits können rechtliche Rahmenbedingungen der EU, des Bundes oder der Bundesländer auch die Nicht-Nachhaltigkeit festschreiben und das Engagement der TTI für eine nachhaltige Stadtentwicklung behindern.

Die Mikroebene der Individuen:

- Die Professionalität der TTI und ihre Fähigkeiten, in Netzwerken zu agieren und sich Förderstrukturen zu erschließen, erhöhen die Effektivität der TTI.
- Das Engagement individueller regime-basierter Transition-Intermediäre befördert die Partnerschaften für die nachhaltige Stadtentwicklung.

In demokratisch verfassten Gesellschaften bedarf nachhaltige Stadtentwicklung der politischen Konsensbildung. Sie muss sich daher unausweichlich mit den politischen Konflikten und sozio-ökonomischen Verteilungsfragen zwischen den befürwortenden und gegnerischen Meinungen über den Wandel zur Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Diese werden in der Literatur als die „politics of sustainability transitions“ (Meadowcroft 2009, 2011) charakterisiert. Die TTI versuchen, ein alternatives Regime der Nachhaltigkeit aufzubauen, bleiben aber vorsichtig, das alte Regime der Nicht-Nachhaltigkeit aufzubrechen und zu destabilisieren. Der Aufbau eines neuen Regimes lässt sich politisch einfacher durchsetzen als der Rückbau des bestehenden Regimes, der hochpolitisiert ist und mit größeren Verteilungskonflikten einhergeht. Dies verdeutlicht die Fragilität und Unsicherheit intermediären Handelns (Marvin et al. 2011).

In diesem demokratischen Institutionengefüge sind TTI legitime, aber keine demokratisch repräsentativen Akteure. Als zivilgesellschaftliche Initiativen erheben die TTI keinen Anspruch auf politische Repräsentativität, sondern sprechen für Partikularinteressen. Sie zeichnen sich vielmehr durch ihre parteipolitische Neutralität und ihre Rolle als außerparlamentarische Opposition aus. Mit ihren Aktivitäten erreichen die TTI allein einen marginalen Teil der Stadtgesellschaft, der als ein grüner, linker und sozial-orientierter Bevölkerungsteil charakterisiert werden kann.

Der Wandel zu einer nachhaltigen Stadt muss deshalb durch die Verbindung eines Wandels von unten durch die Zivilgesellschaft und eines Wandels von oben durch die Kommunalpolitik und -verwaltung erfolgen. Neue Strukturen der Transition-Governance bedürfen der Kombination verschiedener Intermediäre, die ein je eigenes Potenzial besitzen, als Vermittler und Übersetzer zu handeln. Nischen-Intermediäre besitzen mehr Unabhängigkeit, Freiheit und Kreativität, um unkonventionelle und innovative Ideen zu entwickeln. Regime-basierte Transition-Intermediäre verfügen über wichtiges Fach- und Prozesswissen, um politische Konzepte und Projekte zu formulieren und zu implementieren. Durch diese Expertise wissen sie, wie innovative Ideen in etablierte Institutionen kommuniziert und institutionalisiert werden können. Es ist folglich notwendig, dass eine Vielfalt an Intermediären zusammenwirkt.

7.2 Handlungsansätze für Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung

Aus den Ergebnissen des Projekts lassen sich verschiedene Handlungsansätze ableiten und begründen. Nicht alle sind gänzlich neu und lassen sich nur aus dieser Untersuchung ableiten. Viele wurden auch an anderen Stellen empfohlen und gefordert. Sie werden dann hier erneut formuliert und angereichert, wenn sie einem partnerschaftlichen Miteinander von TTI und Kommunen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zuträglich erscheinen und insbesondere den intermediären Raum zwischen beiden Akteuren konstruktiv ausfüllen.

Die nachfolgenden Handlungsansätze richten sich dabei entweder vorrangig an die TTI oder die Kommune oder explizit an beide Akteure.

Handlungsansätze, die sich vorrangig an TTI richten:

1. Übersetzung der praktischen Arbeit in die politische Arbeit vollziehen

Das Engagement und die Erfahrungen aus konkreten Projekten der TTI sollten aktiv in politische Gremien der Kommunalpolitik -verwaltung hineingetragen werden, um ein Ideen- und Impulsgeber für Entscheidungsprozesse zu nachhaltiger Stadtentwicklung sein zu können. Es sollte daher eine Doppelstrategie aus praktischer und politischer Arbeit verfolgt werden.

2. Politische Mobilisierung durch zivilgesellschaftliche Petitionen erreichen

Werden politische Anliegen über Petitionen von der Zivilgesellschaft in die Kommunalpolitik eingebracht, können diese eine parteiübergreifende politische Mobilisierung erzeugen und Sachfragen aus der Parteipolitik und der Konkurrenz zwischen den politischen Fraktionen herausnehmen. Dies kann eine politische Kompromissfindung erleichtern. Zivilgesellschaftliche Petitionen können eine politische Legitimation für die Vorhaben der politischen Parteien und/oder der Kommunalverwaltung in der nachhaltigen Stadtentwicklung schaffen.

3. Eine konstruktive Haltung mit konkreten Lösungsvorschlägen weiterverfolgen

TTI nehmen in der Regel eine konstruktive Position ein, das heißt, sie wollen sich bewusst für etwas engagieren, nicht gegen etwas sein. Dabei sollten sie abstrakte Visionen von nachhaltigen, resilienten und suffizienten Städten in konkrete Problemlösungen für die Kommune übersetzen, die für Kommunalpolitik und -verwaltung implementierbar sind, statt diese mit systemisch-theoretischen Forderungen, die im Abstrakten verharren, zu überfordern. Sie können zugleich eigene Zukunftsvisionen für die Stadt, die Stadtteile und Quartiere entwerfen. Diese können den kommunalen Entwicklungsstrategien, wie integrierten Stadtentwicklungskonzepten, gegenübergestellt werden und auf diese Weise eigene Impulse für eine Diskussion um die zukünftige Gestaltung der Stadt setzen. Die TTI betonen

dabei in ihrer Haltung eine gewisse Offenheit und Pragmatismus und lehnen einen Dogmatismus und missionarischen Anspruch ab. Diese konstruktive Herangehensweise sollte bestärkt werden, denn sie erleichtert es den TTI, einen Dialog mit der Kommunalpolitik und -verwaltung herzustellen und Partnerschaften zu entwickeln.

4. Förderstrukturen kennen und Förderantragstellung professionell verfolgen

Vorausgesetzt, dass es ein übergeordnetes Ziel der TTI ist, eine größere Wirksamkeit zu entfalten, helfen eine Professionalisierung und das Wissen um die Förderstrukturen für Nachhaltigkeit und die Förderantragstellung der TTI, eine größere Effektivität zu erreichen.

5. Postwachstum in der Organisationsentwicklung denken

Je mehr eine TTI wächst, desto größer wird auch der Aufwand für ihre interne Koordination und die administrativen Aufgaben, die mit der Organisation und Verwaltung der TTI einhergehen. Deshalb kann es auch mit Blick auf die eigene Organisationsentwicklung sinnvoll sein, sich vom Wachstums- und Expansionsgedanken abzugrenzen. Auf diese Weise können die TTI die eigene Identität (u. a. Wertvorstellungen) und Flexibilität (u. a. Koordinationsaufwand) wahren, welche bei einem zu großen organisatorischen Wachstum leicht unterminiert werden können. Ganz konkret sollte beispielsweise eine Ausweitung der eigenen Arbeit auf weitere, bisher nicht bearbeitete Handlungsfelder im Rahmen von zusätzlichen Projekten, Kooperationen und Netzwerken kritisch geprüft und nicht in jedem Fall weiterverfolgt werden.

6. Das Gleichgewicht innerhalb der Gruppe bewahren

Oftmals gibt es in den TTI einzelne Schlüsselfiguren, die die treibende Kraft der Initiative und wichtige Vermittler und Übersetzer bei der Entwicklung von Partnerschaften sind. Dies kann aber zu einer Abhängigkeit des Teams von diesen Schlüsselfiguren und ebenso zu deren Überlastung führen. Deshalb sollte innerhalb der TTI darauf geachtet werden, dass die Aufgaben und Rollen zwischen den Engagierten auf eine ausgewogene Art und Weise verteilt sind. Bei einer externen Förderung von Projekten, durch die Personalstellen entstehen, stellt sich diese Frage für das Verhältnis zwischen den ehrenamtlich und den hauptamtlich Engagierten. Die TTI sollte innerhalb des Teams eine Balance zwischen beiden herstellen, um ein Vakuum zu verhindern, sobald die externe Förderung ausläuft. Im Teammanagement sollten die Rollen und die Mitwirkung jedes Einzelnen diskutiert werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Aktivitäten und Partnerschaften der TTI auf verlässliche Weise weitergeführt werden können.

7. Die eigene Nachhaltigkeit kultivieren

Das ehrenamtliche Engagement der TTI, zusätzlich zu anderen Pflichten wie der Erwerbsarbeit und dem Familienleben, birgt das Risiko der Überlastung und des Ausbrennens der Engagierten. Das Leitbild der Resilienz sollte deshalb nicht allein auf die Städte, sondern auch auf die persönliche Ebene übertragen werden. Die Engagierten sollten auf achtsame Weise mit den eigenen Ressourcen umgehen. Dazu gehören die Prioritätensetzung und die Auswahl

möglichst effektiver Interventionen, aber auch der Mut, Aufgaben zu beenden bzw. abzulehnen.

8. Die Kooperation mit lokalen Medien suchen

Vorausgesetzt, dass es eine Kooperationsbereitschaft von den lokalen Medien gibt, sollten die TTI die Zusammenarbeit mit diesen nicht scheuen, sondern suchen. Die Berichterstattung der lokalen Medien kann ein wichtiges Instrument sein, um politischen Druck für die Anliegen der TTI aufzubauen.

Handlungsansätze, die sich vorrangig an Kommunen richten:

9. Die explizite Verankerung von nachhaltiger Stadtentwicklung in allen Konzepten

Nachhaltige Stadtentwicklung ist mit einer Vielzahl von Interdependenzen zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Fragen sowie zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern, wie dem Bauen und Wohnen, der Mobilität, der Wirtschaft, der Landwirtschaft oder der Bildung, verbunden. Daher sollte eine integrative, gesamtsystemische Perspektive auf nachhaltige Stadtentwicklung entwickelt werden, die die verschiedenen Fachressorts und -ämter der Kommunalverwaltung integriert. Entsprechend sollte nachhaltige Stadtentwicklung explizit als eine Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Konzepten und Strategien verankert werden, sodass sich Anknüpfungspunkte für möglichst viele Akteure und Intermediäre aus unterschiedlichen Handlungsfeldern ergeben. Die ressortspezifischen Nachhaltigkeitsstrategien sollten in einem integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) zusammengeführt werden.

10. Die Etablierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung

Eine Nachhaltigkeitsberichterstattung hat zwei Funktionen. Zum einen stellt sie nach außen gegenüber der Bürgerschaft eine Transparenz zu den Aktivitäten der Kommune in der nachhaltigen Stadtentwicklung her. Zum anderen ist sie nach innen ein wichtiges Instrument der verwaltungsinternen Koordination. Die Nachhaltigkeitsziele können themenspezifisch von den einzelnen Fachressorts formuliert und implementiert werden. In regelmäßigen Abständen kann die Kommunalverwaltung gegenüber dem Stadtrat zu den Fortschritten (oder Rückschritten und potenziellen Lösungsansätzen) bei der Umsetzung dieser Ziele berichten. Diese Nachhaltigkeitsziele können sich am Leitbild der Sustainable Development Goals (SDGs) orientieren, wie sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development) im Jahr 2015 formuliert wurden.

11. Institutionalisierung von Intermediären zwischen der Stadtgesellschaft und der Kommunalpolitik und -verwaltung

Intermediäre sind zentrale Übersetzer und Vermittler zwischen verschiedenen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und -verwaltung, Wirtschaft und Wis-

senschaft. Ihr Handeln sollte als eine eigenständige Rolle anerkannt und institutionell gefördert werden. TTI sind dabei Intermediäre, die aus der Zivilgesellschaft heraus (von unten) als Kritiker und Impulsgeber für die Kommunalpolitik und -verwaltung in der nachhaltigen Stadtentwicklung agieren.

Es bedarf jedoch der Verknüpfung dieses Engagements der Intermediäre aus der Zivilgesellschaft mit Intermediären, die innerhalb der etablierten Institutionen von Kommunalpolitik und -verwaltung einen gesellschaftlichen Wandel zu einer nachhaltigen Stadt befördern. Diese Intermediäre für nachhaltige Stadtentwicklung sollten in Kommunalverwaltungen in zwei Formen verankert werden (doppelte Institutionalisierung):

- (1) als eine horizontale, ressortübergreifende Stabsstelle
- (2) als Referentinnen und Referenten für nachhaltige Stadtentwicklung in den einzelnen Fachressorts und -ämtern der Kommunalverwaltung.

Diese Intermediäre für nachhaltige Stadtentwicklung bedürfen eines expliziten Mandats für die ressortübergreifende Koordination zur nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Vermittlung zwischen der Kommune und der Bürgerschaft. Sie sollen den Kontakt zwischen den TTI und den Fachressorts herstellen und deren Zusammenarbeit unterstützen. Sie sollen zwischen den unterschiedlichen Handlungslogiken von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kommunalpolitik und -verwaltung vermitteln. Sie können dazu transdisziplinäre Dialogforen, wie Runde Tische oder ein Agendaplenum, anbieten, um den Austausch und die Kooperation zwischen der Zivilgesellschaft, der Kommunalpolitik und -verwaltung, der Wirtschaft und der Wissenschaft zu unterstützen.

12. Eine Bürgerschaftsberatung durch Intermediäre für nachhaltige Stadtentwicklung

Diese Intermediäre für nachhaltige Stadtentwicklung sollen die TTI unterstützen, einen Überblick über potenzielle Fördermittelgeber und deren Förderangebote für Nachhaltigkeit zu erhalten und bei der Erstellung von Förderanträgen beraten. Zudem sollten sie über Strukturen von Kommunalpolitik und -verwaltung, besonders der verschiedenen politischen Gremien und administrativen Fachressorts, informieren und den Zugang zu öffentlichen Dokumenten erleichtern.

13. Grüne Ökonomie versus Postwachstumsökonomie und Effizienz versus Suffizienz

Die TTI kritisieren das Leitbild der Grünen Ökonomie, die durch technologische Innovationen Effizienzgewinne erreichen und dadurch die Umwelt schützen möchte. Sie verweisen darauf, dass diese Effizienzgewinne durch sogenannte Rebound-Effekte konterkariert werden, da effiziente Technologien vermehrt genutzt werden und somit der gesamte Energie- und Ressourcenverbrauch konstant bleibt oder sogar erhöht wird. Sie argumentieren daher, dass es nicht vorrangig einen Wandel der Technologien, sondern vielmehr einen Wandel des Verhaltens braucht,

um den Energie- und Ressourcenverbrauch einzudämmen. Dem Leitbild der Effizienz stellen sie deshalb das Leitbild der Suffizienz gegenüber. Dies bedeutet weniger Konsum und die Loslösung vom ökonomischen Wachstumsparadigma. Bei der Wahl der Mittel, um den Wandel zu einer nachhaltigen Stadt zu erreichen, setzen die TTI daher nicht auf technologische Innovationen, sondern auf sozial-ökologische Innovationen, die die Bürgerinnen und Bürger zu einem Lebensstil der Genügsamkeit bewegen möchten. Dabei ist die Debatte um eine Loslösung vom Wachstumsparadigma sowie um die Limitationen technologischer Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme längst keine Nischenperspektive mehr, sondern in der Mitte der Gesellschaft und internationalen Debatte angekommen (vgl. Göpel 2020). Auch vor diesem Hintergrund sollten die Orientierung der Kommunen auf Wirtschaftswachstum und die Versuche, nachhaltige Stadtentwicklung primär durch technologische Innovationen zu verwirklichen, hinterfragt werden, wenngleich verschiedene systemisch bedingte Sachzwänge (z. B. Kopplung der Stadtentwicklung im Bereich Gewerbe mit Steuereinnahmen) große Hürden darstellen und ein solches Hinterfragen politisch unpopulär machen können.

14. Nachhaltige Stadtentwicklung als ein Beitrag zur Absicherung kommunaler Haushalte

Das Potenzial einer nachhaltigen Stadtentwicklung für die fiskalische Stabilität der Kommunen sollte anerkannt werden. Die Einsparung von Energie und Ressourcen, die mit einem Wandel zur Nachhaltigkeit einhergeht, führen über eine langfristige Perspektive auch zur Einsparung von Finanzen. Sie kann daher zur Absicherung kommunaler Haushalte beitragen.

15. Schulungen zu nachhaltigen Handlungspraktiken

Die Kommunen sind selbst Konsumenten, die Nachhaltigkeit in ihre eigenen Handlungspraktiken integrieren können. Schulungen und Workshops können dies unterstützen, indem sie Wissen zum nachhaltigen Handeln in der öffentlichen Beschaffung, dem Veranstaltungsmanagement, der Logistik und Dienstreisen sowie der Ernährung vermitteln. Diese Schulungen und Workshops können eine Vielzahl von Handlungsoptionen aufzeigen, um die Prozesse der Kommune nachhaltig zu gestalten.

16. Die lokale Verankerung von Transition-Town-Initiativen als eine Ressource

Durch ihre Verankerung in und Handlungsorientierung auf Kommunen, Quartiere und Nachbarschaften können TTI häufig eine einfachere und stärkere Verbindung und Nähe zu den Menschen vor Ort herstellen als die Kommunalpolitik und -verwaltung. Die lokale Orientierung der TTI sollte daher als eine Ressource erkannt und diese bewusst in Stadtentwicklungsprozesse in den Stadtteilen und Quartieren einbezogen werden. Dies bedeutet, das lokale Wissen der TTI als eine eigenständige Expertise anzuerkennen.

17. Die Interpretation von rechtlichen Rahmenbedingungen als eine Suche nach Lösungen

Die Hauptaufgabe kommunaler Verwaltungen ist die Anwendung und Durchsetzung bestehender Regeln (Gesetze,

Vorschriften), welche jedoch häufig Interpretationsspielraum zulassen. Die Möglichkeiten, die rechtliche Rahmenbedingungen für nachhaltiges Handeln eröffnen, sollten aufgezeigt und ausgeschöpft werden. Sollten sozial-ökologische Innovationen gegen bestehende rechtliche Rahmenbedingungen verstoßen, sollten diese Widersprüche zwischen den gegenwärtigen Institutionen und nachhaltigen Innovationen dokumentiert und – abhängig davon, ob Landes- oder Bundesrecht berührt ist – in den Fraktionen der Landtage oder des Bundestages zur Diskussion gestellt werden.

18. Bürgerbeteiligung als aufsuchende Partizipation

Für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sollten Partizipationsformate erprobt werden, die den „Prinzipien einer aufsuchenden Partizipation“ (NG 5) folgen und die Menschen vor Ort ansprechen. Dafür sind verschiedene Dialogformate denkbar, wie beispielsweise:

- Offene Fraktionssitzungen der politischen Parteien, zu denen interessierte Akteure eingeladen werden können, oder die mit Ortsbegehungen verbunden werden können, um den Dialog mit den betroffenen Akteuren vor Ort zu suchen.
- Eine Radtour der Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister mit den Verwaltungsangestellten durch die Stadtteile.
- Interventionen im öffentlichen Raum, wie Parklets, Parkplatzbegrünungen oder Baucontainer, damit die Menschen ihre Meinungen und Ideen dort sammeln können.
- Partizipationsformate zur Eigengestaltung der Stadt durch die Bürgerschaft, wie Baumpatenschaften, ein Freundschaftshain, in dem die Menschen selbst Bäume pflanzen können, oder Streuobstwiesen und essbare Gehölze auf öffentlichen Grünflächen, die von den Menschen gepflegt werden.
- Veranstaltung von Bio-Festivals im öffentlichen Raum wie „Bio erleben“ in Nürnberg.

Diese Partizipationsformate können auf die dezentrale Ebene der Stadtteile und Quartiere ausgeweitet werden, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Unterstützung und Beratung der zivilgesellschaftlichen Initiativen in den Stadtteilen zu fördern. Beispielsweise sind Dialogformate wie „Mein Quartier 2030“ oder Zukunftswerkstätten in den Stadtteilen denkbar. Ebenso haben sich Organisationen wie ein Stadtbezirks- oder Quartiersmanagement bewährt, deren Personal interdisziplinär mit verschiedenen Ansprechpersonen der Kommunalverwaltung zusammengesetzt sein sollte.

19. Kreativtechniken der Transition-Town-Initiativen in Partizipationsprozessen

Die TTI können die Kommunalpolitik und -verwaltung bei der Entwicklung neuer Diskussions- und Partizipationsformate beraten. Sie können Kreativtechniken wie das Dragon Dreaming, Ideenwerkstätten, das Erdforum oder Fishbowl-Diskussionen einbringen, gemeinsam mit der

Kommune weiterentwickeln und an die jeweiligen lokalen Kontexte (z. B. Stadtteile und Quartiere) anpassen. Rollenspiele, verbunden mit Begehungen der Arbeitsorte der Akteure, können einen Perspektivwechsel zwischen den verschiedenen Rollen von Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und -verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft ermöglichen. Diese Kreativtechniken können sowohl intern für Abstimmungsprozesse innerhalb von Kommunalpolitik und -verwaltung als auch extern für den Austausch zwischen der Kommune und der Bürgerschaft eingesetzt werden.

20. Stadtentwicklung durch Experimente

Das Experimentieren sollte als eine eigene Methode des politischen Handelns und der Stadtentwicklung anerkannt und eingesetzt werden. Alternative, unorthodoxe Ideen sollten durch bewusstes Experimentieren und Pilotvorhaben erprobt werden. Die Erfahrungen, die dabei gemacht werden, sollten systematisch dokumentiert und reflektiert werden, um Lernprozesse anstoßen und verstetigen zu können.

Handlungsansätze, die sich explizit an TTI und an Kommunen richten:

21. Vom Handeln zum Wissen

Um über einen Kreis von Gleichgesinnten und ökologisch Interessierten hinauszugelangen und eine Vielfalt von Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen, sollten Menschen nicht vorrangig über Wissen und Bildung (kognitive Ebene), sondern über praktisches Handeln (praktische Ebene) angesprochen werden. Nachhaltige Handlungsweisen und Lebensstile sollten durch konkrete Projekte praktisch aufgezeigt und erlebbar gemacht werden. Diese sollten es den Menschen ermöglichen, eigene Erfahrungen zu sammeln. Das bedeutet, dass Menschen nachhaltiges Handeln lernen, indem sie es praktizieren. Auch das Lernen von guten Beispielen und Ortsbegehungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalpolitikerinnen und -politikern und Verwaltungsangestellten können zeigen, wie sich abstrakte Ideen in konkrete Projekte übersetzen lassen. Diese praktischen Handlungsansätze sollten als eine eigene Form der Bildung für nachhaltige Entwicklung anerkannt und befördert werden. Eine partnerschaftliche Umsetzung durch Kommunen und TTI, zum Beispiel im Rahmen eines eigenen lokalen Handlungsprogramms, bietet sich hierfür an.

22. Die Kombination einer Vielfalt von Handlungsansätzen

Bei komplexen gesellschaftlichen Prozessen wie denen der nachhaltigen Stadtentwicklung gibt es nicht den einen idealtypischen, transformativen Handlungsansatz. Vielmehr sollten eine Vielzahl diverser Handlungsansätze miteinander kombiniert werden, denn Resilienz entsteht gerade aus Diversität. Mit den Worten von Leen Gorissen: „The next big thing will be a lot of small things.“ (Gorissen/Meynaerts 2018: 134).

23. Gleichberechtigte Partnerschaften zwischen den TTI und der Kommunalpolitik und -verwaltung

Bei der Etablierung von Partnerschaften zwischen den TTI und der Kommune sollte die Autonomie und die parteipoli-

tische Neutralität der TTI bewahrt werden. Die TTI sollten von der Kommunalpolitik und -verwaltung nicht für eigene Zwecke vereinnahmt werden. Vielmehr sollten gleichberechtigte und faire Grundlagen für die Kooperation zwischen den ehrenamtlich Engagierten und der Kommune entwickelt werden, um eine Begegnung beider auf Augenhöhe zu ermöglichen.

24. Vom punktuellen Wissensaustausch zu moderierten Partnerschaften

Vernetzungs- und Austauschforen sind sehr bedeutungsvoll, können aber unter Legitimationsdruck geraten und Interessenverlust hervorrufen, wenn sie nicht effektiv gestaltet sind und sich den Teilnehmenden nicht der unmittelbare Wert für das eigene Engagement erschließt. Sie bedürfen Moderatorinnen bzw. Moderatoren (z. B. aus der Wirtschaft oder Wissenschaft), die mit eigenen Ressourcen für ihre Arbeit als Vermittelnde und Übersetzende ausgestattet sind. Aufgabe dieser Moderatorinnen und Moderatoren ist es, diesen Austauschforen eine Struktur zu geben, sodass aus Ideen konkrete Kooperationsprojekte entwickelt und implementiert werden können. Diese Moderation sollte zudem die Verknüpfungen zu weiteren Planungsprozessen bzw. Aktivitäten der Kommune in der nachhaltigen Stadtentwicklung aufzeigen. Partnerschaften zwischen TTI und Kommunen sollten professionell angeleitete und moderierte Prozesse als Basis haben.

25. Ein zweistufiges Verfahren zur Förderantragstellung

Kommunen vergeben auf verschiedenen Wegen Fördermittel für zivilgesellschaftliche Initiativen (z. B. über lokale Handlungsprogramme). Durch ein zweistufiges Verfahren könnte eine Ko-Entwicklung von Förderanträgen ermöglicht werden. In einer ersten Stufe könnten die TTI eine Projektskizze einreichen, in der zunächst die Idee skizziert und nicht sofort an Förderregularien angepasst würde. In einer zweiten Stufe könnten die Initiativen in Absprache mit dem Fördergeldgeber für die positiv bewerteten Ideen einen Vollantrag entwickeln. Auf diese Weise könnte der Fördergeldgeber die TTI bei der Erstellung des Förderantrags beraten und die Effektivität dieses Prozesses erhöhen.

26. Eine institutionelle Förderung für Transition-Town-Initiativen

TTI kämpfen mit der sogenannten Projektitis. Projektbasierte, kurzfristige Förderungen zwingen sie beständig, neue Finanzmittel einzuwerben, und schaffen Unsicherheit für das Engagement der Initiative. Daher sollten langfristige Förderstrukturen geschaffen werden, um die langfristigen Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung verfolgen und bereits initiierte Projekte weiterentwickeln zu können. Es sollten deshalb Fördertöpfe für zivilgesellschaftliche Initiativen geschaffen werden, die zwei Formen der Förderung ermöglichen:

- Eine institutionelle Förderung zur Unterstützung der Institution (z. B. Personal und Mieten)
- Eine projektbezogene Förderung zur Umsetzung von Einzelprojekten

Die Fördermöglichkeiten sollten eine Vielfalt zivilgesellschaftlicher Initiativen unterstützen. Eine einseitige Fokussierung der Förderung auf die TTI könnte zu Lasten anderer zivilgesellschaftlicher Initiativen gehen.

7.3 Ausblick und weitere Forschungsbedarfe

Die Stärkung intermediärer Akteure und Strukturen allein wird das Problem unnachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsweisen nicht lösen. Umgekehrt sind teigreifende gesellschaftliche Transformationsprozesse kaum vorstellbar, wenn sie nicht sektorübergreifend (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft) gedacht, organisiert und durchgeführt werden. Die Tatsache, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Transition-Town-Bewegung entwickelt haben, die konkret an Lösungen zur Bewältigung der globalen ökologischen Krise arbeiten, sollte wertgeschätzt und als Chance begriffen werden. Gerade auch und insbesondere von Politik und Verwaltung, die per Definition dem Gemeinwohl verpflichtet sind, in den vergangenen Jahrzehnten jedoch nur sehr begrenzt in der Lage waren, gemeinwohlgefährdende und sogar existenzbedrohende da systemrelevante Entwicklungen wie den Biodiversitätsverlust oder den Klimawandel adäquat und effektiv zu adressieren.

Im Ergebnis ist die Diskrepanz zwischen dem Energie- und Ressourcenverbrauch der aktuellen Lebens- und Wirtschaftsweisen im Vergleich zu solchen, die die Regenerationsfähigkeit ökologischer Systeme auf planetarer Ebene respektieren, stetig gewachsen. Zivilgesellschaftlichen Initiativen wie der Transition-Bewegung (oder auch jüngst Fridays for Future), die diese Diskrepanz sichtbar machen und im Theoretischen wie im Praktischen adressieren, nun Radikalität vorzuwerfen, oder sie mit dem Hinweis auf Partikular- und Eigeninteressen abzutun, wie vielfach geschehen, scheint vor diesem Hintergrund unangebracht, fast schon zynisch. Dass dies nicht so sein muss, zeigen Städte wie Nürnberg und Hannover. Es lohnt daher ein Blick in die dort aufgebauten Partnerschaften, die zur Nachahmung empfohlen werden können. Dennoch steht man auch in diesen Städten eher am Anfang denn am Ende einer gemeinsamen Aufgabe – einer tatsächlich nachhaltigen Stadtentwicklung. Die wirklich kritischen Themen und tiefgreifenden Veränderungen (z. B. Mobilitätswende) stehen erst noch an, zumindest was die kooperative Umsetzung jenseits von politischen Absichtserklärungen angeht. Insofern bleibt zu wünschen, dass die mühsam und mit viel Engagement von beiden Seiten aufgebauten Partnerschaften in belastbare Strukturen überführt und weiter gestärkt werden, unter anderem um sie resilient gegenüber personellen Veränderungen zu machen, aber auch um die tatsächliche Wirksamkeit mit Blick auf die angesprochenen Herausforderungen zu erhöhen. Dies kann dann gelingen, wenn die Stärken beider Akteure, so etwa die Kreativität, Agilität, Handlungsorientierung und Bürgernähe der TTI und die Ressourcen, die fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen in Politik und Verwaltung, miteinander gekoppelt werden.

Weitere inter- und transdisziplinäre Forschungen sollten unter anderem versuchen Klarheit darüber zu gewinnen, wie in inter-

mediären Räumen erarbeitete Lösungen zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen auf eine gesamtstädtische Ebene (u. a. räumlich, sozio-ökonomisch) zu skalieren sind, wie in diesem Zusammenhang intermediäre Strukturen mit den grundlegenden Mechanismen der repräsentativen Demokratie in Einklang zu bringen sind und wie intermediäre Räume in unterschiedlichen Raumtypen (Groß-, Mittel-, Kleinstädte, Regionen, periphere Räume) in Zukunft physisch und digital effektiv und gerecht gestaltet werden können.

Anhang

Anhang 1: Leitfragen für die semi-strukturierten Interviews

1. Motivation und Entwicklung des Engagements für nachhaltige Stadtentwicklung

- Was war Ihre Motivation für die Gründung der TTI/Ihr Engagement in der nachhaltigen Stadtentwicklung?
- Wie ist die Idee für das Engagement entstanden?
- Was ist das Zukunftsbild/die Vision der TTI für die Kommune? / Was ist das Zukunftsbild/die Vision der Kommunalpolitik und -verwaltung für die Kommune?
- Wie hat sich die TTI im Zeitverlauf entwickelt? / Wie hat sich das Engagement der Kommune für nachhaltige Stadtentwicklung im Zeitverlauf entwickelt?
- In welchen Handlungsfeldern engagiert sich die TTI? / In welchen Handlungsfeldern engagiert sich die Kommune?

2. Kooperation und Partnerschaften innerhalb der Stadtgesellschaft für nachhaltige Stadtentwicklung

2.1 Kooperation mit Kommunalpolitik und -verwaltung

- Kooperiert die TTI mit der Kommunalpolitik und -verwaltung? Wenn ja, mit wem und warum arbeiten Sie zusammen?
- Wer hat die Kooperation initiiert?
- Wie gestaltet sich die Kooperation?
- Wie hat sich die Kooperation im Zeitverlauf entwickelt?
- Über welche Formate kooperieren Sie miteinander (informeller Austausch, Internetplattform, Beratungsgremien, Runde Tische, Bürgerbeteiligungsprozesse etc.)?
- Welche Chancen sehen Sie in der Kooperation?
- Welche Herausforderungen begleiten die Kooperation?
- Gibt es bereits Lösungsansätze/-ideen für diese Herausforderungen?

2.2 Kooperation mit weiteren Akteuren in der Stadtgesellschaft

- Kooperiert die TTI mit weiteren Akteuren in der Stadtgesellschaft? Wenn ja, mit wem und warum arbeiten Sie zusammen?
 - Zivilgesellschaftliche Initiativen
 - Wirtschaftliche Akteure
 - Wissenschaftliche Akteure
- Wer hat die Kooperation initiiert?
- Wie gestaltet sich die Kooperation?
- Wie hat sich die Kooperation im Zeitverlauf entwickelt?
- Über welche Formate kooperieren Sie miteinander (informeller Austausch, Internetplattform, Beratungsgremien, Runde Tische, Bürgerbeteiligungsprozesse etc.)?
- Welche Chancen sehen Sie in der Kooperation?
- Welche Herausforderungen begleiten die Kooperation?
- Gibt es bereits Lösungsansätze/-ideen für diese Herausforderungen?

3. Handlungspotenziale und Grenzen im Engagement für nachhaltige Stadtentwicklung

3.1 Potenziale und Chancen

- Welche Potenziale und Chancen sehen Sie in Ihrem Engagement für die Kommune?
- Wie würden Sie die Wirkung der TTI auf die Stadtgesellschaft beschreiben?

3.2 Herausforderungen und Grenzen

- Welche Herausforderungen und Grenzen begegnen Ihnen bei Ihrem Engagement in der Kommune?
- Was betrachten Sie als wichtige Ressourcen für das Engagement der TTI (finanzielle Ressourcen – welche Finanzierungsquellen, politische Konstellationen, Gelegenheitsfenster, etc.)? Warum halten Sie diese Ressourcen für wichtig?
- In welchen Bereichen ist die TTI bei Ihrem Engagement an Grenzen gestoßen?

4. Erfahrungen und Lernen

TTI:

- Was hat die TTI aus ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement für eine nachhaltige Entwicklung der Kommune gelernt?
- Was hat die TTI aus der Kooperation mit der Kommune gelernt?
- Wie kommunizieren Sie diese Erfahrungen innerhalb der TTI?

Kommunalpolitik und -verwaltung:

- Was haben Kommunalpolitik und -verwaltung aus ihrem Engagement für eine nachhaltige Entwicklung der Kommune gelernt?
- Was haben Kommunalpolitik und -verwaltung aus der Kooperation mit den TTI gelernt?
- Wie kommunizieren Sie diese Erfahrungen innerhalb von Kommunalpolitik und -verwaltung?

TTI und Kommunalpolitik und -verwaltung:

- Haben sich die Kooperationsformen/-formate zwischen TTI und der Kommune im Zeitverlauf verändert? Wenn ja, wie?

5. Demokratische Legitimität der TTI

- Wen möchte die TTI mit ihren Anliegen erreichen/ansprechen?
- Als wie repräsentativ wird die TTI in der Stadtgesellschaft wahrgenommen? Für wen sprechen Sie in der Stadtgesellschaft? Für wen stehen die Anliegen und Ziele, die die TTI vertritt?
- Als wie legitim wird das Engagement der TTI in der Stadtgesellschaft wahrgenommen?

6. Weitere Anregungen und Kritik

- Haben Sie weitere Ideen, Kritikpunkte, offene Fragen, die wir bisher nicht angesprochen haben?

Anhang 2: Analysekatogorien für die qualitative Inhaltsanalyse

Kategorien	Sub-Kategorie	Sub-sub-Kategorie	
Denkweisen (Kultur)	Normative Position und Ziele	Suffizienz Resilienz Postwachstum	
		Nachhaltigkeit: ökologisch, sozial, ökonomisch	
	Visionen	Transformation	
		Ökologische Modernisierung	
	Ansatz der nachhaltigen Stadtentwicklung	Sozial-ökologische Innovationen	
		Technologische Innovationen	
	Zeithorizonte	Langfristig	
		Kurz- und mittelfristig	
	Handlungsweisen (Praktiken)	Ansatz politischen Handelns	Radikaler politischer Aktivismus
			Reform-orientierte inkrementelle Ansätze
Gesellschaftlicher Wandel von unten			
Gesellschaftlicher Wandel von oben			
Politisch			
Apolitisch			
Hierarchisch			
Partizipativ			
Formen der Planung und Implementierung		Partizipation und Ermächtigung	
		Repräsentative Legitimität	
		Unsicherheit und Vieldeutigkeit	
		Kontrolle und Sicherheit	
		Experimentieren	
		Risikoaversion	
Reflexion		Ermutigung zur Reflexion	
		Konformität	
Themenbereiche		Bildung	
		Innerer Wandel	
		Soziokultur	
		Ernährung	
		Wirtschaft	
		Energie	
		Mobilität	
	Konsum		
	Bauen & Wohnen		

Kategorien	Sub-Kategorie	Sub-sub-Kategorie
Intermediäres Handeln	Vernetzung	Gemeinsame Infrastrukturen
		Abstimmung Aktivitäten
		Partnerschaften
	Übersetzung	Widersprüche des Systems
		Konflikte
		Konfliktvermittlung
		Feedbackschleifen zwischen Akteuren
		Lernen erster Ordnung: Praktiken & Strukturen Soziales Lernen
		Lernen zweiter Ordnung
	Handlungspotenziale	Wirkungen Stadtgesellschaft
		Stabilität
	Grenzen	Abhängigkeiten
		Ressourcen: Politisch Ideologisch Finanziell Organisatorisch Juristisch
		Öffentliches Hoheitsgebiet
	Demokratische Legitimität	Repräsentanz
Legitimität		

Anhang 3: Übersicht der Interviews*

Interviews zu den Fallstudien

Stadt	Interviewcode	Akteurstyp
Hannover	HN 1	Zivilgesellschaft
	HN 2	Öffentliche Verwaltung
	HN 3	Politik
	HN 4	Zivilgesellschaft
	HN 5	Politik
	HN 6	Zivilgesellschaft
	HN 7	Öffentliche Verwaltung
	HN 8	Zivilgesellschaft
Nürnberg	NG 1	Zivilgesellschaft
	NG 2	Öffentliche Verwaltung
	NG 3	Öffentliche Verwaltung
	NG 4	Öffentliche Verwaltung
	NG 5	Öffentliche Verwaltung
	NG 6	Wirtschaft/Zivilgesellschaft
Göttingen	GT 1	Zivilgesellschaft
	GT 2	Zivilgesellschaft
	GT 3	Zivilgesellschaft
	GT 4	Öffentliche Verwaltung
	GT 5	Öffentliche Verwaltung
	GT 6	Öffentliche Verwaltung
Kassel	KL 1	Zivilgesellschaft
	KL 2	Zivilgesellschaft
	KL 3	Öffentliche Verwaltung
	KL 4	Politik
	KL 5	Politik
	KL 6	Öffentliche Verwaltung

Anhang 4: Webseiten der Transition Town Initiativen

TT Göttingen 2018: Transition Charta. [online]

<https://www.goettingen-im-wandel.de/index.php/leitbild/unsere-charta>.

Aufgerufen am 05.06.2018

Transition Initiativen 2018: Unsere Philosophie. [online]

<https://www.transition-initiativen.de/unsere-philosophie-transition-charta>.

Aufgerufen am 28.05.2018

TT Leipzig 2018: Gruppen & Projekte. [online]

<http://www.transitiontown-leipzig.de/arbeitsgruppen/>.

Aufgerufen am 29.05.2018

TT Bielefeld 2018: Gruppen. [online]

<http://www.ttbielefeld.de/node/28>.

Aufgerufen am 28.05.2018

Permanent culture now 2018: Introduction to Transition. [online]

<http://www.permanentculturenow.com/introduction-to-transition/>.

Aufgerufen am 24.07.2018

Literaturverzeichnis

- Affolderbach, J/Schulz, C (2016): Mobile Transitions: Exploring Synergies for Urban Sustainability Research. *Urban Studies* 53: 1942-1957. <https://doi.org/10.1177/0042098015583784>.
- Aiken, GT (2017): The Politics of Community: Togetherness, Transition and Post-politics. *Environment and Planning A* 49:2383–2401. <https://doi.org/10.1177/0308518X17724443>.
- Artmann, M/Sartison, K (2018): The Role of Urban Agriculture as a Nature-Based Solution: A Review for Developing a Systemic Assessment Framework. *Sustainability* 10: 1937. <https://doi.org/10.3390/su10061937>.
- Barnes, P (2015): The Political Economy of Localization in the Transition Movement. *Community Development Journal* 50: 312-326. <https://doi.org/10.1093/cdj/bsu042>.
- Barr, S/Pollard, J (2017): Geographies of Transition: Narrating Environmental Activism in an Age of Climate Change and 'Peak Oil'. *Environment and Planning A: Economy and Space* 49: 47-64. <https://doi.org/10.1177/0308518X16663205>.
- Barry, J (2012): The Politics of Actually Existing Unsustainability: Human Flourishing in a Climate-Changed, Carbon Constrained World. Oxford University Press, Oxford, New York.
- Beck, S/Schnur, O (2016): Mittler, Macher, Protestierer: intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. *jovis*, Berlin.
- Berkvist, A-K/Söderholm, K (2011): Green Innovation Systems in Swedish Industry, 1960–1989. *Business History Review* 85: 677-698. <https://doi.org/10.1017/S0007680511001152>.
- Birkmann, J/Böhm, HR/Buchholz, F et al (2011): Glossar Klimawandel und Raumentwicklung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover.
- Blum, A/Egermann, M/Ehnert, F/Reiß, K (2016): Nachhaltig Leben in Dresden: Bausteine für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft. Leibniz Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden.
- Borgström, S/Zachrisson, A/Eckerberg, K (2016): Funding Ecological Restoration Policy in Practice—Patterns of Short-Termism and Regional Biases. *Land Use Policy* 52: 439-453. <https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2016.01.004>.
- Brangwyn, B/Hopkins, R (2008): Transition Initiatives Primer: Becoming a Transition Town, City, District, Village, Community or Even Island. Transition Network, Totnes, Devon, UK.
- Bulkeley, H/Broto, VC/Hodson, M/Marvin, S (2013a): Cities and Low Carbon Transitions. Routledge, London.
- Bulkeley, H/Castán Broto, V/Maassen, A (2013b): Governing Urban Low Carbon Transitions. In: Bulkeley, H/Castán Broto, V/Hodson, M/Marvin S (eds.) *Cities and Low Carbon Transitions*. Routledge, Taylor & Francis Group, London; New York, 29-41.
- Cabannes, Y/Raposo, I (2013): Peri-Urban Agriculture, Social Inclusion of Migrant Population and Right to the City: Practices in Lisbon and London. *City* 17: 235-250. <https://doi.org/10.1080/13604813.2013.765652>.
- Camps-Calvet, M/Langemeyer, J/Calvet-Mir, L et al (2015): Soaring Resilience and Contestation in Times of Crises: The Case of Urban Gardening Movements in Barcelona. *The Open Journal of Sociopolitical Studies* 8: 417-442.
- Chan, J/Pennisi, L/Francis, CA (2016): Social-Ecological Refuges: Reconnecting in Community Gardens In Lincoln, Nebraska. *Journal of Ethnobiology* 36: 842. <https://doi.org/10.2993/0278-0771-36.4.842>.
- Chatterton, P/Cutler, A (2008): The Rocky Road to a Real Transition: The Transition Towns Movement and What It Means for Social Change. Verlag?
- Christmann, GB/Ibert, O (2012): Vulnerability and Resilience in a Socio-Spatial Perspective: A Social-Scientific Approach. *Raumforschung und Raumordnung* 70: 259-272. <https://doi.org/10.1007/s13147-012-0171-1>.
- Coaffee, J/Healey P (2003): 'My Voice: My Place': Tracking Transformations in Urban Governance. *Urban Studies* 40: 1979-1999. <https://doi.org/10.1080/0042098032000116077>.
- Comstock, N/Dickinson, L. Miriam/Marshall, JA et al (2010): Neighborhood Attachment and Its Correlates: Exploring Neighborhood Conditions, Collective Efficacy, and Gardening. *Journal of Environmental Psychology* 30: 435-442. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2010.05.001>.
- Connors, P/McDonald, P (2011): Transitioning Communities: Community, Participation and the Transition Town Movement. *Community Development Journal* 46: 558-572. <https://doi.org/10.1093/cdj/bsq014>.
- Dimitrov, V/Goetz, KH/Wollmann, H (2006): Governing After Communism: Institutions and Policymaking. Rowman & Littlefield Publishers, Lanham USA.
- Ebinger, F/Link, D (2015): Nachhaltige Metropolregion Nürnberg: Analyse zum Stand von Nachhaltigkeitsnetzwerken in der Metropolregion Nürnberg. Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Nürnberg.
- Ehnert, F (2019): Climate Policy in Denmark, Germany, Estonia and Poland: Ideas, Discourses and Institutions. Edward Elgar Publishing, Cheltenham, UK and Northampton, USA.

- Ehnert, F/Kern, F/Borgström, S et al (2018): Urban Sustainability Transitions in a Context of Multi-level Governance: A Comparison of Four European States. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 26: 101-116. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2017.05.002>.
- Evans, M/Marsh, D/Stoker, G (2013): Understanding Localism. *Policy Studies* 34: 401-407. <https://doi.org/10.1080/01442872.2013.822699>.
- Felicetti, A (2013): Localism and the Transition Movement. *Policy Studies* 34: 559-574. <https://doi.org/10.1080/01442872.2013.862449>.
- Feola, G/Nunes, R (2014): Success and Failure of Grassroots Innovations for Addressing Climate Change: The Case of the Transition Movement. *Global Environmental Change* 24: 232-250. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2013.11.011>.
- Fischer, F (2000): *Citizens, Experts, and the Environment: The Politics of Local Knowledge*, 3. pr. Duke Univ. Press, Durham [u.a]
- Fischer, J/Guy, S (2009): Re-Interpreting Regulations: Architects as Intermediaries for Low-Carbon Buildings. *Urban Studies* 46: 2577:2594. <https://doi.org/10.1177/0042098009344228>.
- Fischer, L-B/Newig, J (2016): Importance of Actors and Agency in Sustainability Transitions: A Systematic Exploration of the Literature. *Sustainability* 8: 476. <https://doi.org/10.3390/su8050476>.
- Frantzeskaki, N/Castán Broto, V/Coenen, L/Loorbach, D (2017): *Urban Sustainability Transitions*. Routledge, New York, USA; Abingdon Oxon UK.
- Frantzeskaki, N/Dumitru, A/Anguelovski, I et al (2016): Elucidating the Changing Roles of Civil Society in Urban Sustainability Transitions. *Current Opinion in Environmental Sustainability* 22: 41-50. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2017.04.008>.
- Frantzeskaki, N/Loorbach, D/Meadowcroft, J (2012): Governing Transitions to Sustainability: Transition Management as a Governance Approach Towards Pursuing Sustainability. *International Journal of Sustainable Development* 1-18.
- Geels, F/Deuten, JJ (2006): Local and Global Dynamics in Technological Development: A Socio-Cognitive Perspective on Knowledge Flows and Lessons from Reinforced Concrete. *Science and Public Policy* 33: 265-275. <https://doi.org/10.3152/147154306781778984>.
- Geels, FW (2012): A Socio-Technical Analysis of Low-Carbon Transitions: Introducing the Multi-Level perspective Into Transport Studies. *Journal of Transport Geography* 24: 471-482. <https://doi.org/10.1016/j.jtrangeo.2012.01.021>.
- Göpel, M (2020): *Unsere Welt neu denken. Eine Einladung*. Ullstein Verlag. Stadt?
- Göpel, M (2017): Shedding Some Light On the Invisible: The Transformative Power of Paradigm Shifts. In: Henfrey, T/Maschkowski, G/Penha-Lopes, G (eds.): *Resilience, Community Action and Societal Transformation: People, Place, Practice, Power, Politics and Possibility in Transition*. Permanent Publications, East Meon, Hampshire, UK, 113.141.
- Gorissen, L/Meynaerts, E (2018): *Change the World City by City: A Change Maker's Guide to Fast Forward Sustainability*. Verlag, Stadt?
- Grossmann, M/Creamer, E (2017): Assessing Diversity and Inclusivity Within the Transition Movement: An Urban Case Study. *Environmental Politics* 26: 161-182. <https://doi.org/10.1080/09644016.2016.1232522>.
- Guston, DH (1999): Stabilizing the Boundary Between US Politics and Science: The Role of the Office of Technology Transfer as a Boundary Organization. *Social Studies of Science* 29: 87-111. <https://doi.org/10.1177/030631299029001004>.
- Halfacree, K (2007): Trial by Space for a 'Radical Rural': Introducing Alternative Localities, Representations and Lives. *Journal of Rural Studies* 23:-125-141. <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2006.10.002>.
- Hamann, R/April K (2013): On the Role and Capabilities of Collaborative Intermediary Organisations in Urban Sustainability Transitions. *Journal of Cleaner Production* 50: 12-21. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2012.11.017>.
- Hargadon, AB (2002): Brokering Knowledge: Linking Learning and Innovation. *Research in Organizational Behavior* 24: 41-85. [https://doi.org/10.1016/S0191-3085\(02\)24003-4](https://doi.org/10.1016/S0191-3085(02)24003-4).
- Hargreaves, T/Hielscher, S/Seyfang, G/Smith, A (2013a), Grassroots Innovations in Community Energy: The Role of Intermediaries in Niche Development. *Global Environmental Change* 23: 868-880. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2013.02.008>.
- Hargreaves, T/Hielscher, S/Seyfang, G/Smith, A (2013b): Grassroots Innovations in Community Energy: The Role of Intermediaries in Niche Development. *Global Environmental Change* 23: 868-880. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2013.02.008>.
- Healey, P (2006): Transforming Governance: Challenges of Institutional Adaptation and a New Politics of Space. *European Planning Studies* Vol. 14, No. 3 299-320.
- Henfrey, T/Giangrande, N (2017): Resilience and Community Action in the Transition Movement. In: Henfrey, T/Maschkowski, G/Penha-Lopes, G (eds.): *Resilience, Community Action and Societal Transformation: People, Place, Practice, Power, Politics and Possibility in Transition*. Permanent Publications, East Meon, Hampshire, UK, 87-112.

- Henfrey, T/Kenrick, J (2017): Climate, Commons and Hope: The Transition Movement in Global Perspective. In: Henfrey, T/Maschkowski, G/Penha-Lopes, G (eds.): Resilience, Community Action and Societal Transformation: People, Place, Practice, Power, Politics and Possibility in Transition. Permanent Publications, East Meon, Hampshire, UK, 161-190.
- Hodson, M/Marvin, S (2009a): Cities Mediating Technological Transitions: Understanding Visions, Intermediation and Consequences. *Technology Analysis & Strategic Management* 21: 515-534. <https://doi.org/10.1080/09537320902819213>.
- Hodson, M/Marvin, S (2011): Cities Mediating Technological Transitions. In: Guy, S/Marvin, S/Medd, W/Moss, T (eds.): Shaping Urban Infrastructures: Intermediaries and the Governance of Socio-technical Networks. Earthscan Routledge, Abingdon, UK; New York NY, USA, 53-70.
- Hodson, M/Marvin, S (2009b): 'Urban Ecological Security': A New Urban Paradigm? *International Journal of Urban and Regional Research* 33: 193-215. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2427.2009.00832.x>.
- Hodson, M/Marvin, S (2010): Can Cities Shape Socio-Technical Transitions and How Would We Know If They Were? *Research Policy* 39: 477-485. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2010.01.020>.
- Hodson, M/Marvin, S (2012): Mediating Low-Carbon Urban Transitions? Forms of Organization, Knowledge and Action. *European Planning Studies* 20: 421-439. <https://doi.org/10.1080/09654313.2012.651804>.
- Hodson, M/Marvin, S/Bulkeley, H (2013a): The Intermediary Organisation of Low Carbon Cities: A Comparative Analysis of Transitions in Greater London and Greater Manchester. *Urban Studies* 50: 1403-1422. <https://doi.org/10.1177/0042098013480967>.
- Hodson, M/Marvin, S/Bulkeley, H (2013b): The Intermediary Organisation of Low Carbon Cities: A Comparative Analysis of Transitions in Greater London and Greater Manchester. *Urban Studies* 50: 1403-1422. <https://doi.org/10.1177/0042098013480967>.
- Holmgren, D (2002): *Permaculture: Principles and Pathways Beyond Sustainability*. Holmgren Design Services, Hepburn, Victoria.
- Hopkins, R (2013): *The Power of Just Doing Stuff: How Local Action Can Change the World*. Green Books, Cambridge.
- Hopkins, R (2010a): Localisation and Resilience at the Local Level: The Case of Transition Town Totnes (Devon, UK). School of Geography, Earth and Environmental Science Faculty of Science and Technology, University of Plymouth, Plymouth.
- Hopkins, R (2008): *The Transition Handbook: From Oil Dependency to Local Resilience*, Repr. Green Books, Totnes, Devon.
- Hopkins, R (2011): *The Transition Companion*. Transition Books, Totnes, Devon, UK.
- Hopkins, R (2010b): *What Can Communities Do?* P.C. Institute, Santa Rosa, CA, USA.
- Hyysalo, S/Juntunen, JK/Freeman, S (2013): Internet Forums and the Rise of Inventive Energy Use. *Science & Technology Studies* 26: 25-51.
- Hyysalo, S/Juntunen, JK/Martiskainen, M (2018): Energy Internet Forums as Acceleration Phase Transition Intermediaries. *Research Policy* 47: 872-885. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2018.02.012>.
- Kagan, S/Kirchberg, V/Weisenfeld-Schenk, U (Hrsg.) (2019): *Stadt als Möglichkeitsraum: Experimentierfelder einer urbanen Nachhaltigkeit*. transcript, Bielefeld.
- Kampelmann, S/Van Hollebeke, S/Vandergert, P (2016): Stuck in the Middle With You: The Role of Bridging Organisations in Urban Regeneration. *Ecological Economics* 129: 82-93. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2016.06.005>.
- Kemp, R/Loorbach, D/Rotmans, J (2007): Transition Management as a Model for Managing Processes of Co-Evolution Towards Sustainable Development. *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* 14: 78-91. <https://doi.org/10.1080/13504500709469709>.
- Kemp, R/Schot, J/Hoogma, R (1998): Regime Shifts to Sustainability Through Processes of Niche Formation: The Approach of Strategic Niche Management. *Technology Analysis & Strategic Management* 10: 175-198. <https://doi.org/10.1080/09537329808524310>.
- Kenis, A/Mathijs, E (2014): (De)politicising the Local: The Case of the Transition Towns Movement in Flanders (Belgium). *Journal of Rural Studies* 34: 172-183. <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2014.01.013>.
- Kivimaa, P (2014): Government-Affiliated Intermediary Organisations as Actors in System-Level Transitions. *Research Policy* 43: 1370-1380. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2014.02.007>.
- Kivimaa, P/Boon, W/Hyysalo, S/Klerkx, L (2018): Towards a Typology of Intermediaries in Sustainability Transitions: A Systematic Review and a Research Agenda. *Research Policy*. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2018.10.006>.
- Kivimaa, P/Boon, W/Hyysalo, S/Klerkx, L (2019): Towards a Typology of Intermediaries in Sustainability Transitions: A Systematic Review and a Research Agenda. *Research Policy* 48: 1062-1075. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2018.10.006>.
- Kivimaa, P/Boon, W/Hyysalo, S/Klerkx, L (Im Erscheinen): Towards a Typology of Intermediaries in Sustainability Transitions: A Systematic Review and a Research Agenda. *Research Policy*.
- Kivimaa, P/Martiskainen, M (2018): Dynamics of Policy Change and Intermediation: The Arduous Transition Towards Low-Energy Homes in the United Kingdom. *Energy Research & Social Science* 44: 83-99. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2018.04.032>.

- Klerkx, L/Leeuwis, C (2009): Establishment and Embedding of Innovation Brokers at Different Innovation System Levels: Insights from the Dutch Agricultural Sector. *Technological Forecasting and Social Change* 76: 849-860. <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2008.10.001>.
- Latour, B (2005): *Reassembling the Social: An Introduction to Actor-Network-Theory*. Oxford Univ. Press, Oxford.
- Leach, M/Raworth, K/Rockström, J (2013): Between Social and Planetary Boundaries: Navigating Pathways in the Safe and Just Space for Humanity. In: *ISSC/UNESCO World Social Science Report 2013: Changing Global Environments*. OECD Publishing and UNESCO Publishing, 84-89.
- Leach, M/Rockström, J/Raskin, P et al (2012): Transforming Innovation for Sustainability. *Ecology and Society* 17: <https://doi.org/10.5751/ES-04933-170211>.
- Lindblom, CE (1959): The Science of „Muddling Through“. *Public Administration Review* 19: 79. <https://doi.org/10.2307/973677>.
- Loorbach, D (2010): Transition Management for Sustainable Development: A Prescriptive, Complexity-Based Governance Framework. *Governance* 23: 161-183. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0491.2009.01471.x>.
- Loorbach, D/Rotmans, J (2010): The Practice of Transition Management: Examples and Lessons from Four Distinct Cases. *Futures* 42: 237-246. <https://doi.org/10.1016/j.futures.2009.11.009>.
- Loorbach, D/Wittmayer, JM/Shiroyama, H (eds.) (2016): *Governance of Urban Sustainability Transitions: European and Asian Experiences*. Springer, Tokyo Heidelberg New York.
- Martiskainen, M (2017): The Role of Community Leadership in the Development of Grassroots Innovations. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 22: 78-89. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2016.05.002>.
- Marvin, S/Guy, S/Medd, W/Moss, T (2011): Conclusions: The Transformative Power of Intermediaries. In: Guy, S/Marvin, S/Medd, W/Moss, T (eds.): *Shaping Urban Infrastructures: Intermediaries and the Governance of Socio-Technical Networks*. Earthscan Routledge, Abingdon, UK; New York NY, USA, 209-217.
- Maschkowski, G/Wanner, M (2014): Die Transition-Town-Bewegung: Empowerment für die große Transformation? *Planung neu denken online* 2:?
- Matschoss, K/Heiskanen, E (2017): Making It Experimental in Several Ways: The Work of Intermediaries in Raising the Ambition Level in Local Climate Initiatives. *Journal of Cleaner Production* 169: 85-93. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2017.03.037>.
- Mattes, J/Huber, A/Koehrsen, J (2015): Energy Transitions in Small-Scale Regions – What We Can Learn from a Regional Innovation Systems Perspective. *Energy Policy* 78: 255-264. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2014.12.011>.
- Mayring, P (2003) *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, 8. Auflage. Beltz, Weinheim.
- McCauley, SM/Stephens, JC (2012): Green Energy Clusters and Socio-Technical Transitions: Analysis of a Sustainable Energy Cluster for Regional Economic Development in Central Massachusetts, USA. *Sustainability Science* 7: 213-225. <https://doi.org/10.1007/s11625-012-0164-6>.
- Meadowcroft, J (2009): What About the Politics? Sustainable Development, Transition Management, and Long Term Energy Transitions. *Policy Sciences* 42: 323-340. <https://doi.org/10.1007/s11077-009-9097-z>.
- Meadowcroft, J (2011): Engaging with the Politics of Sustainability Transitions. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1: 70-75. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2011.02.003>.
- Meadows, DH/Meadows, DL/Randers, J/Behrens, WW (1972): *The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. Universe Books, New York.
- Medd, W/Marvin, S (2008): Making Water Work: Intermediating Between Regional Strategy and Local Practice. *Environment and Planning D: Society and Space* 26: 280-299. <https://doi.org/10.1068/d3205>.
- Mehmood, A (2016): Of Resilient Places: Planning for Urban Resilience. *European Planning Studies* 24: 407-419. <https://doi.org/10.1080/09654313.2015.1082980>.
- Meyer, M (2010): The Rise of the Knowledge Broker. *Science Communication* 32: 118-127. <https://doi.org/10.1177/1075547009359797>.
- Moss, T (2009) Intermediaries and the Governance of Sociotechnical Networks in Transition. *Environment and Planning A* 41: 1480-1495. <https://doi.org/10.1068/a4116>.
- Moss, T (2011): Intermediaries and the Governance of Urban Infrastructures in Transition. In: Guy, S/Marvin, S/Medd, W/Moss, T (eds.): *Shaping Urban Infrastructures: Intermediaries and the Governance of Socio-Technical Networks*. Earthscan Routledge, Abingdon, UK; New York NY, USA, 17-35.
- Moss, T/Guy, S/Marvin, S/Medd, W (2011): Intermediaries and the Reconfiguration of Urban Infrastructures: An Introduction. In: Guy, S/Marvin, S/Medd, W/Moss, T (eds.) *Shaping Urban Infrastructures: Intermediaries and the Governance of Socio-Technical Networks*. Earthscan Routledge, Abingdon, UK; New York NY, USA, 1-13.
- Mouffe, C (2008): *On the Political*, Reprinted. Routledge, London.
- Mouffe, C (2002): *Politics and Passions: The Stakes of Democracy*. University of Westminster, London, UK.
- Neal, S (2013a): Transition Culture: Politics, Localities and Ruralities. *Journal of Rural Studies* 32: 60-69. <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2013.04.001>.

- Neal, S (2013b): Transition Culture: Politics, Localities and Ruralities. *Journal of Rural Studies* 32: 60-69. <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2013.04.001>.
- North, P (2010): Eco-localisation as a Progressive Response to Peak Oil and Climate Change: A Sympathetic Critique. *Geoforum* 41: 585-594. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2009.04.013>.
- Paech, N (2013): Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. Oekom-Verlag.
- Parag, Y/Janda, KB (2014): More than Filler: Middle Actors and Socio-Technical Change in the Energy System from the "Middle-Out". *Energy Research & Social Science* 3: 102-112. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2014.07.011>.
- Polzin, F/von Flotow, P/Klerkx, L (2016): Addressing Barriers to Eco-Innovation: Exploring the Finance Mobilisation Functions of Institutional Innovation Intermediaries. *Technological Forecasting and Social Change* 103: 34-46. <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2015.10.001>.
- Quilley, S (2011): Resilience Through Relocalization: Ecocultures of Transition?: Transition to a Post-Carbon, Post-Consumer Society: New, Traditional and Alternative Ways of Living in the 'Adjacent Possible'. University of Essex, Essex, UK.
- Rotmans, J/Kemp, R/Van Asselt, M (2001): More Evolution than Revolution: Transition Management in Public Policy. *Foresight/The Journal of Futures Studies, Strategic Thinking and Policy* 3: 1-17.
- Rotmans, J/Loorbach, D (2010): Towards a Better Understanding of Transitions and Their Governance: A Systemic and Reflexive Approach. In: Grin, J/Rotmans, J/Schot, J (eds.): *Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*. Taylor & Francis, New York, 105-222.
- Rowell, A (2010): *Communities, Councils and a Low-Carbon Future: What We Can Do If Governments Won't*. Green Books, Totnes, Devon.
- Rückert-John, J (Hrsg.) (2013): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.
- Sauer, T/Elsen, S/Garzillo, C (eds.) (2016): *Cities in Transition: Social Innovation for Europe's Urban Sustainability*, First published. Routledge, Taylor & Francis Group, London, UK; New York; USA.
- Schmidt, VA (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. *Annual Review of Political Science* 11: 303-326. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.11.060606.135342>.
- Schneidewind, U/Scheck, H (2013): Die Stadt als „Reallabor“ für Systeminnovationen. In: Rückert-John, J (Hrsg.): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, 229-248.
- Schot, J/Geels, FW (2008): Strategic Niche Management and Sustainable Innovation Journeys: Theory, Findings, Research Agenda, and Policy. *Technology Analysis & Strategic Management* 20: 537-554. <https://doi.org/10.1080/09537320802292651>.
- Schumacher, EF (2010): *Small is Beautiful: Economics as If People Mattered*. Harper Perennial, New York, NY, USA [u. a.].
- Schwab, C/Bouckaert, G/Kuhlmann, S/Nomos Verlagsgesellschaft (Hrsg.) (2017): *The Future of Local Government in Europe: Lessons from Research and Practice in 31 Countries*, 1. Edition. Nomos, Baden-Baden.
- Scott-Cato, M/Hillier, J (2010): How Could We Study Climate-Related Social Innovation? Applying Deleuzian Philosophy to Transition Towns. *Environmental Politics* 19: 869-887. <https://doi.org/10.1080/09644016.2010.518677>.
- Seyfang, G/Haxeltine, A (2012a): Growing Grassroots Innovations: Exploring the Role of Community-Based Initiatives in Governing Sustainable Energy Transitions. *Environment and Planning C: Government and Policy* 30:381-400. <https://doi.org/10.1068/c10222>.
- Seyfang, G/Haxeltine, A (2012b): Growing Grassroots Innovations: Exploring the Role of Community-Based Initiatives in Governing Sustainable Energy Transitions. *Environ Plann C Gov Policy* 30:381-400. <https://doi.org/10.1068/c10222>.
- Seyfang, G/Haxeltine, A (2012c): Growing Grassroots Innovations: Exploring the Role of Community-Based Initiatives in Governing Sustainable Energy Transitions. *Environment and Planning C: Government and Policy* 30: 381-400. <https://doi.org/10.1068/c10222>.
- Seyfang, G/Haxeltine, A (2012d): Growing Grassroots Innovations: Exploring the Role of Community-Based Initiatives in Governing Sustainable Energy Transitions. *Environment and Planning C: Government and Policy* 30: 381-400. <https://doi.org/10.1068/c10222>.
- Seyfang, G/Haxeltine, A/Hargreaves, T/Longhurst, N (2010): *Energy and Communities in Transition: Towards a New Research Agenda on Agency and Civil Society in Sustainability Transitions*. School of Environmental Sciences, University of East Anglia, Norwich, UK.
- Seyfang, G/Hielscher, S/Hargreaves, T et al (2014): A Grassroots Sustainable Energy Niche? Reflections on Community Energy in the UK. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 13: 21-44. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2014.04.004>.
- Seyfang, G/Smith, A (2007): Grassroots Innovations for Sustainable Development: Towards a New Research and Policy Agenda. *Environmental Politics* 16: 584-603. <https://doi.org/10.1080/09644010701419121>.
- Shove, E/Walker, G (2007): CAUTION! Transitions Ahead: Politics, Practice, and Sustainable Transition Management. *Environment and Planning A* 39: 763-770. <https://doi.org/10.1068/a39310>.

- Smith, A (2007): Translating Sustainabilities Between Green Niches and Socio-Technical Regimes. *Technology Analysis & Strategic Management* 19: 427-450. <https://doi.org/10.1080/09537320701403334>.
- Smith, A (2011): The Transition Town Network: A Review of Current Evolutions and Renaissance. *Social Movement Studies* 10: 99-105. <https://doi.org/10.1080/14742837.2011.545229>.
- Smith, A/Hargreaves, T/Hielscher, S et al (2016): Making the Most of Community Energies: Three Perspectives on Grassroots Innovation. *Environment and Planning A* 48: 407-432. <https://doi.org/10.1177/0308518X15597908>.
- Smith, A/Stirling, A/Berkhout, F (2005): The Governance of Sustainable Socio-Technical Transitions. *Research Policy* 34: 1491-1510. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2005.07.005>.
- Sommer, B/Welzer, H (2017): Transformationsdesign: Wege in eine zukunftsfähige Moderne. oekom verlag, München.
- Stadt Göttingen (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz Göttingen: Konzept für die Umsetzung der Klimaneutralität bis 2050 für die Stadt Göttingen. Göttingen.
- Stewart, J/Hyysalo, S (2008): Intermediaries, Users and Social Learning in Technological Innovation. *International Journal of Innovation Management* 12: 295-325. <https://doi.org/10.1142/S1363919608002035>.
- Swilling, M/Hajer, M (2017): Governance of Urban Transitions: Towards Sustainable Resource Efficient Urban Infrastructures. *Environmental Research Letters* 12: 125007. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aa7d3a>.
- Transition Initiativen (2018): Transition eine Geschichte. <https://www.transition-initiativen.de/transition-eine-geschichte>. Accessed 28 Mai 2018.
- Truffer, B/Coenen, L (2012): Environmental Innovation and Sustainability Transitions in Regional Studies. *Regional Studies* 46: 1-21. <https://doi.org/10.1080/00343404.2012.646164>.
- UN HABITAT (2011): Cities and Climate Change: Global Report on Human Settlements 2011. Earthscan, London, UK; Washington, DC.
- van Lente, H/Hekkert, M/Smits, R/van Waveren, B (2011): Systemic Intermediaries and Transition Processes. In: Guy, S/Marvin, S/Medd, W/Moss, T (eds.): *Shaping Urban Infrastructures: Intermediaries and the Governance of Socio-Technical Networks*. Earthscan Routledge, Abingdon, UK; New York NY, USA, 36-52.
- van Lente, H/Hekkert, M/Smits, R/van Waveren, B (2003): Roles of Systemic Intermediaries in Transition Processes. *International Journal of Innovation Management* 07: 247-279. <https://doi.org/10.1142/S1363919603000817>.
- Victor, PA/Dolter, B (eds.) (2017): *Handbook on Growth and Sustainability*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham, UK and Northampton, USA.
- WBGU(2016): *Der Umzug der Menschheit: die Transformative Kraft der Städte*. WBGU, Berlin.
- WBGU (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger Berlin*: WBGU.
- Welzer, H (2011): *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Wessling, G (2011). No Future war gestern. In: Verein für ökologische Kommunikation (Hrsg.) *Post-Oil City. Die Stadt von morgen*. Oekom-Verlag, München, 61-66.
- Wittmayer, JM (2016): Insights and Lessons for the Governance of Urban Sustainability Transitions. In: Loorbach D, Shiroyama H, Fujino, Junichi, Mizuguchi S (eds.): *Governance of Urban Sustainability Transition: European and Asian Experiences*. Springer, Tokyo, Heidelberg, New York, Dordrecht, London, 153.169.
- Wolfram, M (2016): Conceptualizing Urban Transformative Capacity: A Framework for Research and Policy. *Cities* 51: 121—. <https://doi.org/10.1016/j.cities.2015.11.011>.
- Wolfram, M/Frantzeskaki, N (2016): Cities and Systemic Change for Sustainability: Prevailing Epistemologies and an Emerging Research Agenda. *Sustainability* 8: 144. <https://doi.org/10.3390/su8020144>.
- Woods, M (2009): Rural Geography: Blurring Boundaries and Making Connections. *Progress in Human Geography* 33: 849-858. <https://doi.org/10.1177/0309132508105001>.
- Yin, RK (2009): *Case Study Research: Design and Methods*, 4. ed. Sage, Los Angeles.

Impressum

Die Verwendung einer Sprache frei von Diskriminierung einzelner Geschlechter ist dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ein wichtiges Anliegen.

Der vhw präferiert hierfür die Verwendung weiblicher und männlicher Schreibweisen sowie neutraler Ausdrucksformen.

Auftraggeber:

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Auftragnehmer:

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung IÖR, Dresden
Dr. Markus Egermann, Dr. Franziska Ehnert, Anna Betsch

Wissenschaftliche Begleitung:

Christian Höcke, vhw e. V.

Gestaltung / Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Bildnachweise:

Titelbild: street-gras Pixabay © AquilaSol

ISBN: 978-3-87941-812-1

Berlin, im Februar 2021